DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@t-online.de

272 24. JAHRGANG Mai 2007 4,50 €

AUS DEM INHALT:

BUKO-KONGRESS IN LEIPZIG

Der 30. Kongress der »Bundeskoordination Internationalismus« (BuKo) in Leipzig, das waren z.B. viele gut besuchte und spannende Arbeitsgruppen, ein Antikolonialer Stadtrundgang, das Werkeln an einem »Patentmonster« und eine vom BuKo verabschiedete Entgegnung »Glaubwürdigkeit der NGOs auf dem Prüfstand«. Mehr dazu auf Seite 3.

KOMMUNEN

Mehr als 200 Menschen kamen zu den Veranstaltungen der Kommune-Info-Tour in Regensburg, Passau, Linz, Wien, Graz, Salzburg und München. Thomas Rindt aus der Kommune Burg Lutter berichtet über diese Rundreise.
Über Pfingsten, vom 25. bis 29. Mai findet wieder das »Los Geht's« unter dem Motto »Gemeinschaftlich und selbstbestimmt leben« auf dem Gelände der Kommune Waltershausen statt. Uwe Ciesla interviewte Uli und Steffen vom Organisationsteam.
Seite 4

LOKOMOTIVE KARLSHOF

Eine Projektidee wurde geboren: eine nicht-kommerzielle Landwirtschaft (NKL). Aus marktökonomischer Sicht wirkt dieses Projekt absurd. Im Frühjahr 2006 startete die Gruppe auf dem Karlshof in der Uckermark ihre erste NKL-Saison mit dem Anbau von Kartoffeln. Seite 5

ANTIMILITARISMUS

Seit Beginn der gewaltfreien Dauerblockade »Faslane 365« am 1. Oktober 2006 im schottischen Faslane, haben 73 Blockadegruppen unterschiedlicher Nationalitäten insgesamt 99 Tage den Zugang zum dortigen britischen U-Boot-Atomwaffenstützpunkt blockiert. Ende März war auch Evelyne Astner mit anderen AtomgegnerInnen aus Deutschland, Belgien, Portugal und Finnland dabei. Seite 11

GIPFELSTURM

Anfang Juni 2007 kommen die Staats- und Regierungschefs der acht größten Wirtschaftsnationen zum G8-Gipfel in Heiligendamm bei Rostock zusammen. Abgeschirmt durch einen Zaun, der für das dreitägige Treffen für mehr als 13 Mio. Euro um den Ostseebadeort Heiligendamm errichtet wurde und bewacht von einer Polizeistreitmacht von mehr als 16.000 PolizistInnen. Die G8 ist eine Institution ohne Legimitation. Sie ist ein Club der Regierungen von gerade einmal acht Staaten, die sich anmaßen, Entscheidungen über die Lebensrealität der Menschen des ganzen Erdballs zu treffen. Verschiedenste Initiativen und Bewegugen rufen zum Widerstand gegen diesen Gipfel auf. Mit einer Vielzahl von Aktionen werden Menschen ihren Protest kundtun. Ein Überblick auf Seite 11, 12 und 16.

www.contraste.org

2. JUNI 1967 – 2007

Wir sind alle vom 2. Juni 1967

Am 2. Juni wird es genau vierzig Jahre her sein, das im damaligen Westberlin bei einer Demonstration der »Außerparlamentarischen Opposition« gegen den Staatsbesuch des Schahs und gegen sein Regime in Persien/Iran der Student Benno Ohnesorg vom Polizisten Karl-Heinz Kurras aus nächster Nähe gezielt beschossen und getötet wurde. Benno verstarb noch in derselben Nacht im Krankenhaus Berlin-Moabit.

Nach den Schüssen in der Krumme Straße am 2. Juni 1967. Benno Ohnesorg, neben ihm Friederike Hausmann Foto: Jürgen Henschel

Thomas-Dietrich Lehmann ● CONTRASTE nimmt diesen Jahrestag zum Anlass, den Monatsschwerpunkt dem Thema »2. Juni 1967-2007« zu widmen. Wir wollen die damalige Situation näher vorstellen, denn nach vierzig Jahren ist nicht davon auszugehen, dass – gerade auch unter den jüngeren CONTRASTE-LeserInnen – die Einzelheiten von dem bekannt sind, was sich rund um dieses Ereignis und was sich politisch um das Jahr 1967 – im besonderen rund um die aufblühende ApO (Außerparlamentarische Opposition) – abspielte (vgl. hierzu die Übersicht »Magical history tour« und die ausführliche »Dokumentation« der Ereignisse rund um den 2. Juni auf S. 7/8). Manche der heute politisch Interessierten oder Engagierten werden vielleicht nur noch das nebenstehend abgedruckte Foto kennen. Im Dunkeln, wie der Hintergrund auf dem Foto, bleiben die politischen Konstellationen, die den 2. Juni ausmachten und in der Folge seine weitergehende Bedeutung begründeten. Wir meinen dagegen: Das Datum sollte ins kollektive Gedächtnis heute kämpfender Menschen und Bewegungen eingetragen bleiben!

Natürlich ist kritisch zu fragen, ob diese »Bedeutung« nicht arg konstruiert ist? Wer den Schwerpunkt aufmerksam liest, mag selber diese Frage beantworten und wird vielleicht neue Bezüge herstellen können.

Wir setzen diesen Schwerpunkt ausdrücklich nicht in die Reihe von, sagen wir: »Heiligengedenktagen«. Dazu bietet sich schon allein der Verstorbene in keiner Weise an, wenn ich einmal den Worten Helmut Gollwitzers auf der Trauerfeier zur Verabschiedung des Leichnams von Benno Ohnesorg am 8. Juni 1967 folge (vgl. Dokumentation). Worum es positiv gehen soll, ist eher zu beschreiben mit unverklärtem, kritischem Beschäftigen mit der eigenen Bewegungs-Geschichte. Persönlich gefärbte Artikel überwiegen deshalb, nach der Einleitung ins Thema, und werden auch von derartigen Fotos begleitet. Hier gilt unser Dank von Seiten der CONTRASTE dem über 80jährigen Pressefotografen Jürgen Henschel, der aus seinem Fundus die entsprechenden Fotos solidarisch zum Abdruck freigegeben hat. Persönliche Stimmen, ob als Einzelbeitrag wie von »gantenbein« (S. 10), als Degenhardt-Song über den »2. Juni 1967« oder auch als »virtuell« organisierte CONTRASTE-Debatte von jüngeren Aktiven (S. 10), die z.T. erst 1967 geboren sind, ermutigen vielleicht auch andere in der geneigten LeserInnenschaft, das Thema »Unfälle mit Todesfolge« einmal an sich selber herankommen zu lassen.

Dass mich, als demjenigen, der das Thema bei CONTRASTE anregte, dabei auch die tagesaktuellen Kämpfe interessieren, mögt ihr daran sehen, dass wir entschieden haben, diesen Schwerpunkt in den Mai zu platzieren, sodass er einen gewissen Vorlauf bekommt zu den G8-Mobilisierungen nach Heiligendamm. Die Großdemo in Rostock (zum Auftakt der Gegenaktivitäten gegen den Gipfel) findet genau am vierzigsten Jahrestag der Erschießung Benno Ohnesorgs statt.

Ein Wort noch zu dem »medialen hype« um das Jahr »1977«, der gerade über uns herfällt und der in manchem einer Enteignung von linker Geschichte gleichkommt, indem gelogen wird, dass sich die Balken biegen. Es gilt hier auf die Stimmen derer zu hören, die sich nicht dem staatlich hofierten Glattbügeln oder dem »Terrorismus-erklären-wollen« verschreiben. Wobei ich an dieser Stelle klar sagen will, dass die einzigen Militanten, die in den siebziger Jahren einen direkten Bezug auf 1967 nahmen, die Berliner GenossInnen der »Bewegung 2. Juni« waren. Die haben das auch ausführlich begründet mit der Tatsache, dass es staatliche Organe waren, die die dramatische Eskalation zwischen Staat und Bewegung in Gang setzten. Und dieser Eskalation sind in den folgenden Jahren viele AktivistInnen und Aktivisten zum Opfer gefallen, in Hamburg wie in Göttingen, in Berlin und Frankfurt am Main, in Malville, Wackersdorf und Genua. (Die Liste ist unvollständig, beginnt sogar 15 Jahre vor Benno Ohnesorg, 1952 in Essen mit einem erschossenen Demonstranten.) So ist es für mein politisches Empfinden auch vollkommen gerechtfertigt, wenn die junge Marie im Gespräch am Ende des CONTRASTE-Schwerpunktes den Bezug von Benno Ohnesorg zu Ouri Yalloh herstellt.

Was im übrigen im Jahre 1977 selbst über das damals 10 Jahre zurückliegende Ereignis gedacht und diskutiert wurde, erhellt sich durch den Abdruck eines Artikel aus der Zeitschrift »radikal«, den wir hier (S. 9) neu präsentieren. In der Sprache vielleicht für manche ein wenig fremd, aber der Sache nach, auch in den internationalen Bezügen, die der Artikel anspricht, hochaktuell.

Aber lest selbst und dann auf nach Heiligendamm!
Denn für uns gilt: Wir sind alle vom 2. Juni●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

Veranstaltungshinweis für Berlin:

Samstag, 2. Juni 2007 von 15 bis 18 Uhr.
Bus-Rundfahrt »Von Risiken und Nebenwirkungen. Die Berliner Jahre der ApO – und was seither daraus entsteht«. Start und Ziel: Kochstr. am Verlagshaus der »taz«.
Preis: 16,-/erm. 13,- Euro.
Guide: Thomas-Dietrich Lehmann.
Eine Veranstaltung des Kreuzberg-Museums. Anmeldung (wegen begrenzter Bus-Plätze) unter ☎(0 30) 50 58 52 33

BERLIN: NEUER VERSTEIGERUNGSVERSUCH FÜR DIE »KÖPI« BEKANNT GEWORDEN

D 8008

Köpi bleibt Risikokapital!

Seit Anfang Februar 2007 ist bekannt, dass die im Februar 1990 besetzte »Köpi« – ein autonomes Wohn- & Kulturprojekt – und der daran anliegende Wagenplatz am Dienstag, dem 8.05.2007 versteigert werden sollen. Während wir noch den 17. Geburtstag der »Köpi« gefeiert haben, war InvestorInnen und SpekulantInnen längst bekannt, dass die Köpi und das anliegende Grundstück, auf dem sich der Wagenplatz befindet, mal wieder zum Verkauf angeboten werden...

Köpi-Kollektiv ● Das Mindestgebot für die »Köpi« beträgt 1.670.000 EUR. Das Wagenplatz-Gelände ist in drei Grundstücke aufgeteilt worden und soll für insgesamt 1.815.000 EUR verkauft werden. Dies ist nun der dritte Versuch, die »Köpi« unter den Hammer zu bringen. Zwei vorherige scheiterten bereits. Verantwortlich für die Versteigerung ist die Commerzbank, welche den Antrag auf Zwangsversteigerung beim Amtsgericht Berlin gestellt hatte.

Profiteure des Geschäfts

Gleichzeitig bietet Frau Ute Peters von der Firma Franell Consulting GmbH, die ihren Sitz am Bayerischer Platz 2, in 10779 Berlin hat, die »Köpi« zum Verkauf an. Dies geschieht aus Eigeninitiative und reiner Profitgier. Das Gutachten zur »Köpi« kann zwar persönlich eingesehen werden, wird aus Sicherheitsgründen jedoch nicht veröffentlicht. Trotzdem besitzt Frau Peters Informationen aus dem Gutachten, welche sie auf illegalem Weg besorgt haben muss. Dass sie die Information über die Zwangsversteigerung versucht hat geheim zu halten, war von Anfang an so geplant gewesen. Sie hatte, nicht grundlos, die Befürchtung, die Versteigerung würde nicht reibungslos ablaufen, wenn der Termin den BewohnerInnen bekannt gegeben wird.

Das ominöse Gutachten wurde diesmal von dem Dipl.-Ing. Erwin B. Stenkewitz geschrieben. Darin steht fälschlicherweise, dass das Haus besetzt ist. Mietverträge liegen jedoch vor. Auch der illusorische Wert von 1.670.000 EUR wurde von ihm festgelegt. Falls ihr Fragen habt, könnt ihr ihn in der Dahemstr. 25 in 12527 Berlin besuchen.

Verlierer des Geschäfts

Auch die Berliner Polizei macht sich mächtig in die Hosen bei dem Gedanken an Kopenhagener Verhältnisse. In diversen Zeitungsberichten wird erwähnt, dass sie es für fatal hält, den Versteigerungstermin in die Nähe des 1. Mai zu legen. Dabei sollte ihnen doch bekannt sein, dass es völlig egal ist, wann die »Köpi« und das Grundstück des Wagenplatzes versteigert werden sollen. Mit dem von ihr befürchteten »hohen Mobilisierungspotential« und den zu erwartenden Sachbeschädigungen aufgrund der Versteigerung kann jederzeit gerechnet werden.

Ewige Gewinner

Die »Köpi« steht für die herrschaftsfreie und unkommerzielle Verbindung von Subkultur und Politik. Hier finden seit nun mehr als 17 Jahren diverse (Groß-)Events statt und durch ihren einzigartigen Charakter hat die »Köpi« internationale Bekanntheit erlangt.

Wir alle haben keine Lust darauf, uns den geschaffenen Freiraum nehmen zu lassen und werden deshalb mit allen nur denkbaren Mitteln für den Erhalt der Köpi kämpfen.

Die sich in letzter Zeit häufenden Ereignisse wie der Bau eines Pflegeheims neben der »Köpi«, die Razzia in den Vereinsräumen, das Abhören aus dem Verdi-Gebäude, finden nun ihren Höhepunkt in der geplanten Zwangsversteigerung am Dienstag, den 8.05.2007. Da die Köpi sich in einem für Investoren überaus interessanten Gebiet befindet (Media Spree), ist der Mindestverkaufswert recht hoch angesetzt.

Potentielle KäuferInnen, SpekulantInnen und InvestorInnen seien gewarnt: der Kauf des Hauses kann teurer werden als kalkuliert, denn die »Köpi« bleibt Risikokapital!

»Ihr habt die ganze Stadt verkauft
– KÖPI BLEIBT UNSER !«●

Deshalb rufen wir auf:
Demo: Samstag, 5.05.2007,15 Uhr, Ort wird noch bekannt gegeben.
Kundgebung: Dienstag, 8.05.2007, 7 Uhr – Versteigerung im Amtsgericht Mitte, Littenstr. 12-17
Achtet auf Ankündigungen
http://koepi.squat.net

RECHTSEXTREME VON IHREN GRUNDSTÜCKEN VERWIESEN

»Herrenlose Immobilien«

Ihre Immobilien in Dörverden und Pößneck dürfen Jürgen Rieger und seine rechtsextreme Gefolgschaft vorerst nicht mehr betreten. Doch damit nicht genug, nach einem Urteil des Amtsgerichtes Jena gehören der Heisenhof im niedersächsischen Dörverden und das schlossartige Schützenhaus im thüringischen Pößneck gar nicht mehr Jürgen Rieger, sondern werden als »herrenlose Immobilien« vom Pößnecker Anwalt und CDU-Stadtrat Alf-Heinz Borchardt verwaltet.

Dieser hatte das Urteil vor Gericht erstritten, indem er sich einen Trick von Rieger zunutze machte, mit dem sich dieser nun offensichtlich erstmal selbst ein Bein gestellt hat. Den Heisenhof und das Pößnecker Schützenhaus hatte Rieger verdeckt durch eine in England angemeldete Firma für 255.000 (Heisenhof) und 360.000 Euro (Schützenhaus) erworben. Da Rieger jedoch keinen Geschäftsbericht für die Briefkastenfirma vorlegte, wurde diese von den englischen Behörden aufgelöst. Da der Besitz der Firma sich nicht auf englischem Boden befindet, wurde Alf-Heinz Borchardt vom Amtsgericht Jena als Nachtragsliquidator eingesetzt. Für beide Anwesen sprach dieser daraufhin umgehend ein Betretungsverbot aus. Die örtliche Polizei ist inzwischen regelmäßig mit einem Streifenwagen auf dem Heisenhof präsent. Vor Ort trafen sie jedoch nur auf einen Hund von Riegers einschlägig bekannten Gefolgsleuten, den diese daraufhin vom Gelände abholen durften.

In Pößneck kündigte Borchardt den Pächtern, einem rechtsradikalen Ehepaar, das zuvor die Neonazi-Discothek »Wodan« im sächsischen Mücka betrieben hatte.

Wie die Sache endgültig ausgeht bleibt abzuwarten. Rieger, den die Nachricht Zeitungsberichten zufolge im Urlaub erreicht hat, wird vermutlich erst mal versuchen Einspruch zu erheben. Wie der Rechtsstreit ausgeht ist unklar, da es sich hierbei um einen Präzedenzfall handelt.

7. Sonntagsspaziergang zum Heisenhof am 6. Mai

Einen neuen »Sonntagsspaziergang« zum Heisenhof plant währenddessen das Bündnis für Demokratie und Toleranz. Mit dieser Veranstaltung will das Bündnis erneut gegen rechtsradikale Aktivitäten auf dem Heisenhof demonstrieren und wenn das Urteil des Landgerichtes Jena bis dahin Bestand hat, gibt es dabei einen wichtigen Erfolg zu diesem Ziel zu feiern. Der 7. Sonntagsspaziergang zum Heisenhof soll stattfinden am 6. Mai, Infos dazu gibt's auf der Homepage des Bündnisses und www.heisenhof.info.●

(uc)

AKTION 2007: 227 X 20 EUR FEHLEN NOCH!

Nicht ganz so utopisch

Redaktion Heidelberg ● Wer sich diese Rubrik regelmäßig anschaut, wird bemerkt haben, dass sich in der Titelzeile unserer vergangenen Ausgabe ein Fehler eingeschlichen hatte. Nicht utopische 500 x 20 EUR fehlten uns, sondern die Hälfte – 250 x 20 EUR. Dank neuer Spenden sind es nun noch 227 x 20 EUR, genauer 4.603 EUR, die wir für die Fremdkosten in diesem Jahr, d.h. Postkosten, Telefon, Internet, Vertrieb, Druck- und Layoutkosten, noch benötigen.

Gefreut haben wir uns über weitere Spenden:
- ● Heinz Weinhausen, Köln (30 EUR)
- ● Antifa-Jugendkongress, Berlin (8,70 EUR)
- ● Luise Pigarelli, München (10 EUR)
- ● Uli Frömmer, Mühlhausen (250 EUR)

Herzlichen Dank!

In diesem Monat gab es acht neue Abos. Leider aber auch vier Abokündigungen. Das Zeitungsprojekt benötigt nun noch 154+ Abos, die es uns ermöglichen würden, kostendeckend zu produzieren.

PORTOKOSTEN EINSPAREN

AbonnentInnen, die über eine E-Mail-Anschrift verfügen und regelmäßig in ihr Postfach schauen, können wir ihre Rechnungen auch auf diesem Wege zukommen lassen. Einfach eine Mail an contraste@t-online.de mit dem Betreff: »E-Mail Rechnung, Name und Ort« senden. Dies gilt nicht für TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren, es sei denn, es wird zusätzlich eine Rechnung benötigt.

Kosten werden auch über eine Einzugsermächtigung für die Aboverlängerung eingespart. Wichtig ist, dass uns eine Änderung der Bankverbindung immer rechtzeitig mitgeteilt wird, da sonst unnötige Gebühren der Banken entstehen. Die Banken berechnen jeweils eine Gebühr für geplatzte Lastschriften, die zusammen 5,50 EUR und mehr betragen kann. Eine Einzugsermächtigung könnt Ihr formlos an unsere Postanschrift schicken.

ADRESSENÄNDERUNGEN

Bitte schickt uns bei einem Umzug Eure neue Anschrift! Zeitungen im Postvertrieb werden trotz Nachsendeauftrag nicht nachgeschickt, sondern kommen meist mit dem Vermerk »Empfänger unbekannt« zurück. Auf diese Weise haben wir schon manches Abo verloren. Wenn der Postbote guter Laune ist, vermerkt er auch schon mal die neue Anschrift, aber eben nur dann.

Die TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei einer Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht.

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@t-online.de●

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

DRITTER WORKSHOP »ARCHIVE VON UNTEN« VOM 14.-15.6.2007 IN BERLIN

Gedächtnis muss sein

Seit Februar 2003 treffen sich auf Initiative des Archivs Grünes Gedächtnis (AGG) freie Archive, Bibliotheken und Dokumentationsstellen regelmäßig, um ihre Situation und Perspektiven zu diskutieren und die eigenen Kompetenzen weiter zu entwickeln. Auf der Agenda der im zweijährigen Turnus stattfindenden Treffen standen bisher Fragen der Professionalisierung, der Intensivierung der Zusammenarbeit sowie die Verbesserung der eigenen Öffentlichkeitsarbeit. Die TeilnehmerInnen der Treffen kommen überwiegend aus Archiven der Frauen- und Friedensbewegung, der Ökologie- und Alternativbewegung, von Bürgerrechts- und Umweltgruppen der ehemaligen DDR sowie aus dem Bereich der Geschichtsinitiativen.

Foto: Umbruch-Bildarchiv

Anne Vechtel / Thomas-Dietrich Lehmann ● Der erste Workshop des Netzwerkes im Jahr 2003 widmete sich der Bestandsaufnahme und legte danach mit der »Praktischen Handreichung für Bewegungsarchive« die erste gemeinsame Publikation vor, die die archivfachlichen Standards den Möglichkeiten der kleinen Archive angepasst beschreibt.

Die Verständigung über die »Bedeutung von Produkten von Archivarbeit für Bewegungsarchive« war das Thema des zweiten Workshops im Juni 2005. Allen personellen und finanziellen Problemen zum Trotz erstellen fast alle Einrichtungen solche »Produkte«, d.h. eigene Kataloge und Ausstellungen, Datenbanken und Webportale, thematische Websites, Foto- und Plakatinventare sowie Zeitschriften und Publikationsreihen. Diese »Produkte« gehen zum Teil weit über die archivischen Kernaufgaben einer Bestandssicherung hinaus, erhalten aber zunehmend wichtige Aufgaben in der Vermittlung von »linker Geschichte« nach außen. Sie zielen auf eine politisch und fachlich interessierte Öffentlichkeit, die sich in Zeiten einer veränderten Großwetterlage im modernisierten Kapitalismus ihrer eigenen Geschichte vergewissern will. Darüber hinaus wirkt diese Arbeit auf die Archive wieder zurück, die gelegentlich auch Förderungen für solche projektbezogene Arbeit bekommen können, im günstigsten Falle sogar ehrenamtliche Arbeit professionalisieren oder Personal zeitweilig einstellen können.

Insgesamt sieht die Lage jedoch nicht rosig aus. Härter werdende Existenzbedingungen für die einzelnen Menschen wie für die Projekteszene und erst recht für eine linke politische Infrastruktur gefährden zunehmend die Substanz dieser kleinen unabhängigen Einrichtungen. Und Finanzierungen über private Geldgeber oder Stiftungen haben hierzulande bisher wenig Tradition.

Der nunmehr dritte Workshop in diesem Juni 2007, wiederum in Berlin beim AGG, hat sich das Thema »Bewegungsarchive im elektronischen Zeitalter« vorgenommen.●

Information & Anmeldung:
Anne Vechtel. Tel.: (0 30) 28 53 42 62, Fax: 285 34 52 60
Email: vechtel@boell.de
Die Anmeldung ist auch per E-Mail archiv@boell.de oder über die Homepage des Archivs Grünes Gedächtnis www.boell.de/Archiv möglich.)
Anmeldeschluss ist der 6. Juni 2007.

Download der »Praktische Handreichung für Bewegungsarchive«:
www.boell.de/de/13_archiv/3224.html
www.ffbiz.de
www.ub.uni-duisburg.de/afas/afas_hom.htm

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2007

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2007: 4.603 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 154+ Neuabos

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

Mexican Boleros. Songs of Heartbreaking, Passion and Pain 1927-1957 (Trikont US-362 / Indigo)

Das Thema »Liebe« in allen seinen Facetten ist in (fast) allen Musikstilen eine sehr beliebte Inspirationsquelle – von Schlagern, Chansons über Pop bis Rock. Am ausgeprägtesten ist dies allerdings im klassischen Bolero der Fall, jenem schmalzigen Musikstil der der Legende nach 1927 in Mexiko von Guty Cárdenas und dem Bordell-Pianisten Augustín Lara entwickelt wurde. Letzterer prägte noch Jahre später das Genre mit seinen Liedern, in denen der Mittelpunkt immer wieder die »Femme Fatale« stand, und die von ihm geförderten Nachwuchstalente.

Eine herz-schmerzreiche Musik in der Art von einem in die Halbwelt Mexikos transferierten Minnesangs, der zwischen Ende der 20er bis in die 50er hinein Erfolge feierte und schon sehr früh seinen Weg aus den Bordellen in die Tanzpaläste und Radios fand. Er ist aus den mexikanischen Gangsterfilmen und Melodramen jener Jahre nicht mehr wegzudenken und bot dem frühen mexikanischen Tonfilm in den 30er Jahren den passenden Soundtrack. Der mexikanische Bolero war weitestgehend eine Hommage von verliebten Männern an die Frauen ihrer Träume – gespickt mit eindeutigen Aussagen, die einerseits zu einer Verdammung als unmoralische Musik durch die katholische Presse jener Jahre beitrug und andererseits von einigen linken Intellektuellen im nachhinein als Schmiede des Machismus mexikanischer Männer lokalisiert wurde.

Von dem ehemalige Journalisten und Buchautor Stefan Wimmer, der mehrere Jahre in Mexiko gelebt hat, liegt nun eine Compilation vor, in der er die großen Stars jenes Genres mit ihren prägenden Liedern zusammengetragen hat. So finden sich darauf Klassiker wie der von Carlos Mejia und Marfarita Cueto gecoverte Song »Nunca«, der als einer der ersten Boleros der Welt gilt und aus der Feder von Guty Cardénas stammt, Pedro Vagas' »Granada« oder Toña La Negra, vom damaligen Publikum liebevoll zur »tropischen Königin« gekrönt, mit Liedern wie »Ya no te quiero« und »Desmayo«, aber auch politisch beeinflußte Lieder wie »Humanidad«, das ursprünglich von Alberto Domínguez stammte, findet sich in der Version von Fernando Rosas auf der Sammlung wieder. Domínguez ist einer der weniger Bolero-Musiker, der in seinen Texten auch die Politik einbezieht. Sein vertretener Song thematisiert den Abschied von der Liebsten vor der Einberufung zum Militär – angereichert mit zweideutigen Aussagen, die sie sowohl auf die sich ziemende Geliebte als auch auf das Militär beziehen können.

Urgestein Lara ist natürlich auch mit zwei Beiträgen – »Veracruz« und »Piensa en mi« – vertreten. Zwanzig Stücke lang trieft der Schmalz von Liebeshymnen, sucht der Schmerz unerreichbarer Liebe eine musikalische Ausdrucksform und läßt vor dem geistigen Auge seiner ZuhörerInnen die Tanzpaläste, Kabaretts und Gangsterhöhlen der 30er Jahre wieder auferstehen. Wimmer hat einen interessanten und musikgeschichtlich wertvollen Querschnitt über ein fast vergessenes Genre der Musikgeschichte vorgelegt. Es ist eine liebevoll zusammengestellte Hommage an den klassischen Bolero und dessen Hochzeit. Viele der hier versammelten Stükke stammen von mexikanischen Schellackplatten und dürften nur noch schwer erhältlich sein. Zudem liegt der CD wieder ein umfangreiches zweisprachiges Booklet mit vielen, gutrecherchierten Hintergrundinfos bei.

Insgesamt wieder einmal eine hochwertige Veröffentlichung aus dem Hause Trikont (www.trikont.de).●

DJ Chaoz

EINDRÜCKE VOM 30. BUNDESKONGRESS INTERNATIONALISMUS

Nullen und Einsen in der BuKo-Matrix

»Kommunikationsguerilla in Aktion – Achtet auf gelbe Zettel!« Das konnten ca. 600 TeilnehmerInnen über Ostern an der Infotafel in der Mensa der Leipziger Sport- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten lesen. Die gelben Zettel sind allerdings mit Vorliebe für ganz wichtige (!) Planänderungen und scheinbar nötige Extrabewerbungen verwendet worden – trau keinem über 30!

»G8 patentiert Leben«, das Patentmonster der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie Foto: bpabst

Sonja von Eichborn, Magdalene Schlenker und Jürgen Weber (die Pressegruppe des BUKO30) ● Der Kongress der »Bundeskoordination Internationalismus« (BuKo) in Leipzig, das waren zunächst einmal viele gut besuchte und spannende Arbeitsgruppen (über 100) in den – gemäß des mehrdeutigen und abstrakt angelegten Kongressmottos »macht#netze« – als Knoten gedachten Bereichen: Antimilitarismus, Feminismus, Energie, Ökonomisierung, Widerstand, unerwünschte Anschlüsse und Migration. Das waren z.B. auch Blockadetrainings und die »Clandestine Insurgent Rebel-Clown-Army«, ein Antikolonialer Stadtrundgang und das Werkeln an einem Patentmonster, mit dem die BUKO Kampagne gegen Biopiraterie in Heiligendamm auf »ihr« Thema aufmerksam machen wird. Im Hintergrund sorgten die Vorbereitungsgruppe und viele HelferInnen aus Leipzig für einen fabelhaften Ablauf und eine gute Atmosphäre: »Insgesamt super, alles klappte, Essen lecker und genug«. Ob sich vor lauter Orga-Arbeit trotzdem einen Eindruck gewinnen ließ, was da eigentlich »an Land gezogen« worden war? Flugblätter und Photos in einer Ausstellung und einer Diashow zur 30jährigen Geschichte der BuKo bewiesen eine Tradition internationalistischer Bewegung, die »im Osten« eben nur marginal vorhanden ist (wie auch die politischen Kontakte). Von Routine jedenfalls keine Spur: Der Schritt des amtierenden SprecherInnenrates, die Mitgliederversammlung der BuKo mit der Frage der Zeitgemäßheit ihrer Arbeitsstrukturen zu konfrontieren, lenkte das Raunen von einer BuKo-Krise direkt in den Saal – was nicht nur für viele »Neulinge« überraschend (»ein mutiger Schritt«) und spannend (»völlig unverantwortlich«) zugleich war.

macht#netze

Inhaltliche und methodische Ansprüche in der Vorbereitung ließen sich mitunter nur schwer in konkrete Abläufe umsetzen; umso erfreulicher waren die berichteten Eindrücke. Z.B. kam es während der Workshop-Phasen wiederholt zu spontanen Verknüpfungen einzelner Veranstaltungen. Am Schnittpunkt »Migration und Prekarisierung« etwa ließ sich die Notwendigkeit gemeinsamer Organisierung, aber auch analytischer Differenzierung festmachen: Prekarität als Begriff kann mitunter koloniale Realitäten in Afrika verwischen. Voran geht es also nur gemeinsam, wie auch die Vernetzungstreffen von Bargeldinitiativen, Zeitungsprojekten, Karawanen etc. realisiert haben.

Viele hatten nachher das große Bedürfnis, über eigene Setzungen und politische Fehler zu reflektieren und nach neuen Wegen zu suchen. Wenn etwa sicher gestellt sei, dass Geschlechterverhältnisse durchgängig thematisiert würden, kämen wohl noch mehr Leute zu den Kongressen. Damit verbindet sich auch die Forderung allgemein definierte Themen wie z.B. Arbeit, Staat und BürgerInnenrechte etc. so zu thematisieren, dass darin unterschiedliche Erfahrungen und Handlungsmöglichkeiten sichtbar und auf einander bezogen werden können.

Problematisierung in der Totale

Das weit ausgeworfene thematische Rahmennetz machte sich insgesamt jedoch auch in einer gewissen Überfülle und scheinbaren Konfliktlosigkeit bemerkbar. Auftakt und Mittelveranstaltung (»Wie denn nun eine andere Welt? – Zur Dringlichkeit der Organisationsfrage« und »Weiterführende Links: Zur Kritik des Antisemitismus und Antiamerikanismus«) hätten mehr Positionsvielfalt und überhaupt mehr Partizipation vertragen können – doch woher nehmen, wenn nicht flehen? Das fragten sich sicher auch die Gruppen gegen Militarisierung, als sie am Ostersonntag zum Nato-Flughafen Leipzig-Halle aufbrachen und nur eine Handvoll Kongress-TeilnehmerInnen die Extrabusse nutzte, um sich diesem konkreten und zentralen Problem entgegenzustellen »Für Aktionen...kam kaum wer aus dem Elfenbeinturm linker Theorie«, so eine kritische Stimme. Trotzdem wurden die antimilitaristischen Veranstaltungen als Erfolg gewertet, konnte doch u.a. ein internationaler Erfahrungsaustausch und die »Schkeuditzer Erklärung« inklusive Konversions-Forderung (www.flughafen-natofrei.de) realisiert werden.

Dass auf die BuKo gegenwärtig nicht verzichtet werden kann, dafür lieferte die am Ende der Mitgliederversammlung der BuKo verabschiedete Entgegnung »Glaubwürdigkeit der NGOs auf dem Prüfstand«, (siehe Dokumentation auf dieser Seite und www.buko.info) auf ein Positionspapier von NGOs zum G8 ein bereites Beispiel. Der BuKo geht es nicht einfach darum, ob und wie die Regierungen der G8-Staaten Zusagen machen oder einhalten. Das spielt keine Rolle. Die De-Legitimierung, die Nicht-Anerkennung der G8 als politisches Gremium ist der Grund dafür, dass keine Forderungen gestellt werden.

In die Zukunft wies vielleicht eine Vision, die auf der Abschlussveranstaltung (»...erst den Gipfel stürmen – und dann?«) vorgetragen wurde: Ihre Vorstellung eines hohen Organisationsgrades der Bewegung(en) wäre, dass wir uns kurz vor dem G8 vereinbaren, eben nicht hinzufahren und sie in Heiligendamm mit ihrem ganzen Sicherheitsapparat bloßstellten. Daran fanden doch viele Gefallen. Bis das jedoch erreicht ist muss der Widerstand gegen globale Herrschaft aus dem Wettbewerbs-Alltag heraus ebenso wie an Punkten mit »symbolischem Überschuss« organisiert werden – wir wollen ja auch nächsten Sommer wieder baden gehen. Wenn also Anti-G8, dann jeden Tag und immer wieder die Frage: Wie ist dein Kampf mit meinem verbunden?●

Eine Replik der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) auf das »NGO-G8 Positionspapier«

Glaubwürdigkeit von NGOs auf dem Prüfstand

Im März 2007 haben über 40 Nichtregierungsorganisationen ein »Positionspapier« zum G8-Gipfel in Heiligendamm verabschiedet, in dem in verschiedenen Bereichen wie der Klima- und Rohstoffpolitik, Welthandel oder Entwicklungspolitik gegenüber Afrika Forderungen an die G8-Regierungen gestellt werden (1). Wir kritisieren die politische Perspektive und die Inhalte des Positionspapiers. Denn es kündigt einen Konsens auf, der bis dato in der Mobilisierung nach Heiligendamm von einem breiten Bündnis getragen wurde: die G8 zu delegitimieren anstatt Forderungen – von A wie Afrika bis Z wie Zollpolitik – an sie zu stellen.

Die Ausrichtung des Papiers ist ein politischer Rückschritt. Die notwendig tief greifenden gesellschaftlichen Veränderungen können nicht allein mit »guten Argumenten« erreicht werden, die Anrufung staatlicher Akteure hat sich als erfolglos erwiesen. In dem Papier wird der Eindruck erweckt, als könnten und müssten Regierungen überzeugt werden, die Welt zum Besseren zu verändern. Regierungen und die G8 werden damit als Teil der Lösung und nicht als Teil des Problems dargestellt. Die politischen und ökonomischen Mechanismen der Weltordnung, die von den Regierungen abgesichert und vorangetrieben werden, kommen in dem Papier nicht vor. Statt Machtkonzentration und die zugrunde liegenden Herrschaftsverhältnisse zu kritisieren, werden sie durch die Forderungen bestätigt.

Die unterzeichnenden NGOs fallen hinter die Kritik und Reflexion ihrer eigenen Rolle in den 90er Jahren zurück, die einige NGOs durchaus sehen, und machen sich damit zum Teil der herrschaftlichen Strukturen. Die problematische Ausrichtung des Papiers belegen wir anhand von drei Beispielen:

● Die Forderungen für eine andere Klimapolitik gehen zentral um die Umsetzung des Kyoto-Protokolls und einen effektiven Ressourceneinsatz. Damit verbleiben sie im herrschenden Referenzrahmen, zu mehr »Kurswechsel« kann man sich nicht durchringen. Die unterzeichnenden NGOs lassen sich damit von der Regierungspropaganda instrumentalisieren. Während sich die Bundesregierung international zum Vorreiter des Klimaschutzes aufschwingt, vertritt sie im Inland und der EU die Interessen beispielsweise der deutschen Automobilindustrie. Der Klimawandel ist nicht ein primär ökologisches, sondern vor allem ein soziales und politisches Problem. Regierungspolitiken sind Teil von Konkurrenz um Ressourcen und einer für die kapitalistische Verwertung zugerichteten Umwelt. Die herrschenden Produktions- und Konsummuster und die damit verbundenen Machtverhältnisse werden nicht in Frage gestellt. Eine radikal andere Klima- und Energiepolitik setzt nicht auf die Einsicht der Regierungen und der Energiekonzerne, sondern auf eine alternative, konsequent dezentrale Energieversorgung.

● Wie herrschaftskonform das Positionspapier der NGOs ist, offenbart auch das Kapitel zum Thema Rohstoffe. Dazu heißt es im Papier »die Zeiten billiger Rohstoffe sind vorbei«. Tatsächlich hat es nie »billige Rohstoffe« gegeben; vielmehr haben die Menschen in den Erzeugerländern schon immer einen hohen Preis für »unsere Rohstoffe« bezahlt.

● Die G8-Regierungen, so fordern die NGOs, sollen gegenüber »Afrika« ihre Politik überdenken, stärker auf Verteilungspolitiken achten und die Rolle der Zivilgesellschaft stärken. Mit der progressiven Entwicklungssprache wird ausgeblendet, dass es zuvorderst um die Ausbeutung der Rohstoffe geht und die herrschende Form der Integration in den kapitalistischen Weltmarkt, das von den G8-Regierungen weiter vorangetrieben werden wird, ein Hauptproblem ist. Statt entwicklungspolitischem Paternalismus müssen soziale Kämpfe berücksichtigt und grundlegende Alternativen aus ihnen heraus entwickelt werden.

Der politische Rückschritt wird schließlich daran deutlich, dass die Erfolge der globalisierungskritischen Bewegung nicht erwähnt werden. Tatsächlich aber entstanden gesellschaftliche Dynamik und Veränderungsdruck vor allem durch Proteste wie in Seattle oder Genua, die Sozialforen, durch Kampagnen und die (Selbst)Organisierung von Menschen. Die politische Perspektive des Papiers suggeriert dem entgegen gesetzt, dass zwischen dem bestehenden System bzw. seinen politischen Repräsentanten und den KritikerInnen nur Meinungsverschiedenheiten in Einzelheiten bestehen, über Ziele und Richtung notwendiger Veränderungen aber ein weitgehendes Einverständnis herrscht.

Wir fahren nicht nach Heiligendamm, um die G8 zu Versprechen zu bewegen, an die wir sie in zwei Jahren wieder erinnern müssten. Das ist politisch kontraproduktiv und die geplanten Proteste werden mit derart verwässerten Forderungen unterlaufen.

Wir fahren nach Heiligendamm, um uns der G8 massenhaft in den Weg zu stellen.●

Bundeskoordination Internationalismus
Verabschiedet auf der Mitgliederversammlung des 30. Bundeskongresses Internationalismus am 8. April 2007 in Leipzig

Fußnoten:

1) »Glaubwürdigkeit der Mächtigen auf dem Prüfstand: Konkret für Umwelt und Entwicklung handeln! – Positionspapier deutscher Nichtregierungsorganisationen zum G8-Gipfel in Heiligendamm 6.-8. Juni 2007.« Zu den UnterzeichnerInnen gehören unter anderem Brot für die Welt, BUND, DNR, Forum Umwelt und Entwicklung, Misereor, Greenpeace, NABU, Oxfam Deutschland, VENRO, WEED und der WWF.

REPRESSIONSSCHNIPSEL POLIZEI & JUSTIZ

Psychiatrisierung eines Angeklagten

Am 19. März 2007 sollte vor dem Landgericht Tiergarten die Berufsverhandlung gegen einen politischen Aktivisten stattfinden, der auf einer Demonstration gegen Studiengebühren einen Polizisten beleidigt haben soll. Ohne dass es überhaupt zum Aufruf der Sache kam, endete die Verhandlung mit einem Eklat: Richter Kiworr ordnete an, die Verhandlung auszusetzen und den Angeklagten aus medizinisch-psychiatrischer Sicht auf Verhandlungsfähigkeit zu untersuchen. Der Betroffene und unabhängige ProzessbeobachterInnen sprechen von dem Versuch, politischen Protest und offensive Verteidigung mit Psychiatrisierung zu ersticken.
Bericht unter
www.de.indymedia.org/2007/03/171351.shtml.

Amtsgericht gibt klein bei

Während des politischen Prozesses gegen einen Projektwerkstättler im Herbst 2006 wurden Aktivistis im Stadtgebiet Gießen ständig observiert. Die gelangweilte Polizei nutzte das gleich, um vermeintliche Kleinstdelikte minutiös zu notieren und zur Anzeige zu bringen: Straße überqueren bei roter Ampel usw. Nach Widersprüchen müsste es darüber jetzt zu einer Verhandlung vor dem Amtsgericht kommen. Das hatte auch schon einen Termin abgesetzt. »Nach erneuter Prüfung« zog das Gericht jetzt den Termin zurück und stellte alles ein. Offenbar war die Angst vor einem neuen umfangreichen Prozess mit riesigem Sicherheitsaufgebot und mehr wegen solcher Delikte größer ...
Siehe unter
www.projektwerkstatt.de/prozess.

Zweitauflage in Halle

Der am 28.9.2005 spektakulär gescheiterte Prozess (schon etwas her ... der Richter packte den Angeklagten in Ordnungshaft, weil er Akteneinsicht forderte!) soll nun wiederholt werden. Inzwischen ist ein anderer Richter zuständig, weil der bisherige wegen seiner Aktionen für befangen erklärt wurde. Sicherlich besteht die Gefahr, dass der nächste Richter oder die Richterin wegen der rechtswidrigen Maßnahmen umso härter agiert, um die Handlungsmöglichkeiten des Angeklagten einzuschränken. Häufige Erfahrung ist, dass der Richterberuf nicht dazu führt, dass so etwas wie Einsicht in eigene Fehler im Berufsalltag überhaupt noch vorhanden ist.

Auf jeden Fall ist das Ganze ein öffentlicher Prozess und daher sind alle eingeladen zu der neuen Verhandlung. Der **Termin: Mittwoch, 23. Mai 2007, 13 Uhr**, Amtsgericht Halle, Saal 2.048 (Thüringer Str. 16, 06112 Halle). Negativ kann sich auswirken, dass inzwischen sieben ZeugInnen geladen sind, die offenbar alle zu Polizei, Bundespolizei und BSG gehören. Die vom Angeklagten benannten (und beim letzten Mal geladenen ZeugInnen) sind dagegen allesamt nicht geladen.
Mehr unter www.projektwerkstatt.de/halle.●

PERSÖNLICHE IMPRESSIONEN RUND UM DIE KOMMUNE-INFO-TOUR 2007

»Es droht eine Flut!!«

oder: Linzer Torte, Rudi Dutschke und die politische Relevanz

Globale Erwärmung? Steigende Meeresspiegel? Klimakatastrophe? Schlimmer! Der Kommune Burg Lutter droht eine Besucherflut!! Wie konnte es nach Jahren der Ruhe nur dazu kommen? Was ist bloß passiert?

Thomas Rindt, Kommune Burg Lutter ● Viele Jahre schon ruhten die Burg Lutter und ihre Bewohner bezüglich ihrer Kontakte zu anderen Kommunen und der »Normalo-Welt« in sich und in einer Art »Dornröschen-Schlaf«. Da bahnte sich in mir nach zwei Jahren Kommunezugehörigkeit machtvoll das Bedürfnis nach Vernetzung und Teilnahme am öffentlichen Leben einen Weg nach draußen. Die Dornenhecke muss fallen!

Kurzentschlossen schloss ich mich der diesjährigen Kommune-Info-Tour an. So ein desperater Akt muss natürlich am Plenum angekündigt und diskutiert werden. Der Grund-Tenor dort: »Wenn du dir das antun willst, dann mach mal... Aber das muss uns klar sein: im Anschluss droht uns eine Flut von BesucherInnen, die alle dumme Fragen stellen, nicht abwaschen können und nach ein paar Tagen wieder verschwinden!«

Nun ja, das mit den BesucherInnen empfinde ich persönlich eher als wünschenswerten Teilaspekt der Tour, kommunikativ bin ich auch – also schrecken mich Fragen weniger – und wenn ich mir ein bisschen Mühe gebe, bleibt die/der eine oder andere BesucherIn vielleicht auch länger und lernt am Ende gar das Abwaschen....

Im Vorfeld erreicht mich der Wunsch anderer TeilnehmerInnen der Tour, für die geplante Ton-Bild-Show ein Gruppenfoto und ein Bild unserer Küche zum Vorbereitungswochenende mitzubringen. Ein Gruppenbild? – das bekomme ich hin! Bei der Küche wird das schon etwas schwieriger... Wir sind zwar nur sechs feste KommunardInnen, haben aber fünf Küchen im Gebrauch – wenn man die vier Küchen unseres Tagungshauses nicht mit zählt... Aber auch diese Hürde nehme ich souverän – mit einer digitalen Kamera kann man ja auch ein paar Bilder mehr machen.

Unser vorbereitendes Treffen in Karmitz vermittelt mir dann nur positive Eindrücke: alle Teilnehmer der Tour sind nette und interessante Menschen, mit denen es bestimmt Spaß macht, 10 Tage unterwegs zu sein (dieser Eindruck hat sich dann auf der Tour auch restlos bestätigt!) und auch die Kommune Karmitz selbst war für mich sehr aufbauend: es gibt sie also – die Gruppen, bei denen mensch nicht nur zusammen wohnt und die Kasse teilt, sondern auch das Leben; in denen sich ein soziales Miteinander abspielt und es mehr Gemeinsamkeiten als das tägliche Abendessen gibt... Und sogar BesucherInnen werden interessiert und kommunikativ aufgenommen – noch bevor man weiß, wie sie Abwaschen...

Die Tour

Am 22. März geht es dann los – acht KommunardInnen aus sechs Kommunen sammeln sich in der Villa Lokomuna: Christin und Assunta aus Karmitz, Birgit aus Feuerland, Dagmar von der Villa, Dodo von der KoWa, Mechthild und Holm von Buchhagen und der Verfasser dieser zum Teil etwas polemischen Zeilen (Thomas aus Lutter). Vor uns liegt ein straffes Programm: Veranstaltungen in Regensburg, Passau, Linz, Wien, Graz, Salzburg und München – dazwischen nur ein einziger Tag Pause. Dazu die normalen Unsicherheiten: reichen unsere Fähigkeiten als Autoren und unser schauspielerisches Talent aus, um den von uns geplanten Sketch zum Kommune-Alltag unterhaltsam rüberzubringen? Können wir vor hoffentlich vielen Menschen in freier und zusammenhängender Rede unsere Gemeinschaften vorstellen oder wird es eher ein Gestammel a la Stoiber werden (natürlich nur bez. der Form – das wir inhaltlich besser sind, das war uns selbstverständlich klar...)? Und ganz wichtig: was für Fragen erwarten uns in den anschließenden Gesprächsrunden?

Auf Tour in Österreich... Foto: Kommune-Info-Tour

Nun, bezüglich der ersten beiden Fragen waren wir schnell beruhigt. Es lief von Anfang an gut! In den Diskussionen kamen dann einige Fragen immer wieder: scheinbar interessiert es alle Gäste, ob ob wir denn nun jeder ein eigenes Zimmer haben oder in Gruppenschlafräumen hausen. Auch wie das mit der gemeinsamen Ökonomie funktioniert, besonders wenn mal einer ein Bier/eine Sojamilch mehr trinkt als die anderen.... Ansonsten aber merkte man schon, dass der BesucherInnenkreis jeden Abend ein anderer war: mal war er mehr studentisch geprägt, mal kamen viele, die sich in der Ökodorf-Szene bewegen oder es herrschten Menschen vor, die gemeinsam eine schon lange bestehende WG bewohnen. Entsprechend unterschiedliche Fragen wurden dann auch gestellt, so wurde uns durchaus auch eine Stellungnahme abgefordert, wie wir die politische Relevanz der heutigen Kommunen einschätzen. Etwas unbefriedigend für uns war nur, dass sich alles in so einer Art »Frage-und-Antwort-Stil« abspielte und sich kein wirkliches Gespräch entwickeln wollte. Aber das liegt wohl auch an der Art der Veranstaltung – es war halt eine Info-Veranstaltung und keine Diskussionsrunde angekündigt.

Insgesamt gesehen können wir – so glaube ich – zufrieden sein: wir haben zusammengenommen ca. 200 interessierte Menschen direkt erreicht, haben einige neugierig gemacht und zum Denken angeregt. Vielleicht konnten wir auch das eine oder andere Vorurteil ausräumen.

Bleibt die Frage: was hat das alles mit Rudi Dutschke und Linzer Torte zu tun?

Nun, wir haben erkannt, dass auch Kommunarden nicht unbedingt genussfeindlich oder asketisch sein müssen: neben dem Verzehr recht großer Mengen Honig-Dinkel- und Reiswaffeln, sowie Bio-Dinkel-Cräcker meldet sich auch der Heißhunger nach herrlich ungesunden und konventionellen Torten und anderen Leckereien bei einigen von uns immer wieder. So mussten in Linz natürlich die nach ihr benannte Torte und in Salzburg die »Original Mozart-Kugeln« degustiert werden. Aber welcher denkende Mensch sagt schon, dass ein politisches Leben unbedingt hart und entbehrungsreich sein muss...

Und Rudi Dutschke hat uns doch etwas in Verlegenheit gebracht: ein lokaler Radiosender in Salzburg wollte unsere Veranstaltung in seinem Programm ankündigen und dazu ein kurzes Gespräch am Telefon mit uns führen. Da wir annahmen, es wird sich um die bloße Ankündigung handeln, gingen wir da ganz locker ran. Und dann kam auch gleich diese Frage: »Rudi Dutschke sagte, dass die Kleinfamilie die Quelle des Faschismus sei – wie steht ihr als Kommune-Info-Tour dazu?« Hmmm – doch ein wenig mehr als nur eine Ankündigung! Um eine spontane inhaltliche Antwort konnten wir uns drücken – wer bereitet sich schon auf so eine Frage vor?. Wir haben aber auf der Fahrt nach Salzburg noch etwas intensiver darüber diskutiert – leider hat aber am Abend kein/e BesucherIn nachgefragt.

Jetzt ist die Tour schon wieder fast einen Monat vorbei. Und was ist aus der befürchteten Flut geworden? Nun, ein Tsunami wird es wohl nicht. Bisher trudelten zwei Anfragen ein: eine junge Frau aus Bayern möchte uns im Sommer besuchen. Sie locken unter anderen unsere Töpferscheibe und die von einigen bei uns praktizierten schamanischen Riten (obwohl ich gerade darüber sicher nicht besonders begeistert berichtet haben dürfte). Und unsere Gastgeberin aus Salzburg würde gern zwei KommunardInnen von uns für ihre Diplomarbeit befragen – Kommentar einer meiner Mitbewohnerinnen: »ich weiß nicht, ob ich mich wissenschaftlich ausnutzen lassen will«. Ob da vielleicht jemand Angst vor Meinungen hat, mit denen man sich gedanklich auseinander setzen müsste?●

INTERVIEW MIT ULI UND STEFFEN VOM ORGANISATIONSTEAM

Los geht's – gemeinschaftlich und selbstbestimmt leben

»Gemeinschaftlich und selbstbestimmt leben – Kommunen stellen sich vor, Gemeinschaften gründen sich«, unter diesem Motto findet über Pfingsten, vom 25. bis zum 29. Mai, wieder das »Los Geht's« in Walterhausen statt. Wir sprachen mit Uli und Steffen vom Organisationsteam über die Veranstaltung.

Warum gibt es überhaupt eine Veranstaltung wie das Los Geht's? Was soll damit erreicht werden?

Die gesellschaftlichen Verhältnisse erfordern neue Antworten, damit den verschiedenen Bedürfnissen und Notwendigkeiten Rechnung getragen werden kann. Klimakatastrophe, ökologische Probleme, Sozialabbau, die Kluft zwischen Arm und Reich, Abbau von bürgerlichen Rechten und individuellen Freiheiten. Diese Auflistung ist keine Schwarzmalerei des Kommenden, sondern eine nicht umfassende Schilderung der jetzigen Situation. Wir müssen anders leben lernen, damit wir diesen fundamentalen Problemen begegnen können. Doch wir können uns nicht weiterhin nur im Beklagen der Situation aufhalten, sondern müssen Räume schaffen, die anderes ermöglichen und Sicherheiten bieten, ohne zerstörend zu sein. Es ist sinnvoll und notwendig, Lebensräume zu schaffen, die wieder eine lebenswertere Zukunft möglich machen.

Wer veranstaltet denn das Los Geht's? Wer steht hinter dieser Veranstaltung?

Das Los Geht's wird veranstaltet von der Kommune Waltershausen, der Kommune Niederkaufungen und der Villa Lokomuna mit Unterstützung von Menschen aus anderen Kommunen. Das erste Los Geht's fand auf dem Gelände der Kommune Niederkaufungen im Jahr 1999 statt. Das Los Geht's 2007 ist die sechste Veranstaltung dieser Art und wird mittlerweile von den genannten Kommunen getragen. Die veranstaltenden Kommunen sind gemeinsam im Netzwerk der politischen Kommunen, *Kommuja*, einem kommunitären Zusammenhang von ca.

Info-Tour: Veranstaltung im TüWi, Wien Foto: Kommune-Info-Tour

40 Gemeinschaften.

Warum habt ihr für das Los Geht's 2007 den Schwerpunkt auf die Stärkung bestehender Gruppen gelegt?

Die bisherigen Schwerpunkte lagen auf den Neugründungen von Gemeinschaften. Mittlerweile gibt es viele bestehende Gruppen, die neue Leute suchen, Verstärkung benötigen und daher eine Plattform wie das Los Geht's gut gebrauchen können. Zwar wäre es sinnvoll, mehr und mehr Kommunen zu gründen. Andererseits müssen die bestehenden Kommunen eine stabile Größe erreichen, damit sie wiederum selbst nach außen wirken können. Wir haben uns in der Vorbereitung auch kritisch mit der Frage der Neugründungen auseinandergesetzt. Es gibt verschiedene und auch sehr berechtigte Gründe, eine neue Gruppe zu gründen. Dennoch ist es eine Illusion davon auszugehen, dass die eigenen Vorstellungen und Ideen bei einer Neugründung eins zu eins umgesetzt werden können. Kommuneleben ist ein Er-Leben des Kompromisses. Den Kompromiss auch mit einer schon bestehenden Gruppe einzugehen, dazu wollen wir auf diesem Los Geht's ermutigen.

Warum findet das Treffen in Waltershausen statt?

Die Kommune Waltershausen bietet im doppelten Sinne Platz für ein Los Geht's. Zum einen stehen ein großes Gelände und ausreichend Räumlichkeiten zur Verfügung. Zum anderen sucht diese Kommune in Thüringen neue Menschen, die sich für ein Leben in dieser Gemeinschaft entscheiden. Die Kommune Waltershausen zeichnet sich besonders durch die Vielzahl von Gestaltungsmöglichkeiten aus, die an diesem Ort möglich sind. Derzeit leben 15 Personen in Waltershausen, obwohl das Projekt gerne auf bis zu 100 Menschen wachsen möchte. Die Arbeitsmarktsituation in Thüringen ist leider nicht befriedigend. Die Kommune bietet zahlreiche Möglichkeiten für die Verwirklichung eigener Ideen und den Aufbau neuer Arbeitsbereiche. Damit neue Arbeitskollektive aufgebaut werden können, sind neue KommunardInnen in Waltershausen herzlich willkommen. Das Los Geht's findet in Waltershausen auch deshalb statt, um dieser Kommune einen guten Rahmen zu bieten, für sich werben zu können. Entscheidende Impulse für die Gründung dieser Gemeinschaft sind auf mehreren Los Geht's Veranstaltungen gegeben worden.

Ist es überhaupt noch zeitgemäß in einer Kommune zu leben?

Mehr denn je! Aus verschiedenen Gründen ist dies der Fall. Gemeinschaftsleben weist einen funktionierenden und erprobten Weg aus prekären Lebensverhältnissen, denen sich immer mehr Menschen gegenüber sehen. Gemeinschaftliches Leben bietet nicht nur aus ökonomischen Gründen eine Alternative zu bestehenden Strukturen. Wir müssen zu einer nachhaltigeren Lebensweise kommen und nachweislich bieten gemeinschaftliche Strukturen hier mehr Potential und weisen somit in eine lebenswertere Zukunft.

Wo kann ich mich denn über die Kommuneszene und das Leben von und in Kommunen informieren?

Auf den Internetseiten der Kommune Niederkaufungen und der Villa Lokomuna finden sich Links zu verschiedenen Kommunenetzwerken. Das eurotopia-Verzeichnis, welches im Buchhandel zu beziehen ist, stellt 350 Kommunen in Europa mit einer kurzen Beschreibung vor (*bitte kritisch betrachten, da das Verzeichnis auch ziemlich obskure Gemeinschaften enthält – Anmerkung der Endredaktion*). Sinnvoll ist sicherlich, direkt mit einer Lebensgemeinschaft Kontakt aufzunehmen und sich so konkret zu informieren und Aspekte des Kommunelebens kennen zu lernen. Eine sehr gute Möglichkeit ist der Besuch des Los Geht's 2007. Dort werden sich dieses Jahr zwanzig Kommunen und Gründungsinitiativen vorstellen. Informationen dazu und die Möglichkeit sich anzumelden, sind zu finden auf der Homepage www.losgehts2007.de.●

Info-Tour: »Stadterkundung« in Regensburg Foto: Kommune-Info-Tour

Das Interview führte Uwe Ciesla, Redaktion Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften

Anzeige

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

LOKOMOTIVE KARLSHOF

Was macht die Lok auf dem Acker?

Nachdem der Karlshof im Frühjahr 2005 an die Projektwerkstatt auf Gegenseitigkeit (PaG) zurückgefallen war, fand sich schnell eine Hand voll Menschen, die Lust hatten, an diesem schön gelegenen Ort im Umland von Berlin etwas weiter zu entwickeln. Angesichts von 50 Hektar umliegender Nutzflächen lag es nahe, diese landwirtschaftlich zu nutzen, zumal mit zwei Agrarwissenschaftlern in der Gruppe auch die fachliche Kompetenz dafür vorhanden war.

Lokomotive Karlshof ● Wir verbrachten daher den Sommer damit, ein Konzept für den Hof und die Gruppe zu entwerfen und in der PaG und in unserem Umfeld zu diskutieren. Klar war, dass wir eine andere Art der Nahrungsmittelversorgung probieren wollten als die des weltumspannenden warenproduzierenden Systems, dessen Absurdität und Zerstörungskraft immer deutlicher vor Augen tritt. Dem wollen wir als Lokomotive Karlshof das Konzept einer nicht-warenförmigen Produktion und Verteilung von Nahrungsmitteln gegenüber stellen. In freier und solidarischer Kooperation mit anderen Gruppen und Einzelpersonen, die mit uns zusammen die Idee einer nicht-kommerziellen Landwirtschaft (NKL) umsetzen und weiter entwickeln wollen, versuchen wir einen Teil unseres Bedarfs nicht vermittelt über den Warenmarkt, sondern unmittelbar über einen kollektiv organisierten Produktions- und Verteilungsprozess zu decken. Wir wollen nicht Dinge produzieren, um sie zu verkaufen oder gegen andere Wertäquivalente zu tauschen, sondern das Ziel ist der gemeinsame Prozess und die selbst gestaltete, direkte Bedürfnisbefriedigung – also eine Art Selbstversorgung, aber nicht von autarken lokalen Gruppen, sondern im Sinne eines produktiven sozialen Netzwerks auf einer höheren Ebene gesellschaftlicher Organisation und Arbeitsteilung.

Die Herstellung von Nahrungsmitteln umfasst eine Vielzahl von Arbeitsschritten. Der gesamte Prozess erfordert daher ein gemeinsames Engagement sowie die notwendige Kommunikation und Organisierung aller Menschen in einem solchen Versorgungsnetzwerk. Die Teilnahme ist freiwillig, Geben und Nehmen werden entkoppelt und an den Fähigkeiten und Bedürfnissen der Beteiligten ausgerichtet. Dabei können auch Aktivitäten, die nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den Produktionsabläufen stehen, einen wichtigen Beitrag zum Gelingen des gesamten Experiments leisten. Die Abgabe der produzierten Güter erfolgt in jedem Fall unentgeltlich und unabhängig von der Beteiligung am Entstehungsprozess.

Der Karlshof — Foto: Lokomotive Karlshof

Kartoffelernte 2006 — Foto: Lokomotive Karlshof

Im Frühjahr 2006 starteten wir unsere erste NKL-Saison. Da wir nur über wenige landwirtschaftliche Maschinen und eine rudimentäre Infrastruktur verfügten, entschieden wir uns für den Anbau von Kartoffeln, da dieses Produkt direkt verteilt und verzehrt werden kann. Wir verschickten einen »Aufruf zur Selbstorganisation«, in dem wir die Menschen einluden, sich an unserem Experiment zu beteiligen und ihren Bedarf an Kartoffeln mitzuteilen. Die Resonanz war erstaunlich gut, sodass wir beginnen konnten, auf drei Viertel Hektar Kartoffeln anzubauen. Die Grundbodenbearbeitung erledigte unser Nachbarbauer, der sich zu unserer Überraschung bereitwillig auf eine Kooperation auf der Basis gegenseitiger Hilfe ohne Geldfluss einließ. Mit dem Geld von UnterstützerInnen kauften wir einige der für den Anbau benötigten Geräte, andere liehen wir uns in der Umgebung und bei befreundeten Projekten aus. Über den Sommer sammelten immer wieder Helferinnen und Helfer die gefräßigen Kartoffelkäfer ab, unterstützen uns beim Aufbau der Infrastruktur und bei der Sanierung der Gebäude oder im Garten. Zur Kartoffelernte kamen bei herrlichem Wetter viele Menschen, die Hand in Hand arbeiteten und Spaß dabei hatten. In nur vier Tagen waren fünf Tonnen Kartoffeln geerntet, sortiert und abgepackt im Keller, abschließend wurde gefeiert. Diese Erntetage, die den meisten Beteiligten als ein soziales Ereignis der besonderen Art in Erinnerung bleiben wird, bildeten den gelungenen Abschluss unseres ersten Anbaujahres.

In diesem Jahr planen wir, die Kartoffelproduktion etwas auszuweiten und auf einer kleinen Fläche versuchsweise mit dem Anbau von Sonnenblumen zur Ölgewinnung zu beginnen. Die dazu nötige Ölpresse wurde uns von unserem bisher wichtigsten Kooperationspartner, der Longo-Mai-Kooperative Ulenkrug zur Verfügung gestellt.

Auch wenn unser Experiment NKL im ersten Jahr erfolgreich verlief, müssen einige Widersprüche und Schwierigkeiten benannt werden, die unser Projekt auf längere Sicht begleiten werden. Inmitten eines warenproduzierenden Systems, das den meisten Menschen als vollkommen alternativlos erscheint, versuchen wir zu unterlaufen, was vielen als Naturgesetz gilt: Wertproduktion und Warentausch.

Das Widersprüchliche dabei ist, dass wir vorläufig einen Großteil unseres Bedarfs weiterhin aus diesem System beziehen müssen. Woher dafür das Geld nehmen, wenn wir weder unsere Produkte noch unsere Arbeitskraft verkaufen wollen? Aus marktökonomischer Sicht wirkt unser Projekt absurd. Auf uns allein gestellt wäre unser Experiment nicht finanzierbar. Als Teil eines kollektiven Selbstorganisierungsprozesses wird jedoch auch die Beschaffung der für die NKL notwendigen Geldmittel zu einer Aufgabe unter vielen. Eine wichtige Voraussetzung, die Gebäude und Nutzflächen auf dem Karlshof, haben wir von der PaG unentgeltlich überlassen bekommen. Zur Sicherung sowohl der Produktionskosten für die NKL als auch unserer Lebenshaltungskosten werben wir Spenden und Patenschaften ein, vorerst sind wir aber noch abhängig von staatlichen und privaten Unterstützungsleistungen und Fördergeldern. Wir müssen also vorläufig mit dem Widerspruch leben, die Überschüsse vergangener Wertproduktion zu vernutzen, um eine andere Produktionsweise experimentell zu entwickeln. Falls das Experiment gelingt und tatsächlich ein funktionierendes Versorgungsnetzwerk entsteht, haben wir die Hoffnung, dass sich dieses auf weitere Produktions- und Dienstleistungsbereiche ausdehnen wird und somit ein zunehmend größerer Teil unseres Bedarfs aus einer nicht-kommerziellen Wirtschaftsweise gedeckt werden kann. Bereits jetzt zeigt sich, dass die Selbstorganisierung mit anderen auch ermöglicht, vieles Notwendige und Angenehme mit weniger oder ganz ohne Geld zu schaffen.

Eine weitere Schwierigkeit besteht in der Ungewohntheit einer nicht auf äquivalentem Tausch beruhenden Wirtschaftsweise. Wir haben es nicht gelernt, die Dinge, die wir zum Leben brauchen, in einem gemeinschaftlich organisierten Prozess direkt herzustellen und nach Bedarf zu verteilen. Vielen fällt es schwer, eine solche Wirtschaftsweise auch nur zu denken, wir alle werden die Fähigkeiten, die ein Wirtschaften auf der Basis von vertrauensvoller Kooperation und respektvoller Kommunikation erfordert, erst noch erlernen müssen. Wir müssen uns selbst befähigen zu dieser Art gesellschaftlicher Selbstorganisation. Das verlangt von allen Beteiligten nicht nur ein gehöriges Maß an Kommunikations-, Konflikt- und Auseinandersetzungsfähigkeit, sondern auch Verantwortungsbewusstsein und Vertrauen in einen Prozess, der von den Einzelnen nicht immer in allen Details überschaubar sein wird.

In diesem Sinne hat das erste Jahr NKL für viele nicht nur Kartoffeln umsonst, sondern auch jede Menge gegenseitigen Austausch, gemeinsame Freude und praktische Erkenntnisse gebracht – Erfahrungen, die dazu beitragen können, unsere Selbstorganisierung weiter auf den Weg zu bringen.●

DIE PROJEKTWERKSTATT AUF GEGENSEITIGKEIT (PaG)

Für einen nicht kommerziellen Handlungsansatz sind förderliche Rahmenbedingungen eine unverzichtbare Teilvoraussetzung. Der Karlshof wurde von der Berliner Stiftung für Dissidente Subsistenz (Stiftung D.S.) gekauft und kostenlos geliehen.

Die Stiftung ist für die rechtliche und institutionalisierte Vermögensverwaltung des Netzwerkes Projektwerkstatt zuständig. Monatliche Zins- und Tilgungsraten z.B. für Hypotheken spielen so zunächst keine entscheidende Rolle für die Alltagsökonomie und die nichtkommerzielle Landwirtschaft, was kein Zufall ist: die PaG mit ihrer Stiftung D.S. funktioniert wie eine Art Treuhänder für Spenden und Zuwendungen, mit denen geeignete Projekt-Immobilien angekauft werden. Diese werden an verschiedene NutzerInnengruppen für Experimente mit solidarischen und gemeinschaftlichen Wohn-, Lebens- und Arbeitsformen über einen Leihvertrag übergeben.

Können die selbst gesteckten Ziele nicht erreicht werden (z.B. durch Fluktuation, Konflikte oder Konzeptänderungen), fallen die Grundstücke zurück in das Solidarvermögen und stehen neuen Gruppen mit anderen Ideen erneut als Labor zur Verfügung. Ein Kreislauf ohne Verwertungszwang, der nie enden soll und das Eigentum neutralisiert, denn es »gehört« keiner einzelnen Gruppe, sondern wird lediglich zur Verwirklichung konkreter Ziele überlassen. Die PaG übernimmt dabei insgesamt eine Art Wächteramt, das praktisch durch einen Rat von VertreterInnen aus beteiligten und unbeteiligten Gemeinschaftsprojekten entscheidend ausgeübt wird. Aber auch die NutzerInnengruppen selber sind Teil der Netzwerkstruktur, sie arbeiten verantwortlich in AG's und Gremien mit und verpflichten sich z.B. zu Kampagnen- oder Öffentlichkeitsarbeit, eigenwirtschaftlichen Aktivitäten, Werbung privater und öffentlicher FörderInnen, gegenseitiger Unterstützung (u.a. bei Baumaßnahmen), zum sorgsamen Werterhalt der ausgeliehenen Immobilien durch Sanierung und Ausbau, Motivierung neuer MitstreiterInnen, etc...

Doch die PaG ist (noch) kein Schlaraffenland, denn es müssen ihr natürlich auch wieder Mittel zufließen, um das Solidarvermögen für die Realisierung neuer Ideen aufzufüllen bzw. zu vergrößern. Dazu müssen alle etwas beitragen, auch die Mitglieder der NutzerInnengruppen. Das Mitteleinwerben bzw. die Rückflüsse werden nicht mehr durch das Banken- und Zinsdiktat dominiert, sondern vom langfristigen Erhalt des verfügbaren Finanzvolumens – auch für neue Projekte – motiviert. Eine neue Gleichung, deren Gültigkeit wir zu beweisen suchen.

Weitere Informationen unter
www.gegenseitigkeit.de

DER KARLSHOF

... ist ein ehemaliges LPG-Gelände nahe Templin, 80 Kilometer nördlich von Berlin in der Uckermark. Der Hof wurde 2004 als erstes Objekt von der Projektwerkstatt auf Gegenseitigkeit (PaG) erworben und an das »Landprojekt«, einer aus dem ehemaligen »Stadt-Land-Fluss«-Zusammenhang hervorgegangenen Projektgruppe, ausgeliehen. Nachdem die Landprojektgruppe bereits ein Jahr später, im Frühjahr 2005 ihr Scheitern erklärt hatte, wurde der Karlshof mit seinen umliegenden 50 Hektar Acker-, Wiesen- und Waldflächen sowie mehreren Wirtschafts- und Wohngebäuden in das Solidarvermögen der PaG zurückgegeben. Angeregt durch die Frage um die Zukunft des Karlhofs entstand bei einer kleinen Gruppe von Menschen aus dem Kreis der PaG die Projektidee einer »Nicht-kommerziellen Landwirtschaft« (NKL), die im Sommer im Rahmen eines Diskussionswochenendes mit PaG-Angehörigen und einigen Interessierten von außerhalb auf dem Karlshof vorgestellt und diskutiert wurde. Nach weiteren Beratungen und der Befürwortung durch den Projekterat der PaG, wurde der Hof Anfang 2006 an die Projektinitiative »Lokomotive Karlshof« übergeben. Zur Zeit leben und arbeiten dort 2 Kinder, 3 Frauen und 4 Männer in einer Gruppe mit gemeinsamer Ökonomie. Im ersten Jahr NKL wurden 4,5 Tonnen Speisekartoffeln produziert und an Gruppen und Einzelpersonen nach Bedarf verteilt. In diesem Jahr ist geplant, die Kartoffelproduktion ein wenig auszuweiten und probeweise mit dem Anbau von Sonnenblumen zur Ölgewinnung zu beginnen.

Infos: karlshof@gegenseitig.de

DRESDEN-NEUSTADT

Ein Hauch von Kopenhagen

Es riecht nach Ärger in der sächsischen Landeshauptstadt, ein Bündnis, welches behauptet die Interessen der Neustädter (die Neustadt gilt als alternatives Stadtviertel in Dresden) fordert Kameraüberwachung und eine Hausordnung. Der Plan: »Störer« und »Randalierer« die das einträgliche Kneipengeschäft im Dresdner Szeneviertel stören, sollen zukünftig ein Neustadtweites Kneipenverbot bekommen. Die Neustadt soll endlich sauber werden!

indymedia, 10.3.2007 ● Dahinter können natürlich nicht die Anwohner stecken. Im Gegenteil, Gewerbetreibende versuchen im Namen der Bewohner ein repressives Überwachungsklima in der Neustadt durchzusetzen. Dagegen regt sich Protest, am 10. März kam es im Verlauf der Abendstunden zu tumultartigen Szenen in der Neustadt. Sie gipfelten in einer Hausbesetzung und mehreren Spontandemonstrationen, die Polizei räumte mit äußerster Gewalt das besetzte Haus...

Wer nichts zu verbergen hat...

Kameras sind geplant, um »subversive und gemeinschädliche« Subjekte aus der Neustadt fernzuhalten. Im Focus steht vor allem das Soziokulturelle Zentrum »Scheune«. Vor diesem sammeln sich vor allem am Wochenende manchmal bis zu mehrere hundert Menschen, trinken Bier und feiern. Natürlich fällt mal eine Flasche runter, selbstverständlich wird auch mal laut gegrölt. Ab und zu gerät auch mal ein Mülleimer in Brand. Szenen also wie

Videokamera in der Dresdner Neustadt (Ecke Louisenstr./Alaunstr.)

man sie sonst nur aus Belfast, Mogadischu, Beirut oder Bagdad kennt oder kannte.

Die Lösung: Kameras – sie sollen dafür sorgen, dass in Zukunft jeder Querulant registriert und sanktioniert wird. Neustadt und Umsätze ja – aber bitte sauber und anständig. Das viele Leute auf diese Gängelei von oben keine Lust haben zeigte sich bereits am 5. März.

Nach einer (bürgerlichen) Protestkundgebung gegen Überwachungswahn nahmen mehr als 100 Personen an einer »Reclaim the Streets«-Demo teil. Im Anschluss wurde auf der Königsbrücker Straße ein Haus besetzt. Musik und gute Laune bestimmten das Bild. Nicht zuletzt sollte damit auch Solidarität mit Kopenhagen gezeigt werden. Auch dort wurden Freiräume massiv beschränkt und ein Haus geräumt. Die Polizei griff nach etwa zwei Stunden brutal ein. CS-Kampfgas wurde im Haus eingesetzt, Jugendliche bezogen Prügel durch die räumenden Beamten. Die Situation drohte vollends zu eskalieren, als in einer angrenzenden Straße versucht wurde, eine Barrikade zu errichten. Die sofort anstürmenden Beamten wurden mit Flaschenwürfen begrüßt.

Spontandemos durch die Dresdner Neustadt

Nach der brutalen Räumung brodelte es gewaltig in der Neustadt. Zwei Spontandemonstrationen zogen unter Rufen wie: »No, No, No Camera«, »Für die Freiheit für das Leben – Kameras von den Dächern sägen« oder »Solidarität mit Kopenhagen« durch die Neustadt.

Die Polizei, offensichtlich überrascht von der Penetranz der Protestes, beschränkte sich darauf, eine Wiederbesetzung zu verhindern. So zogen bis zu 200 Menschen durch Teile der Neustadt um ihre Wut zu artikulieren. An diesem Abend wurde deutlich: Erstens, dass die Leute sich nicht vertreiben lassen und es als ihr Recht ansehen, auch auf der Straße einfach mal zu feiern und zweitens, der Widerstand gegen die weiteren Kommerzialisierungsversuche der Neustadt beginnt erst.●

DRESDEN: »INITIATIVE NEUSTADT« FORDERT VIDEOÜBERWACHUNG UND PRIVATE SECURITY

Ziel ist ungezügelter Kommerz

Nach zwei kleineren Randalen in der Dresdner Neustadt holen Ordnungspolitiker, Gewerbetreibende und diverse Initiativen mit der ganz großen Keule aus, um jede Form von Freiräumen und alternativen Lebensweisen im Stadtteil zu verdrängen. Ziel ist ungezügelter Kommerz.

indymedia, 9.3.2007 ● Nachdem Anfang März 2007, im Dresdner Szeneviertel eine Veranstaltung der CDU unter der Beteiligung der CDU-nahen »Initiative Neustadt« von Protesten gegen die Kamera gesprengt wurde, zeichnet sich die nächste Eskalationsstufe ab und eigentlich kann diese »Initiative Neustadt« froh sein, dass deren Pläne zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt waren und sie auch nicht in der Lage waren, vorzustellen, was sie eigentlich vorhatten. Wahrscheinlich wäre die Sache nicht so friedlich verlaufen.

Zu Beginn vielleicht kurz eine Erklärung, was die Dresdner Neustadt eigentlich ist, weil nicht alle damit etwas anfangen können. Die Neustadt war schon zu DDR-Zeiten so was wie ein alternatives Viertel, gelegen auf der gegenüberliegenden Elbeseite zu den pompösen Prachtbauten der Innenstadt. Vor allem Anfang der 90er Jahre entwickelte sich in der Neustadt ein vielschichtiges alternatives Leben, viele Linke, MigrantInnen und Menschen, die nichts mit den üblichen Wegen der Lebensplanung am Hut hatten, ließen sich hier nieder. Ende der 90er entdeckten immer mehr Juppies die Neustadt als Partymeile und inzwischen hat es sich zu einem Kneipenviertel mit mehreren hundert Kneipen und Läden entwickelt.

Trotzdem hat die Neustadt nach wie vor einen alternativen Charakter und genau das führt auch zu Problemen, nämlich genau dann, wenn diese Leute den kommerziellen Interessen im Wege stehen. Versuche die Neustadt zu »befrieden« gab es in der Vergangenheit schon mehrfach, auch mittels der Installation von Überwachungskameras durch die Polizei. Nach Protesten wurden zumindest diese Pläne in der Vergangenheit aber wieder verworfen, aber letztes Jahr erneut hervorgeholt, nachdem es zwei kleinere Auseinandersetzungen vor dem ehemals alternativen und inzwischen kommerzialisierten Club »Scheune« gab. Wie ein Zauberer aus seinem Hut zogen Innenministerium und Polizei die Pläne der Videoüberwachung hervor und es wurde eine Polizeiverordnung erlassen, die vorübergehend den Alkoholverkauf über die Straße einschränkte.

Gerade diese Einschränkung des Verkaufs von Bier und Alkohol ist eine wesentliche Einkommensquelle der vielen Spätshops und auch einiger Kneipen in der Neustadt, die sich darauf hin in ihrer Existenz bedroht sahen. Schnell schloss man sich zu der »Initiative Neustadt« zusammen und versuchte die kurzfristige Polizeiverordnung nicht zu einer längerfristigen Angelegenheit werden zu lassen. Das ist auch soweit nachvollziehbar, bestreiten doch die BetreiberInnen der Spätshops damit ihren Lebensunterhalt. Allerdings beschränkt sich auch diese Initiative nur darauf, die Neustadt zu befrieden, statt einmal über die Ursachen der Randale nachzudenken und so verkommen die von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen zu einer reinen Verdrängung der Störer und Sicherung ihrer kommerziellen Interessen, auch wenn sie sich selbst wahrscheinlich einreden, dass sie aus rein unkommerziellen Gründen handeln

Hinweistafel in der Dresdner Innenstadt

und es ihnen nur um eine friedliche Neustadt geht.

Nun liegt der Maßnahmekatalog dieser Gruppe vor und schlimmer hätte man es sich kaum ausmalen können. Die Vorschläge sind überwiegend von repressiven und ordnungspolitischen Maßnahmen geprägt, die wenigen positiven Vorschläge, wie zum Beispiel Nachtflohmärkte, haben auch eher kommerziellen Charakter und werden an der Gesamtsituation nichts ändern, weil sie die Leute, die inzwischen ein Problem in der Neustadt haben, nämlich all die Außenseiter, junge Menschen und solche mit nicht viel Geld, ausschließen. Wirklich wirksame Schritte, wie zum Beispiel aus der Neustadt eine autofreie Zone zu machen, unkommerzielle Alternativen anzubieten und ähnliches, kommt ihnen nicht in den Sinn, vermutlich, weil dadurch das zahlungskräftige Publikum abgestoßen wird und weil sie mit ihren Karren nicht mehr bis vor die Kneipentür fahren können oder weil Angebote jenseits des Mainstreams eben keine zahlungskräftigen Kunden anziehen.

Zum Problem wird auch, dass sich diese Initiative als DIE Vertreter der Neustadt darstellt und von offizieller Seite auch gerne als solche wahrgenommen wird, wohl auch weil sich die Vorschläge der Initiative mit den Vorstellungen von Stadtverwaltung und Polizei decken oder weit darüber hinausgehen, was diese sich erlaubt hätten auch nur davon zu träumen. Neben der Kameraüberwachung großer Teile des öffentlichen Raums in der Neustadt (vier Kameras sollen installiert werden und die werden definitiv nicht alle auf die »Scheune« gerichtet sein), wird es, sollten die Vorschläge der Initiative umgesetzt werden, in Zukunft schwer bis unmöglich sein, alternative Lebensweisen und Kultur zu pflegen.

Hier jetzt ein paar Auszüge aus dem Maßnahmekatalog der »Initiative Neustadt«:

- Einsatz einer privaten Security in der Neustadt um im Vorfeld zu »deeskalieren« und bei Randale einzuschreiten;
- »freiwilliges« Abgabeverbot von Alkohol nach 22 Uhr an Personen unter 18, alle SpätshopbetreiberInnen und Kneipen sollen durch eine Selbstverpflichtung dazu genötigt werden;
- Erstellung einer »Hausordnung« für die Neustadt als Maßstab für das Verhalten von BesucherInnen, AnwohnerInnen, Gewerbetreibenden und Polizei;
- Beleuchtungskonzept mit Ziel der Auflösung dunkler Ecken und Rückzugsgebiete für StörerInnen;
- Umgestaltung des öffentlichen Raums, um die räumliche Enge zu nehmen;
- Einsatz nicht ortsfester Videoüberwachung durch die Polizei zur effektiven Verfolgung von Regelverstößen;
- Gewaltpräventionsprogramme;
- Glühwürmchenkonzept für die Polizei, Polizei tritt nicht mehr in Uniform auf, um nicht als Konfliktpotential wahrgenommen zu werden, dafür sind sie mit Warnwesten als Polizei kenntlich gemacht;
- schnelle Abarbeitung von Strafverfahren;
- Modell »Gelbe Karte«, wird zusätzlich zum polizeilichen Platzverweis ausgesprochen bei Verstößen gegen die Hausordnung oder bei Ordnungsverstößen, in Folge sollen die Leute, die so mehrfach aufgefallen sind, nicht mehr in Kneipen, Spätshops usw. bedient werden.

Im Klartext heißt das: Die »Initiative Neustadt« will einen privaten Sicherheitsdienst durch die Neustadt patrouillieren lassen, der neben Polizei und Ordnungsamt Regelverstöße aufnimmt und ahndet. Die Hausordnung hat keinerlei rechtliche Bindung, wird aber von der Initiative als Maßstab für das Leben in der Neustadt erhoben. Bei Verstößen dagegen sollen auch in Zusammenarbeit mit der Polizei die Personalien der Leute festgestellt und Lichtbilder erstellt werden. Die Daten sollen für 17 Monate gespeichert und wahrscheinlich allen Gewerbetreibenden in der Neustadt zugänglich gemacht werden, ansonsten würde das Konzept nicht funktionieren. So identifizierte Leute sollen in keiner Kneipe, keinem Spätshop usw. mehr bedient werden. Da ist es auch egal, weshalb man auf die Liste gekommen ist, geht es nach dem Willen der Initiative, so sollen solche Leute keine Möglichkeit mehr haben, in der Neustadt zu verweilen.

Protestplakat in der Dresdner Neustadt

Das wirft vor allem juristische Fragen auf, wie diese Daten erhoben und vor allem wie sie verteilt werden sollen, immerhin handelt es sich dabei um persönliche Daten von Menschen, die einem besonderem Schutz unterliegen, vom Recht am eigenen Bild ganz zu schweigen. Sind die Daten erst einmal zugänglich, unterliegt es jedem Wirt selbst zu entscheiden, ob er eine Person bedient oder nicht, Hausverbot erteilt oder zum Beispiel keinen Alkohol mehr ausschenkt. Dagegen gibt es so gut wie keine Möglichkeit sich zu wehren, einzig die Erfassung und Verbreitung der Daten sind ein wirklicher Ansatzpunkt. Selbst der Aufwand wird kein wirklicher Grund für ein Scheitern des Konzepts sein, weil es wahrscheinlich »nur« ein paar Dutzend der üblichen Verdächtigen sind, gegen die sich die Maßnahme richtet. Das sind die Leute, die den Kommerz in der Neustadt stören: Punks, die auf der Straße rumstehen, Leute die sich politisch betätigen (zum Beispiel Plakate kleben) oder die Obdachlosen, deren reiner Anblick für manche schon ein Problem zu sein scheint.

Unter anderen Umständen wäre ein solches Konzept wohl zum Scheitern verurteilt, weil es einfach zu krasse Einschnitte in viele zivilisatorische und auch demokratische Grundprinzipien bedeutet, nicht so in Dresden. Dort ticken die Uhren nun mal anders und bei entsprechendem Willen auf der Seite der Gewerbetreibenden wie auch Verwaltung und Polizei werden die das umsetzen bzw. nicht daran gehindert. Im Gegenteil, die offiziellen Stellen werden froh sein, ist doch endlich Ruhe in der Neustadt und es fließt auch mehr Gewerbesteuer.●

http://neustadtwiki.sytes.net/wiki/index.php/Hauptseite

DOKUMENTATION

2. Juni 1967

Was geschah um den 2. Juni 1967 ?

Im März 1967 erscheint im Rowohlt-Verlag ein Band über Persien, geschrieben von dem Exil-Iraner Bahman Nirumand: »Persien, Modell eines Entwicklungslandes oder die Diktatur der Freien Welt«. Dieses Buch bildet eine wichtige Grundlage der linken, studentischen Anti-Schah-Aktivitäten. Unter anderem basiert ein sogenannter »Offener Brief an Farah Diba«, den Ulrike Meinhof für die Zeitschrift »konkret« veröffentlichte, auf der kritischen Recherche Nirumands.

Thomas-Dietrich Lehmann ● Die Mehrheitsgesellschaft in der BRD folgt demgegenüber einem Heile-Welt-Blick auf die Lage im Schah-regierten Persien. So gründet sich in Westberlin Anfang Juni eine »Deutsch-iranische Gesellschaft«, deren Vorsitzender Karl-Heinz Schmitz (CDU) mitteilt, sie wollten mit dieser Gesellschaft »kleineren Gruppen politischer Extremisten« entgegentreten, die Beziehungen zwischen Iran und Deutschland fördern und durch Öffentlichkeitsarbeit »objektiv über die Verhältnisse in Persien informieren«.

In Westberlin lebten damals, nach Zeitungsangaben, 1.178 Perser, darunter etwa 240 Studierende, von denen etwa 30 als radikal bekannt seien. Vor diesem Hintergrund empfängt die BRD-Regierung das persische Herrscherpaar Schah Mohammed Reza Pahlewi und seine Frau Farah Diba in Bonn und arrangiert, wie damals üblich, auch einen Besuch am 2. Juni 1967 in Westberlin, dessen oberster Repräsentant zu der Zeit der Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz ist.

Die kritische Öffentlichkeit bereitet sich mit einer Vollversammlung im Audimax der Freien Universität (FU) auf den Schahbesuch vor. Dort referiert am 1. Juni vor 2.000 Versammelten u.a. Bahman Nirumand aus dem erwähnten Buch. Der Konventsbeschluss der FU-Studenten zum Besuch des Schahs von Persien benennt den Regimecharakter und die anhaltende Verletzung der Menschenrechte, wendet sich aber genauso an die Bundesrepublik Deutschland und ihre mehr als indifferente Zusammenarbeit mit diesem Regime, und verurteilt am Schluss auch das Bild, das in den etablierten Medien vom Schah als treusorgendem Landesvater gezeichnet wird. In Flugblättern, die am Tag des Staatsbesuches von iranischen Regimegegnern in Westberlin verteilt werden, wird dem vorherrschenden Persien-Bild in der deutschen Öffentlichkeit mit Fakten entgegengetreten:

»Wer die Wahrheit sagt, wird erhängt, verbrannt, erschossen (...) In den Gefängnissen sitzen unter grauenhaften Umständen ca. 20.000 Gefangene, deren Verbrechen darin besteht, den guten Willen des Staatschefs anzuzweifeln (...) So ein großartiger Mann ist also der Schah!!! Darum erwartet man auch von Ihnen, dass Sie ihm zuwinken.«

Nach den Pressemeldungen sind für den Besuch ähnliche Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden wie beim Besuch des US-amerikanischen Vizepräsidenten Hubert Humphrey im April, d.h. über 5.000 Beamte der Schutz-, Kriminal- und der Politischen-Polizei sind im Einsatz. Den Autokonvoi der Staatsgäste begleitet eine Eskorte von Polizei auf Motorrädern sowie ein Sonder-Kommando. Darüber hinaus ist Streckenschutz in Uniform und Zivil für die Fahrtroute durch Westberlin vorbereitet.

In einem Flugblatt des SDS wird zu Demonstrationen um 12 Uhr vor dem Rathaus Schöneberg und um 19.30 Uhr vor der Deutschen Oper Berlin aufgerufen. Das Flugblatt kritisiert die polizeilichen Maßnahmen aus Anlass des Schahbesuches und bezeichnet diese als »angewandte Notstandsgesetze«.

Am Mittag finden sich am Rathaus Schöneberg ca. 3.000 Menschen ein, unter denen auch die kritischen Stimmen unüberhörbar sind. Es kommt zu ersten dramatischen Situationen, als vom Persischen Geheimdienst SAVAK bestellte Personen, sogenannte »Jubelperser«, unter den Augen tatenlos zuschauender Polizeikräfte gezielt auf die Kritiker mit zwei Meter langen Holzlatten einschlagen. Die später eingesetzten Reiterstaffeln und Greiftrupps der Polizei lassen diese etwa 80 Jubelperser unbehelligt, verhaften aber stattdessen Schaulustige und Demonstranten.

Nach einem Empfang im Schloss Charlottenburg steht die Abendgala in der Deutsche Oper Berlin an der Westberliner Bismarckstraße auf dem Programm. Erneut haben sich ab 18 Uhr annähernd 3.000 Schaulustige und Schah-KritikerInnen vor der Oper versammelt. Die Polizei hat die gesamte Straße vor dem Operngebäude für die Öffentlichkeit gesperrt. Nur der gegenüberliegende Bürgersteig ist freigegeben, ein 6 Meter breiter Fußweg auf einer Länge von etwa 100 Metern. Dieser »Schlauch« mit Blick auf den Operneingang war mit Bedacht nicht gesperrt worden, (was sicherheitstechnisch wohl Sinn gemacht hätte), sondern blieb geöffnet, um an den anwesenden Protestierenden ein Exempel zu statuieren. Eine Lektion sollte erteilt werden, wie mit unliebsamer Kritik in Zukunft zu verfahren sei. Schon am Mittag hatte ein Mitarbeiter der Senatspressestelle davon gesprochen, dass »die«(!) heute sich auf etwas gefasst machen könnten, denn heute gäbe es »Dresche«!

Als der Staatsbesuch gegen 20 Uhr in der Oper Platz genommen hat und Mozarts Zauberflöte genießt, erteilt draußen der Einsatzleiter der Polizei um 20.04 Uhr das Kommando »Knüppel frei«. Aufforderungen, die Bismarckstraße zu verlassen, sind zu diesem Zeitpunkt nachweislich nicht erteilt worden. In zwei Angriffswellen wird der »Schlauch« gestürmt und es bricht Panik unter den Anwesenden aus. In den benachbarten Seitenstrassen agieren die Wasserwerfer sowie die zivilen Greiftrupps der Politischen Polizei, die die Flüchtenden verfolgen und misshandeln. Auf einem Hofparkplatz in der Krumme Strasse 66 kommt es zur Eskalation: Ein Greiftrupp hat Studenten gestellt und schlägt auf sie ein, andere Studenten wollen zu Hilfe kommen, unter ihnen befindet sich auch Benno Ohnesorg. Als er den Hof erreicht, wird er ebenfalls schwer misshandelt und gegen 20.30 Uhr von dem Zivilpolizisten Karl-Heinz Kurras aus nächster Nähe in den Kopf geschossen.

Das Foto des Journalisten Jürgen Henschel, das den sterbenden am Boden zeigt, in den Armen der zufällig anwesenden Friederike Hausmann, ging ein paar Tage später um die Welt, und ist danach wie zur Ikone einer ganzen Epoche geworden. Benno Ohnesorgs Schussverletzung wurde bis zu seinem Tod nicht erkannt, die Ärzte sprachen von einer Schädelfraktur als Todesursache und nähten die Wunde zu, ohne das Projektil zu bemerken. Er stirbt in der Nacht gegen 22.30 Uhr im Moabiter Krankenhaus.

Massive Hetzjagden der Polizei rund um den Kurfürstendamm gehen die ganze Nacht weiter, zusätzlich angetrieben durch das gezielt von der Einsatzleitung gestreute Gerücht, ein Polizist sei von einem Demonstranten getötet worden.

Am 2. Juni 1967. Der schwerverletzte Benno Ohnesorg wird von Helfern ins Moabiter Krankenhaus gebracht — Foto: Jürgen Henschel

Die Bilanz dieses »schwarzen Freitages« in Berlin ist dramatisch und hat in den folgenden Jahrzehnten die Bundesrepublik nachhaltig verändert: Ein Demonstrant stirbt bei dem Polizeieinsatz, dazu ca. 50 Verletzte, wobei die Schwerverletzten ausschließlich unter den DemonstrantInnen zu finden sind sowie 47 Festnahmen, unter ihnen auch das Kommune 1-Mitglied Fritz Teufel. Er soll vor der Oper einen Stein auf Polizisten geworfen haben und sitzt seit dem 2. Juni in Untersuchungshaft.

Als Reaktion auf die Ereignisse des Vorabends verhängt der Senat von Westberlin am 3. Juni ein vollständiges Demonstrationsverbot über die Stadt.

Fortsetzung auf Seite 8

DOKUMENTATION: DAS JAHR 1967 IM SCHNELLDURCHLAUF

Magical History Tour

Januar

1.1. Die Kommune I gründet sich in Westberlin als Bestandteil des SDS, wird aber bereits am 3.5. aus dem SDS ausgeschlossen, wegen »falscher Unmittelbarkeit«, »Überschätzung« und »Realitätsflucht«.

26.1. bei einer Hausdurchsuchung in den Räumen des Westberliner SDS wird die gesamte Mitgliederkartei beschlagnahmt. In der Folge kommt es zu großen Demonstrationen in Westberlin mit bis zu 2.000 TeilnehmerInnen.

Februar

In Italien wird an allen Universitäten der Generalstreik ausgerufen zur Durchsetzung umfassender Studiengangsreformen – unter aktiver Beteiligung von Dozentschaft und AssistentInnen.

März

26.3. Erstmals in Westberlin veranstalteter Ostermarsch der »Kampagne für Demokratie und Abrüstung«. Nach der Schlusskundgebung ziehen DemonstrantInnen mit Vietcong-Fahnen und Farbbeuteln zum US-Amerikahaus. Es kommt zu Festnahmen durch die Polizei.

April

Im April: der Boxer Muhamad Ali verweigert den Militärdienst in den USA. Damit ist er seinen Schwergewichts-WM-Titel los und wird zu einer Haftstrafe von 5 Jahren Knast verurteilt, die er allerdings nicht absitzen muss.

5.4. Ein sogenanntes »Pudding-attentat« der Kommune I auf den Westberlin besuchenden US-Vizepräsidenten Hubert Humphrey wird von der Polizei vereitelt.

19.4. Nächtliches Sit-in an der Freien Universität(FU) in Westberlin, womit ca. 2.000 StudentInnen gegen Sanktionsmaßnahmen seitens des Akademischen Senates der FU protestieren. Endet mit Polizeieinsatz auf dem Campus.

21.4. Das Militär unter Führung von Oberst Papadopoulos putscht sich in Griechenland an die Macht. Politische Gegner werden von der Militärdiktatur in Massenlager auf den griechischen Inseln interniert. 8.000 Menschen werden in den ersten Wochen umgebracht.

30.4. Gründung des Republikanischen Clubs in Westberlin.

Mai

18.5. Der Ministerrat der DDR lehnt ein Ausreiseersuchen von Wolf Biermann aus Ostberlin ab, der anlässlich einer Vietnam-Demonstration der »Falken« im Westen spielen wollte.

24.5. Brandkatastrophe in einem Brüsseler Kaufhaus, bei dem 300 Menschen ums Leben kommen. Die Kommune I zieht eine Parallele zur US-Napalmbombardierung in Vietnam, verteilt an der FU in Berlin Flugblätter und fragt darin: »Wann brennen Berliner Kaufhäuser?«

Juni

5.-10.6. Der israelisch-arabische, sogenannte »Sieben-Tage-Krieg« endet mit der Okkupation der Sinai-Halbinsel, Teilen von Jordanien und der Jerusalemer Altstadt durch die Israelis.

23.6. In Los Angeles löst die Polizei ein »peace-in« auf, zu dem sich 15.000 peaceniks in einem Park versammelt haben. 100 Jugendliche werden nach brutalem Einschreiten mit schweren, 1.300 mit leichten Verletzungen in die Krankenhäuser der Umgebung eingeliefert.

Juli

9.7. In der japanischen Stadt Sunagawa demonstrieren 6.000 Studierende zusammen mit (!) 40.000 Arbeitern gegen die Ausdehnung eines US-Luftwaffenstützpunktes, der als Nachschubbasis für den Vietnam-Krieg dienen soll.

12.-17.7. Die sogenannten »Rassenunruhen« in den USA erreichen einen neuen Höhepunkt.

Auf eine Massenrevolte in Newark kommt es durch den Einsatz von 4.000 Polizisten und der Nationalgarde zu 27 Todesopfern und 1.100 Verletzten. Danach Unruhen in über 100 Städten der USA. Vom 20.7. bis 24.7. treffen sich mehr als 1.000 Delegierte zu einer Black Power Konferenz in Newark, um Boykott- und Widerstandsmaßnahmen zu beschließen. Parallel dazu schwere Auseinandersetzungen in der Automobilstadt Detroit, die erst nach tagelangem Einsatz der Uniformierten niedergerungen werden kann. Verbunden mit 41 Todesopfern, 2.000 Verletzten und 4.000 Festgenommenen. Sachschaden über 2 Milliarden DM. In Newark und in Detroit haben sich zum ersten Mal organisierte Stadt-Guerilla-Truppen der »Black Panther« auf Seiten der Schwarzen beteiligt.

August

2.8. Sogenannte »Provos« veranstalten im New Yorker Tompkins Square Park ein öffentliches smoke-in, bei dem unter den Augen der Polizei 4.000 Kids drei Kilo Marihuana weg rauchen.

19.8. Während einer amerikanischen Militärparade in Westberlin werden gegen den Vietnam-

Fortsetzung auf Seite 8

FORTSETZUNG VON SEITE 7

2. Juni 1967

Die Studentenschaft ihrerseits organisiert eine Versammlung auf dem FU-Campus, zu der 4.000 Menschen kommen. Neben ersten Schilderungen der Ereignisse initiiert Rudi Dutschke (SDS) die Annahme einer Resolution, in der der Rücktritt des Regierenden Bürgermeisters Heinrich Albertz, des Innensenators Wolfgang Büsch, des Polizeipräsidenten Erich Duensing sowie die Bestrafung aller Verantwortlichen für den Polizeieinsatz vom 2. Juni verlangt wird. Darüber hinaus fordern die Studenten die »Entfaschisierung der Berliner Polizei«, Vernichtung des »schwarzen Materials über die politische Opposition in West-Berlin« sowie die Vorbereitung der Enteignung Springers.

Der AStA der FU hat am 5. Juni einen Untersuchungsausschuss eingesetzt und ruft dazu auf, Foto- und Filmmaterial oder andere Hinweise zur Verfügung zu stellen. Ebenso nimmt dieser Ausschuss Meldungen zu denjenigen Personen entgegen, die seit den 2. Juni-Auseinandersetzungen vermisst werden.

Im überfüllten Audimax des Henry-Ford-Baus der FU, verbunden mit weiteren Saal- und Außenübertragungen, wird am 8. Juni die Trauerfeier für Benno Ohnesorg abgehalten. Ein Redner des AStA betont, Benno *»wurde getötet als einer von uns, die wir unsere Meinung äußern wollten. Es hätte jeden anderen von uns treffen können.«*

Nach der Feier ziehen, entgegen des Senatsverbotes 15.000 Menschen auf einem Trauermarsch hinter dem Sarg Benno Ohnesorgs vom Campus der FU zum acht Kilometer entfernten Autobahn-Kleeblatt Dreilinden in Zehlendorf, um ihn dort in seine Heimatstadt Hannover zu verabschieden. Der evangelische Theologieprofessor Helmut Gollwitzer spricht am Autobahnkreuz Grußworte, die auch die Witwe des Getöteten, Christa Ohnesorg, im Blick haben. Christa und Bennos persönliche Beziehung war, so Gollwitzer, *»verbunden mit wacher Anteilnahme an den öffentlichen Fragen der Hochschule und Gesellschaft . Darum beteiligten sie sich an den Demonstrationen vor einer Woche. Dass die Bewegung der Unruhe, des Protestes gegen autoritäre Tendenzen, des Aufbruchs zur Verwirklichung von Demokratie nun auch diesen zurückhaltenderen Teil der Studentenschaft, zu dem Benno Ohnesorg gehörte, ergriffen hat, ist ein Zeichen, wie tief sie geht, wie notwendig sie ist, wie ernst sie endlich von allen anderen genommen werden sollte.«* Weiter führt Gollwitzer aus: *»Der Todesmonat von Benno Ohnesorg ist auch der Todesmonat für viele junge Vietnamesen, Amerikaner, Israelis und Araber gewesen. Benno Ohnesorgs Leidenschaft galt dem Frieden (...) Als er sich von seiner Frau an der Straßenecke in der Schillerstraße trennte und hinüber zur Krumme Straße ging und dann in jenen Garagenhof geriet, war es vielleicht sein Impuls, einem Misshandelten zu helfen, der ihn das Leben kostete.«* Und er betont am Ende, *»jeder von euch, die am Freitagabend bei der Demonstration dabei waren, könnte jetzt in diesem Sarg liegen. Jedem von uns kann eines Tages das Gleiche geschehen, solange Polizei wie bisher belehrt und ausgebildet wird.«*

Am 2. Juni 1967 gegen 20 Uhr beginnt der Polizeieinsatz »Füchse jagen« Fotos: Jürgen Henschel

Durch die DDR begleitet den Sarg von Benno Ohnesorg ein Konvoi von über hundert Fahrzeugen. Es werden von Seiten der DDR keine Kontrollen vorgenommen und auch die Transitgebühren müssen nicht bezahlt werden. Der Konvoi wird am Kontrollpunkt Drewitz von über 1.000 FDJ-Mitgliedern und Betriebsdelegierten gegrüßt. Dasselbe wiederholt sich beim Passieren von Magdeburg und Marienborn.

In Hannover wird Ohnesorg am 9. Juni beigesetzt. Im Anschluss versammeln sich über 7.000 Menschen zu einem Kongress »Hochschule und Demokratie« in der Niedersachsenhalle, um die neu entstandene Situation zu erörtern. Redner sind u.a. Erich Kuby, Ulrich K. Preuß, sowie Jürgen Habermas. Dessen Vorwurf der »voluntaristischen Ideologie« und des *»linken Faschismus«* wird persönlich an Rudi Dutschke gerichtet, ist aber im Grunde adressiert an die aktionsorientierten Teile des SDS. Zuvor hatte Dutschke in der Kontroverse Habermas entgegengehalten, dass gerade heute objektive Bedingungen für die Umsetzung emanzipativer Theorien in die Praxis gegeben seien und ihm vorgeworfen: *»Professor Habermas, Ihr begriffsloser Objektivismus erschlägt das zu emanzipierende Objekt«.*

Professor Wolfgang Abendroth stellt in seinem Beitrag den historischen Bezug zu der Zeit der November-Revolution von 1918 her, wenn er den revoltierenden Studenten illusionslos zuruft: *»Und machen Sie sich keine Hoffnung, dass Albertz und Konsorten durch Argumente von irgendetwas zu überzeugen wären. Gustav Noske war auch nicht durch Argumente zu stürzen.«*

Professor Peter Brückner entgegnet der Vorstellung, »die Möglichkeit zur Unmenschlichkeit« würde erst durch die Provokationen der Studenten erzeugt: *»...diese Brutalität liegt fertig in allen Teilen gut ausgebildet und artikuliert unter einer sehr dünnen Schale des sozialen Friedens und viele dieser sogenannten Provokationen sind Instrumente, mit denen man, wie mit einer Sonde, diese dünne Decke vielleicht hinwegzieht, um dann zu sehen, wie ein Teil dieser Realität aussieht, in der wir uns bewegen.«*

Ausgehend von diesem Kongress und vertieft in den darauffolgenden Wochen und Monaten, bis zum Internationalen Vietnam-Kongress im Februar und dem Attentat auf Rudi Dutschke im April 1968, gewinnt die bisher mehrheitlich studentisch geprägte Bewegung nunmehr gesellschafts-politisches Profil, indem sie den universitären um den politisch-öffentlichen Aktionsraum erweitert. Daher zum Abschluss dieser dokumentarischen Skizze einige diesbezügliche Markierungen:

Der AstA der Fu wartet nicht auf die Ergebnisse staatlicher Untersuchung, sondern stellt auf der Basis eigener Ermittlungen am 12. Juni Strafanzeige gegen den (seit dem 8. Juni vom Dienst suspendierten) Polizei-Präsidenten Erich Duensing. Parallel dazu wird weiterhin die Freilassung Fritz Teufels aus der Untersuchungshaft gefordert und dieser Forderung zwei Tage lang mit dem Mittel des ersten Hungerstreiks in der Studentenbewegung Nachdruck verliehen (vom 20.- 22. Juni). Dennoch kann nicht verhindert werden, dass am 6. Juli (in der Sache des Kommune-1-Flugblattes zur Brandkatastrophe in Brüssel) der Prozeß gegen die Kommunarden Rainer Langhans und Fritz Teufel eröffnet wird, für letzteren als U-Häftling.

Vom 10.-13. Juli besucht Herbert Marcuse die FU in Berlin und hält vor vollkommen überfülltem Auditorien vier bemerkenswerte Vorträge zur politischen und strukturellen Situation moderner Gesellschaften, die dazu beitragen, die Standortbestimmung und Gesellschaftsanalyse unter den Studierenden zu schärfen. Kurzzeitig wird am 10. August für Fritz Teufel die U-Haft mit Meldeauflagen ausgesetzt und auf dem Ku-Damm gebührend gefeiert.

Die SDS-Delegierten-Konferenz vom 4. bis 8. September in Frankfurt/Main vertieft die Vorbereitungen zur Einleitung einer Anti-Springer-Kampagne. Sie wird überschattet vom erneuerten Haftbefehl gegen Fritz Teufel. Der Gesuchte allerdings »punktet weiter« für die Bewegung, in dem er sich in einer Art von spektakulärer Selbstinszenierung eine Woche später, am 15. September im Berliner Abgeordnetenhaus zum Haftantritt selbst stellt.

Zwischen dem 19. und 26. September erlebt dann Westberlin eine »Woche der Rücktritte«: Auf den Rücktritt von Wolfgang Büsch vom Posten des Westberliner Innensenators (19.9.) folgt der Polizeipräsident Erich Duensing (22.9.) sowie am 26. September der Rücktritt von Westberlins Regierendem Bürgermeister Heinrich Albertz. Als Nachfolger von Albertz hält der bisherige Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Klaus Schütz, seine Regierungserklärung am 26. Oktober.

Der Monat November schließlich bringt mit der Gründung der »Kritischen Universität« an der FU (am 1.11) die Studentenschaft in die Offensive. Indem sie erstmalig auch einen organisatorischen Anker gegen die kritisierte Ordinarien-Universität auswirft und den Blick auf selbstbestimmtes Lernen und Forschen sowie auf Selbstverwaltung richtet, prägt sie die nächste Etappe der bildungspolitischen Auseinandersetzungen.

Ein weiterer Skandal nach den Juni-Ereignissen anlässlich des Schahbesuches stellt sicherlich der Freispruch des Todesschützen der Politischen Polizei Karl-Heinz Kurras am 21. November dar, dem »putative Notwehr in unübersichtlicher Lage« bescheinigt wird. Spätestens jetzt wird vielen die »strukturelle« Gewaltförmigkeit des Systems Demokratie, so wie es Herbert Marcuse im Juli 1967 ja live in Berlin und in seinen Schriften vorgetragen hatte, bewusst.

Auch vor diesem Hintergrund kann mensch das Bonmot Fritz Teufels hören, der am 29. November, dem zweiten Verhandlungstag seines »Steinwurf-Prozesses« vor dem Berliner Landgericht, der Aufforderung des Vorsitzenden, sich zu erheben, erst nach Androhung einer Ordnungsstrafe nur widerwillig nachkommt, verbunden mit dem Ausspruch: *»Na, wenn's der Wahrheitsfindung dient!«*●

Dieser Beitrag entstand in Zusammenarbeit mit Peter Hein, Sammlung Berlin des ID-Archivs

verarbeitete Quellen:
CheSchahShit. Die sechziger Jahre zwischen Cocktail und Molotov, Berlin 1984
Christopher Görlich, Die 68er in Berlin, Schauplätze und Ereignisse, Berlin 2002
Hochschule im Umbruch. Teil V: Gewalt und Gegengewalt(1967-1969), ausgew. u. dokumentiert von Siegward Lönnendonker, Tilman Fichter u. Jochen Staadt, Berlin 1983
Kreuzberg Museum (Hg.), Jürgen Henschel. Der Fotograf der Wahrheit, Berlin 2006
Uwe Timm, Der Freund und der Fremde, Köln 2005

Lesehinweise:
Ulrich Enzensberger: Die Jahre der Kommune 1. Berlin 1967-1969, Köln 2004
Tilmann Fichter / Siegward Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS, Berlin-West 1977
Ute Kätzel: Die 68erinnen. Porträt einer rebellischen Frauengeneration, Berlin 2002
Dieter Kunzelmann: Leisten Sie keinen Widerstand. Bilder aus meinem Leben, Berlin 1998
Matthias Matussek/Philipp Oehmke: Die Tage der Kommune, in: Der Spiegel, Nr.5 vom 29.1.2007, Seite 136ff.
Ralf Reinders/Ronald Fritzsch: Die Bewegung 2.Juni. Gespräche über Haschrebellen, Lorenzentführung, Knast, Berlin/Amsterdam 1995
Michael Ruetz: Ein Zeitalter wird besichtigt, Frankfurt/M. 1997

Internet:
www.haschrebellen.de
(dort besonders: die Ermordung Benno Ohnesorgs, zusammengestellt von Joerg Prante)

FORTSETZUNG VON SEITE 7: DAS JAHR 1967 IM SCHNELLDURCHLAUF

Magical History Tour

Krieg Protestierende von pro-amerikanischen Zuschauern verprügelt.

September

24.9. 100.000 Zuschauer verfolgen die 1. Spartakiade der Betriebskampfgruppen der DDR im Ost-Berliner Pionierpark »Ernst Thälmann«.

Oktober

9.10. Im bolivianischen Hochland wird die Guerillaeinheit um Ernesto »Che« Guevara aufgerieben, er selbst danach durch von US-Amerikanern ausgebildete Rangers ermordet und in der Ortschaft Valle Grande zur Schau gestellt. Der Versuch, die kubanische Revolution auf das lateinamerikanische Festland auszudehnen, ist vorerst gescheitert.

18.10. Auf der Frankfurter Buchmesse kommt es zu Protesten an den Ständen Griechenlands und beim Axel-Springer-Verlag.

21.10. Weltweite Aktivitäten gegen den Vietnam-Krieg, u.a. in London, Paris, Berlin, Rom, Oslo, Amsterdam und Tokio. In Washington belagern 250.000 Demonstrierende das Pentagon. Die US-Regierung setzt 10.000 Polizisten, Nationalgardisten und auch Fallschirmjäger ein. 600 Verhaftete.

26.10. Schah Mohammed Reza von Persien krönt sich selbst nach 26jähriger Regierungszeit zum Kaiser.

November

1.11. Gründung der sogenannten »Kritischen Universität« im Audimax der Westberliner FU. In mehr als dreißig Kollektiven wird mit der Selbstorganisation des Studiums und seiner politischen Reflexion begonnen.

9.11. Anlässlich der turnusgemäßen, feierlichen Rektoratsübergabe an der Universität in Hamburg kommt es zu Tumulten gegen die sogenannte »Ordinarienuniversität«. Bekannt wurde das Transparent von Protestierenden mit der Aufschrift: »Unter den Talaren – der Muff von tausend Jahren«. Auch an den Universitäten von Heidelberg, Tübingen, Marburg und Berlin folgen ähnliche Aktionen.

17.11. Laut offiziellen Berichten sind nunmehr über 500.000 US-Soldaten im Einsatz, die gegen Nordvietnam und den Vietcong kämpfen.

27.11. US-Verteidigungsminister McNamara wird Präsident der Weltbank.

Dezember

19.12. Nach tumultartigem Verlauf einer Diskussion mit dem Westberliner Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz – »Brecht dem Schütz die Gräten, alle Macht den Räten« – ziehen Demonstrationen vor die griechische Militärmission und vor das US-Amerikahaus.

20.12. Innerhalb von nur 4 Wochen haben 30.000 Studierende und DozentInnen ein Hochschulmanifest gegen die in Westdeutschland zur Verabschiedung vorgesehenen Notstandsgesetze unterschrieben.

24.12. In der Westberliner Gedächtniskirche wird Rudi Dutschke beim Versuch, während des Weihnachtsgottesdienstes von der Kanzel eine Rede gegen den Vietnam-Krieg zu halten, von einem Gottesdienstbesucher mit einer Krücke niedergeschlagen.

Bei einem studentischen Go-in in den Weihnachtsgottesdienst im Bonner Münster muss Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger den Betsaal fluchtartig durch einen Seiteneingang verlassen.●

Thomas-Dietrich Lehmann

Quellen:
Aufbrüche. Die Chronik der Republik von 1961 bis 1986, hrg. v. Freimut Duve, Reinbeck 1986
Christopher Görlich: Die 68er in Berlin, Schauplätze und Ereignisse, Berlin 2002
Peter Mosler: Was wir wollten, was wir wurden. Zeugnisse der Studentenrevolte, Reinbeck 1988
Hochschule im Umbruch.
Teil V: Gewalt und Gegengewalt (1967-1969), ausgewählt u. dokumentiert von Siegward Lönnendonker, Tilman Fichter u. Jochen Staadt, Berlin 1983
CheSchahShit. Die sechziger Jahre zwischen Cocktail und Molotov, Berlin 1984
Ulrich Enzensberger: Die Jahre der Kommune 1. Berlin 1967-1969, Köln 2004

FRAGEN UND EINSICHTEN

2. Juni 1967

1967 plus 1977 ergibt 2007

»Ten years after« so hieß die Rock- und Bluesband um den Gitarristen Alvin Lee, die 1967 gegründet wurde. »Zehn Jahre danach«, titelten so manche der linksradikalen Blätter 1977, und gemeint war ein anderer »blues«. Zehn Jahre nach der Erschießung Benno Ohnesorgs gab es tatsächlich etwas anderes oder sagen wir genauer: etwas mehr als nur die RAF, mit ihren tragisch-spektakulären, verzweifelten Anschlägen und Morden. Es gab eine lebhafte Diskussion innerhalb der radikalen Linken, die sich (wenn auch fraktioniert und von allerlei Zwistigkeiten überdeckt) um ein Gespräch bemühte.

Eine Debatte darum, was aus der gesellschaftlichen Entwicklung seit 1967 zu lernen sei? Nach all den Schüssen. Auf Benno Ohnesorg, auf Rudi Dutschke und nach weiteren »Straßenhinrichtungen« und nach den ersten Knast-Toten. Zu nennen sind u.a. Petra Schelm (1971), Georg von Rauch (1971), Thomas Weissbecker (1972), Holger Meins (1974) und Ulrike Meinhof (1976). 1977 blickte die Linke auf mehr zurück als auf Mord und Totschlag: Thema waren bspw. die ersten erfolgreichen Versuche mithilfe von Bürgerinitiativen die drängenden Fragen von Ökologie und Ökonomie zusammenzubringen. Oder die Bündnisse mit aufgeklärten Teilen der Bevölkerung. Der Kampf um Whyl war erfolgreich gefochten und es formierte sich eine breite Anti-AKW-Bewegung. Stärke zeigten ihre Aktionen in Kalkar, Grohnde und Brokdorf. Kommunen und Kinderläden waren schon entstanden, Frauenhäuser und Frauenzeitschriften begannen ihre Arbeit.

Der Berliner linken Zeitschrift »radikal.sozialistische Zeitung für Westberlin« habe ich einen Text entnommen, stellvertretend für andere. Nicht um alte Debatten wieder aufleben zu lassen, sozusagen als ein Nostalgieprojekt, sondern um die damals gestellten Fragen und Einsichten nahe zu bringen. Und die Art, wie der Diskussionsprozess organisiert wurde. Ich bin der Ansicht, dass auch »vierzig Jahre danach«, im Blick auf die heutigen Themen, von Globalisierungsgefahren bis zur Klimakatastrophe, eine Auseinandersetzung mit den Erfahrungen zurückliegender Kämpfe »der Bewegung« gut zu Gesicht steht. CONTRASTE hat ja in diesem Schwerpunkt mit einem »virtuellen Runden Tisch« einen ersten Anlauf genommen.●

Thomas-Dietrich Lehmann

Auszug aus der »radikal.Sozialistische Zeitung für Westberlin« Nr. 22 vom 26.5.-9.6.77, Seite 8/9

Aufruf zum 2. Juni 1977

Als am 2. Juni 1967 Benno Ohnesorg bei der Demonstration gegen den Schah erschossen wurde, wussten wir noch nicht, dass deutsche Geheimdienste seit 1959 die Verfassung der BRD brechen und in der Bundesrepublik lebende iranische Bürger und Studenten der iranischen Geheimorganisation SAVAK denunzieren. Obwohl ein hoher iranischer Politiker das vor wenigen Monaten bekannt gegeben hat, wissen wir noch heute nicht, ob einige hundert oder »nur« einige Dutzend Menschen durch diesen Verfassungsbruch deutscher Behörden vom Leben zum Foltertod gebracht wurden. Damals sah eine kleine Minderheit den Zusammenhang zwischen der Erschießung eines unbewaffneten, zusammengeschlagenen Studenten und dem Zusammenspiel der neuen deutschen Machtpolitik. 1977 haben wir die Achse Bonn-Teheran und das Kulturabkommen mit dem Iran – eines Regimes, das amnesty international als das ärgste Folterregime der Welt bezeichnet.

Als am 2. Juni 1967 Benno Ohnesorg erschossen wurde, wussten wir nicht, wie viele Menschen den Polizeikugeln, den Fehlinformationen und den Weisungen von oben zum Opfer fallen würden. Heute wissen wir, dass es eine dreistellige Zahl ist. Nicht nur Demonstranten, nicht nur sogenannte Politische oder »Extremisten« oder auch »Terroristen«, auch Kinder und Halbwüchsige, die ein Fahrrad klauen wollten oder mit den eigentlichen Zielen der Menschenjagd verwechselt wurden, fielen diesen Schüssen zum Opfer. Aber es war immer Notwehr, nie Todschlag, nie Mord. Auch die Polizisten selbst wurden betrogen. Vor der Erschießung Benno Ohnesorgs hatte der Polizeifunk verbreitet, dass soeben zwei Polizisten von Studenten erstochen worden seien. Ohne diese Lügenmeldung, die noch zwei Tage später dem Oberbürgermeister Albertz als wahr aufgetischt wurde, hätte der labile Polizeihauptmeister Kurras wahrscheinlich nicht geschossen.

Am U-Bahnhof Deutsche Oper steht seit 1990 ein Denkmal von Alfred Hrdlicka, das an den 2. Juni 1967 erinnert Foto: Umbruch-Bildarchiv

Als am 2. Juni 1967 Benno Ohnesorg erschossen wurde, war nicht nur die Brutalisierung der Executive schon am Werk, sondern auch die später in der Bundesrepublik so oft wiederholte Methode, nicht den wahren Sachverhalt zu gestehen. Schon nach Benno Ohnesorgs Tod wurde zwei Tage lang systematisch versucht, die Todesursache zu verschleiern. Wir wissen, dass seither viele Polizeischüsse offiziell falsch dargestellt wurden und werden, aber wir wissen nicht wie viele.

Als am 2. Juni 1967 Benno Ohnesorg erschossen wurde, hatte eine Hetze gegen Studenten, die Linken und andere demokratische Demonstranten begonnen, die vom Generalbundesanwalt Fritz Bauer mit den Worten verurteilt wurde: »Wieder einmal sollen nicht die Mörder, sondern die Ermordeten schuldig sein.« Damals begann die Kriminalisierung jedes studentischen Widerstands überhaupt, jener Abbau der demokratischen Rechte unter dem Vorwand, die Demokratie zu schützen, jener Feldzug der antidemokratischen Unfreiheit im Namen der freiheitlich demokratischen Grundordnung, der in der Folge zu Gewerkschaftsausschlüssen wegen Unvereinbarkeit, zum Radikalenerlass und zu jener systematischen Verschlechterung der Rechte der Gefangenen und der Rechtsanwälte geführt hat, die Oberlandesgerichtspräsident i.R. Dr. Richard Schmidt öffentlich als »in Form und Inhalt geradewegs von Hitlers Volksgerichtspräsidenten Roland Freisler herstammend« angeprangert hat.

Franz Josef Degenhardt

2. Juni 1967

Da habt ihr es, das Argument der Straße.
Sagt bloß jetzt nicht: Das haben wir nicht gewollt.
Zu oft verhöhnt habt ihr die sogenannte Masse,
die euch trotz allem heut noch Beifall zollt.
Nun wißt ihr es: Uns ist es nicht genug,
in jedem vierten Jahr ein Kreuz zu malen.
Wir rechnen nach und nennen es Betrug,
wenn es gar keine Wahl gibt bei den wahlen.

Jetzt schreiben wir die Kreuze an die Wände
mit roter Farbe. Warum eure Wut?
Das ist doch Farbe. Aber eure Hände
sind seit Berliner Tagen voller Blut.
Zerquetschte Schädel stellt ihr zum Vergleich
geplatzten Eiern und Tomaten.
Das ist nicht neu in diesem Land! Und euch,
euch paar'n, die ihr mal anders wart, was soll man
euch noch raten?

Genau das ist die Mischung, die wir kennen:
Gerührt bei kindischer Sorayerei.
Und das schlägt zu, mitten im Flennen.
Aus Rotz und Blut ist dieser Brei.
Warum, verdammt, seid ihr nicht aufgewacht,
bevor die Kugeln trafen?
Jetzt denkt an Deutschland in der Nacht
und sagt, wer kann noch ruhig schlafen?

Quelle:
Franz-Josef Degenhardt / Eulenspiegel Verlag Berlin

Als am 2. Juni 1967 Benno Ohnesorg erschossen wurde, da wussten wir nicht, wie viel politische Gefangene es 10 Jahre später trotz stillschweigender Aufhebung des Kommunistenverbotes geben würde. Heute haben wir die Pflicht, die Solidarität mit den politischen Gefangenen, die am schwersten von der Flutwelle der Repression betroffen sind, nicht zu vernachlässigen. Auch dann nicht, wenn es Gefangene sind, mit deren politischen Auffassungen wir nicht übereinstimmen, manchmal nur deshalb nicht, weil sie sich durch das gleiche Unrecht, das wir alle kennen, zu Verzweiflungstaten hinreißen ließen. Wir denken an das Schicksal und den ungeklärten Tod von Ulrike Meinhof, die in West-Berlin begraben liegt. Die offizielle Behauptung, dass sich »Terroristen« außerhalb des »Rechtstaats« stellen, ist selbst die Abschaffung jedes »Rechtstaats«, jeder Demokratie. Kein Mensch kann das Recht auf ein faires Verfahren, auf menschliche Behandlung und auf eine volle und ungehinderte Verteidigung verwirken. Wir dürfen aber auch die offizielle Propaganda, als wären die politischen Gefangenen keine wirklichen politischen Gefangenen, sondern »Terroristen«, »Verbrecher«, nie unwidersprochen lassen. Man denke an Peter Paul Zahl, an Karl-Heinz Roth, an Fritz Teufel und zahllose andere.

Trauerkonvoi am Autobahnkleeblatt Drei Linden am 8. Juni 1967. Überführung Ohnesorgs nach Hannover Foto: Landesarchiv

Als am 2. Juni 1967 Benno Ohnesorg erschossen wurde, wussten wir noch nicht, wie sich die Studentenbewegung und überhaupt die Linke weiterentwickeln würde; wir wussten nichts von den zahlreichen Spaltungen und den noch zahlreicheren Repressionen, die immer wieder den Gespaltenen ein einsames, ungutes Schicksal zu bereiten trachten. Deshalb ist es heute, 10 Jahre später, unsere Aufgabe, auf die 10 Jahre zurückzublicken, und sowohl die Entwicklung der Repression als auch die Entwicklung der Linken, die bisherige Entwicklung und die mögliche Weiterentwicklung genau ins Auge zu fassen, mit der Absicht, im Widerstand gegen das »Modell Deutschland«, im Widerstand gegen polizeistaatliche kompentarisierte Gleichschaltung und Existenzvernichtung, für alle Andersdenkenden einer neuen expansionistischen Großmachtpolitik, die Linke, wo immer es möglich ist, zu vereinheitlichen und praktische Solidarität zu üben.

Als am 2. Juni 1967 Benno Ohnesorg erschossen wurde, waren die Notstandsgesetze noch nicht auf der Tagesordnung, geschweige denn Gesetz; und von einem Todesschussgesetz, von der Legalisierung der sogenannten Hinrichtung auf der Straße, war überhaupt noch nicht die Rede. Wie seither der Terror von Polizei- und Geheimdienstapparaten, von Spitzeln, Verleumdern und Rechtsverschlechterern, von Gewerkschaftsausschließern und Militaristen allenthalben zugenommen hat, das zeigt, dass die warnenden Worte der damaligen Studentenbewegung, – warnend auch über das Schicksal der SPD –, unglücklicherweise nicht Schwarzseherei waren, sondern richtige Einschätzungen einer Zukunft, die noch ärger geworden ist, als damals vorausgesagt. Das zeigt aber auch, dass die damaligen, vielfältigen und originellen Initiativen des demokratischen Widerstandes eine gute Tradition sind, an die wir heute und morgen anknüpfen können.

Texttafel am Hrdlicka-Denkmal Foto: Umbruch-Bildarchiv

Als am 2. Juni 1967 Benno Ohnesorg erschossen wurde, da versuchten verderbte Behörden, unter einem verderbten Innensenator, die Tatsachen und die politischen Zusammenhänge dieser Tatsachen, vom Vietnamkrieg und von eigens aus dem Iran gekommenen Jubelpersern bis zum polizeilichen Todesschuss, und die Zusammenhänge mit der Hetze der Massenmedien gegen alle Linken und gegen die Studenten zu verschleiern, und nachher möglichst bald wieder vergessen zu machen.

Heute zehn Jahre später wissen wir, dass es unsere Aufgabe ist, gegen Verschleierung und geschichtsloses Vergessen, Aufklärung, Wahrheit und Verständnis zu verbreiten. Dies ist notwendig zur Bekämpfung des Todes, nicht zuletzt des atomaren Todes, der sonst zahllosen Menschen droht. Dies ist zugleich unsere Art, an Benno Ohnesorg zu denken, der sonst ganz umsonst gestorben ist.●

Dieser Aufruf wurde bisher von folgenden Personen unterzeichnet:
CISNU (nationale Leitung)
Arnfried Astel
Rechtsanwälte Ströbele, Groenewold
Rechtsanwältin Brigitte Heinrich
Ingeborg Drewitz
Jürgen Roth
Gerhard Zwerenz

ERINNERUNGEN

2. Juni 1967

»Wir sind doch alle vom 2. Juni«

Traditionen waren uns zutiefst verhasst. Aber scheinbar habe ich mir eine geschaffen, wenn ich nun seit rund 15 Jahren jeweils am 2. Juni zur Bismarckstrasse in Berlin-Charlottenburg radle um eine Blume (meist eine gelbe Rose) an das Bronze-Relief »Tod eines Demonstranten« nieder zu legen.

Dieses »Benno-Ohnesorg-Gedenkrelief« wurde 1971 von dem österreichischen Künstler Alfred Hrdlicka unter den Eindrücken der Ereignisse des 2. Juni 1967 geschaffen, und nach reichlichem Hin und Her 1990 neben dem U-Bahn-Eingang »Deutsche Oper« auf der Bismarckstrasse aufgestellt, ca. 200 Meter entfernt vom damaligen Tatort, der Krumme Str. 66, wo der knapp 27jährige Student Benno Ohnesorg von dem Zivilpolizisten Kurras erschossen wurde. Das Relief stellt in beeindruckender Weise eine Gewalttätigkeit dar, wie sie seinerzeit – in Form zweier Uniformierter – vom Staat ausgeübt worden ist.

Am 2. Juni 1967 stand ich kurz vor meinem 13. Lebensjahr, und wir wohnten damals auch schon mal in dieser Gegend. Unsere sozialdemokratische Klassenlehrerin diskutierte seinerzeit mit uns über die Studentenproteste, und obwohl ich vermutlich eher noch von der damaligen allgemeinen Volkshetze beeinflusst war, hegte ich doch schon einiges an Sympathien für jene DemonstrantInnen, die öfters die Kaiser-Friedrich- und Bismarckstrasse entlang zogen, um etwa gegen den Vietnam-Krieg zu demonstrieren. Damals war noch Charlottenburg das Zentrum studentischen Treibens (1). Und obwohl mal einige der Haschrebellen mir mein schickes, schwarzes Halstuch abnehmen wollten (war doch nur Spaß), geriet ich immer mehr in den Sog jener Umbruchzeiten.

Ich hatte nicht gegen eine religiöse Erziehung anzukämpfen, war ja nicht mal getauft. Ich hatte nicht gegen das Schweigen von Eltern über deren Naziaktivitäten im sog. »Dritten Reich« zu leiden, bei uns wurde zwar auch kaum darüber geredet, aber meine Mutter war nicht mal im BDM (2). Als Proletenkind war mein Spielplatz die Strasse und hier spielte sich in jener Zeit reichlich ab, und schon mit zwölf haben wir andere Sachen gedacht, als an »Spielen«. Früh zog es uns in den RC (3), das Bier war billig, Zigaretten lagen auf den Tischen rum, wo man sich ohne groß zu fragen durchschnorren konnte. Den meisten Diskussionen konnten wir nicht folgen (und ich glaube bis heute, dass die meisten Leute auch nicht verstanden haben, was Rudi Dutschke referierte), aber hier waren wir als proletarische Schüler begehrte Objekte, und wir konnten lernen. Uns wurden Bücher in die Hände gedrückt, wir lernten Abzugsmaschinen zu bedienen und im Schulstreik 1969/70 waren wir die einzige aktive Hauptschule. Mir hat es die Zensuren verhagelt, aber dafür habe ich am eigenen Leibe den Spruch erfahren: »Wer hat uns verraten – Sozialdemokraten!«. Und selbst als die »konkret-Bande« um »Fünf-Finger-sind-eine-Faust-Röhl« erklärte, das Anarchismus zum Faschismus führe, lockten uns selbst die nackten Frauen auf seinen Titelblättern nicht mehr.

Schritt für Schritt ging es über die ersten WG's, die ersten Arbeitskollektive, Hausbesetzungen usw. in ein selbständiges politisches Denken jenseits des damaligen Parteiengewühls. Wir glaubten damals wirklich – und die Sprache der Flugblätter und Erklärungen zeugen heute von einer elendigen Arroganz – die Welt läge in unseren Händen. Und im Gegensatz zur RAF war die Bewegung 2. Juni wesentlich populistischer, wie in Lateinamerika. Wir (immer noch dieses selbstverständliche Gruppengefühl) hielten uns für einen Teil dieser Bewegung, ohne die Aktiven als solches zu kennen. Nicht nur, weil es Aktionen gab, wie etwa das Verteilen geraubdruckter BVG-Fahrscheine, die natürlich nur unter die Leute kamen, in dem möglichst viele sie verteilten, so natürlich auch ich in Charlottenburg. Oder etwa, wenn Partys angesagt waren, wo eigentlich jedeR wusste, dass es nur darum ging, Ausweispapiere für die Illegalen zur Verfügung zu stellen.

Es war nicht nur die Tatsache, dass am 2. Juni 1967 der Staat zuerst geschossen hat, nicht nur die Tatsache, dass der Schütze Kurras letztlich nie belangt wurde, oder etwa die Tatsache, dass bevor es auch nur eine Verurteilung wegen Zugehörigkeit zu einer »terroristischen Vereinigung« wie beim »2. Juni« gab, bereits Unterstützer zu Haftstrafen verurteilt wurden. Wie kann jemand etwas unterstützen, was es bis dato noch gar nicht gab? Nein, es war die Arroganz des Staates, die bis in unsere Tage anhält, die den Umgang zwischen einer – überwiegenden – Jugend, die Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit auf ihre Fahnen geschrieben hatte und einem Staat, der verlogen war, deren Repräsentanten auch schon zur Nazizeit eine Rolle spielten usw. Diesem angeblich demokratischen Staat war die Macht wichtiger als die Menschen.

Benno Ohnesorg, dem ich als Person erstmals durch das Buch von Uwe Timm (4) erstmals als Mensch ein wenig näher kam, war zuvor für mich immer ein Synonym. Es hätte wirklich jedeN treffen können, wie eben jene Opfer staatlicher Gewalt, die noch folgen sollten.

So waren wir in zweierlei Bezug eben »alle vom 2. Juni«.

Und so werde ich auch an diesem 2. Juni 2007 in die Bismarckstrasse radeln und eine Blume niederlegen, auch wenn die Blumen meistens am nächsten Tag schon beseitigt werden, was mich von Jahr zu Jahr mehr ärgert, und es geht nicht um Nostalgie, die mich treibt, sondern um ein Ereignis, welches eine Gesellschaft prägte. In dem darauffolgenden Prozess haben wir zwar verloren, aber es gibt nichts zu bereuen, und aus Fehlern lernend, werden wir uns weiterhin einer frisch gebügelten Gesellschaft entgegenstellen. Was bleibt uns auch anderes übrig, niemand soll sagen, dass irgendein Opfer umsonst gewesen sein soll.●

Gantenbein

1) Vgl. hierzu: Thomas-Dietrich Lehmann; Erscheint donnerstags mit Kleinanzeigen – Auf den Spuren einer linken Infrastruktur. In: rotaprint 25 (Hg.); 883 – Bewegung, Revolte, Underground in Westberlin 1969-1972. Verlag Assoziation A Hamburg/Berlin 2006, S. 61-72
2) BDM = Bund Deutscher Mädchen, Nazi-Jugendorganisation.
3) RC = Republikanischer Club in der Wielandstr. 27, Nähe Kurfürstendamm. Treffpunkt der APO
4) Uwe Timm; Der Freund und der Fremde. Kiepenheuer & Witsch Köln 2005

Das Straßenschild gibt Geschichtsunterricht Foto: Umbruch-Bildarchiv

Ein Denkmal gegen die Staatsgewalt

Bereits 1971 schuf der österreichische Künstler Alfred Hrdlicka (geb. 1928) unter dem Eindruck der Erschießung von Benno Ohnesorg ein Relief mit dem Titel »Tod eines Demonstranten«, in Erinnerung »an den Kampf der Studentenbewegung gegen Faschismus, Ausbeutung und Krieg« (so zitiert in der Berliner Morgenpost, o.D.). Aber erst eine Charlottenburger »Initiative Benno-Ohnesorg-Mahnmal« schaffte es 1990 jenen geschichtsträchtigen Ort an der Deutschen Oper im Westteil Berlin auch zu einem Gedenkort zu machen. Der damalige SPD/AL-Senat kam für die rund 90.000 DM auf, die der Guss des Bronzereliefs kostete, und der Charlottenburger Bezirk unter SPD-Regierung bezahlte den Transport und die Aufstellung von ca. 20.000 DM. Der Künstler verzichtete auf jedwedes Honorar.

Das Denkmal, ca. 2 x 4 Meter groß, wurde vor dem U-Bahn-Eingang, rechts neben der Deutschen Oper aufgestellt, wo sich am 2. Juni 1967 die Einsatzzentrale der Polizei befand, da der Ort, wo Benno Ohnesorg während der Anti-Schah-Demonstration erschossen wurde, ein Privatgrundstück ist.

Am 15. Dezember 1990 um 11 Uhr wurde das Relief im Beisein des ehemaligen SDS-Mitglieds und gebürtigen Iraner Bahman Nirumand, Antje Vollmer von den Grünen (Witz komm raus!), der SPD-Bezirksbürgermeisterin von Charlottenburg Monika Wissel, sowie Pfarrer Manfred Engelbrecht von der Initiative für das Denkmal, eingeweiht.

Bereits im Vorfeld gab es zahlreiche Proteste, nicht nur von der damals in der Opposition befindlichen CDU, sondern vor allem von Seiten der Polizei, aber auch nach der Aufstellung gab es erst mal keine Ruhe. Unter der Überschrift »Polizei protestiert gegen Ohnesorg-Denkmal« zitiert die TAZ vom 19.12.90 den Gesamtpersonalrat der Polizei, dass das Denkmal die Polizei als »Büttel roher Staatsgewalt« darstellen würde. Und in der Berliner Morgenpost (o.D.) wird die GdP (Gewerkschaft der Polizei) zitiert: »Sie [die Hrdlicka-Plastik] verunstaltet das Bild der Polizei«. Diese heftige Ablehnung des Mahnmals wurde damit begründet, dass der Schütze Kurras schließlich von der »fahrlässigen Tötung« freigesprochen worden sei, und das Ganze doch wohl eher ein »Unfall« gewesen sei.

Noch im Januar 1991 provozierte die oppositionelle CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, man solle das Hrdlicka-Denkmal für 500.000 DM verkaufen und damit die Sozialausgaben des »roten« Senats finanzieren.

Das Denkmal ist bis heute kaum im Bewusstsein, weder der BürgerInnen noch der Linken. Dies gilt es zu ändern.●

Jochen Knoblauch

CHATTEN IM FRÜHLING 2007

Von Benno Ohnesorg bis Oury Jalloh, Erinnerung? – Si!

Leh: *Zunächst sage ich mal auf diesem Wege ein Dankeschön an euch Drei, dass ihr in diesem chat eure Meinung kundtut. Ich kenne euch alle drei gut, hier in Berlin, habe mit euch auch schon politisch gearbeitet. So sind wir fast ein wirklicher Runder Tisch, auch wenn alle vor den Computern alleine saßen, als dieses kleine Projekt eingetütet wurde. Mich interessieren zuerst kurz eure persönlich-politischen Biografien, also wo ihr euch engagiert oder engagiert habt?*

Marie: Ich bin 1967 geboren, politisch aktiv seit den frühen 80er Jahren. Viel Zeit habe ich außerhalb Deutschlands verbracht, in nicht ausschließlich weißen communities. Aktiv vor allem im medizinisch-politischen und im antirassistischen Bereich. Seit ein paar Jahren glückliche Mutter.

Christine: Meine Schwerpunkte liegen im Nachbarschaftsprojekt, in der Hausbesetzerbewegung, in der Gewerkschaft, in der Bildungsarbeit zum Thema Arbeit und Gesundheit.

Chris: Ich bin 1962 geboren. An '68 kann ich mich nur noch insoweit erinnern, dass wir vier Geschwister »Demonstranten und Polizei« gespielt haben. »Wir demonstrieren, auf allen Vieren, wir wollen hitzefrei!«, und damit einen Vorwand hatten, uns zu prügeln. Später war ich bei den Berlinern Hausbesetzern, dann in der IWF-Kampagne aktiv. Noch später alle möglichen autonomen Kampagnen, aber auch Kommunalpolitik in Brandenburg.

Was verbindet ihr mit dem Datum des 2. Juni 1967?

Chris: Was soll mensch auf solche Frage antworten? Das Datum hat einfach einen hohen Symbolwert, nicht mehr, nicht weniger. Es symbolisiert einen Wendepunkt in der bundesdeutschen Geschichte. Wenn es dieser Tag nicht wäre, wären es vielleicht die zwei Toten bei der Anti-Springer-Demonstration 1968 in München gewesen? Benno Ohnesorg bringt natürlich alles mit, was die bürgerliche Medienmeute gerne hat, ein »unschuldiges Opfer, von hinten erschossen«, und zufällig ein tolles Foto. Wer möchte nicht in den Armen dieser hübschen Frau sterben?

Christine: Benno Ohnesorg, aber auch Klaus Jürgen Rattay, Carlo Giuliani.

Eine Politik, die nicht zwingend will, dass solches passiert. Aber zur Anwendung kommen Konzepte, die billigend in Kauf nehmen, dass Menschen zu Schaden kommen. Denn es muss doch damit gerechnet werden, dass irgendeine Situation eskaliert. Keiner der drei war persönlich gemeint. Alle standen nur zur falschen Zeit am falschen Platz. Die Reihe der Namen könnte noch anders ausfallen, diese sind eben für mich eine Reihe. Von Ohnesorg habe ich erst Jahre nach seinem Tod erfahren, eigentlich erst, als sich die Bewegung 2. Juni auf ihn bezog. Rattay, der gehört zu der Zeit, in der ich selber viel auf der Straße war. Entsprechend betroffen war ich. Giuliani machte mir klar, dass ich mich auf Straßenkämpfe nicht mehr einlassen will, aber doch jetzt wieder merke, dass es eine Form der Auseinandersetzung ist, die sein muss.

Marie: Also, der 2. Juni 1967 ist der Geburtstag einer meiner ersten und besten Kindheitsfreundinnen. Das heißt Kindergeburtstage und später rauschende Parties. Ich selbst bin gegen Ende '67 geboren. Als ich anfing politisch zu denken, d.h. nach ersten Auseinandersetzungen mit dem Mangel an Aufarbeitung des Nationalsozialismus, vor allem in der Generation unserer Eltern und den politischen Konsequenzen, habe ich meinen Vater gefragt, wie das für ihn 1967 eigentlich war. Ob ihn das nicht interessiert und/oder bewegt hat, die Demonstrationen, die Bewegung auf der Strasse? – »Für so'n Quatsch hatte ich keine Zeit!«, so mein Vater, der altersmäßig durchaus hätte dazugehören können, der aber damit beschäftigt war, zu arbeiten und Vater zu werden und dem zumindest damals die Inhalte nicht vermittelbar waren. Meine eigenen wirklichen Erinnerungen an politische Atmosphäre fangen 1977 an. Was ich mit dem 2. Juni1967 verbinde, ist meine Lektion von getrennten Welten. In einer Gesellschaft zu leben und doch völlig andere Lebenswelten zu haben als mein Vater, für den der Schah-Besuch und Benno Ohnesorgs Tod keineThemen waren.

In ein paar Wochen treffen sich AktivistInnen aus Anlass des G8-Gipfels in Heiligendamm bei Rostock, um gegen die herrschenden Konzepte einer Weltaufteilung zugunsten der Reichen zu demonstrieren. Sollte die Erfahrung vom 2. Juni 1967, den tödlichen Schüssen auf Benno Ohnesorg, auch heute im politischen Gedächtnis sozialer Bewegungen wachgehalten werden?

Christine: Was hat die heutige Bewegung mit den Toten von damals zu tun? Was haben die heutigen AktivistInnen mit dem Leben von damals zu tun? Was wiederholt sich, was muss immer wieder neu erkämpft, erarbeitet, herausgefunden werden? Fechten es die Enkel besser aus? Welche Chancen haben die Enkel? Das Hier und Jetzt ist relevant, dabei kann es eine Stärkung bedeuten, zu wissen, dass andere es bereits probiert haben. Doch seine Erfahrungen muss jede selbst machen.

Chris: Die G-8-Kampagne interessiert mich überhaupt nicht, da man spätestens aus der IWF-Kampagne gelernt haben sollte, dass alles anders kommt als man denkt. Nur einfach rechtzeitig vor Ort sein und seinen ideologischen Katechismus zuhause lassen sollte.

Welche Erfahrung von damals? Die tödlichen Schüsse auf Benno Ohnesorg waren absoluter Zufall, kein Polizeipräsident oder Innensenator oder sonst wer hat vorher beschlossen, »den schnappen wir uns heute Abend und erschießen ihn«. Es ist viel mehr der Dynamik der Ereignisse geschuldet, ähnlich wie in Genua 2001, und wirklich politisch wichtig ist, was dann danach damit passiert, wie Ohnesorg von den Linken verklärt wird, wie der Polizeiapparat alles deckelt, welche Hassgefühle da noch bei den einzelnen Polizisten schlummern, und so weiter. Welche tiefsitzenden Ängste da bei vielen Linken hochkommen, die Assoziationen mit Auschwitz (zum Beispiel von Gudrun Ensslin), die aber 1967 realpolitisch völlig gerechtfertigt waren, weil die Linke sich 1933 nicht vorstellen konnte, dass die Nazis wirklich alle umbringen werden. Heute weiß man, dass sich die Gesellschaft in der BRD politisch weiterentwickelt hat und ein geplanter Mord gegen Linke im Moment nicht ansteht. Also, die Erfahrung, die wachgehalten werden sollte, ist, dass die Herrschenden in Deutschland im Unterschied zu anderen kapitalistischen Ländern wie den USA und England, zum Stalinismus in der UdSSR sag' ich jetzt mal nichts –, eine richtige Ausrottungspolitik gegen jede politische und gesellschaftliche Opposition durchgezogen haben. Das ist die Erfahrung mit dem NS gewesen, und Ohnesorg ist die symbolische Angst davor.

Eine völlig andere Frage ist, dass es in Heiligendamm im Sommer natürlich einen Toten geben kann. Wieder aus Zufall, wieder aus der gleichen Dynamik heraus, wieder weil bei einem einzelnen Polizisten die Nerven durchgehen. Aber dies weiß mensch ja, man braucht es nicht pathetisch aufzublasen, immerhin wollen ja viele Demonstranten die acht mächtigsten Männer und Frauen der Welt in ihrer Festung belagern. Wir sind hier doch nicht im Kindergarten! Was anstellen und hinterher mit Unschuldsmine verkünden, »ich hab' doch gar nichts gemacht«.

Marie: Für mich ein klares Ja. Ich weiß schon viele Details nicht mehr und ich finde es wichtig. Ein Thema, eine Phase von vielen, die im politischen Gedächtnis sozialer Bewegungen erinnert werden sollten. Hier in Aktivitäten verstrickt zu sein, das heißt, auch leicht den größeren Kontext aus den Augen zu verlieren, finde ich. Positiv besetzte Geschichtsvermittlung findet wenig statt und noch immer gibt es wahre Generationsbrüche in der Bewegung. Also, Erinnerung – si! Genauso wie sich die Bewegung in 40 Jahren, hoffentlich, an Flüchtlings-Selbstorganisation, an Kämpfe gegen die Residenzpflicht und an Menschen wie Oury Jalloh erinnern wird.●

SCHOTTLAND: BLOCKADEAKTION FÜR EINE ATOMWAFFENFREIE ZUKUNFT

Zerstörungspotenzial: 1.280 Hiroshima-Bomben

Seit Beginn der gewaltfreien Dauerblockade »Faslane 365« am 1. Oktober 2006 im schottischen Faslane, bei Glasgow, haben 73 Blockadegruppen unterschiedlicher Nationalität insgesamt 99 Tage den Zugang zum dortigen britischen U-Boot-Atomwaffenstützpunkt blockiert.

Von Evelyne Astner ● Dabei gehen sie äußerst kreativ vor, neben Transparenten und anderen Demonstrationsobjekten, wird sich verkleidet, Musik gemacht oder Theater gespielt. Ziel der friedlichen 365tägigen Blockadeaktion ist die Entfernung der Trident-Raketen aus Faslane sowie die Erstellung eines Stundenplans der Regierung zur Abrüstung zusammen mit der Erklärung, keine weiteren Atomwaffen zu entwickeln. Weiterhin soll eine möglichst breite Öffentlichkeit auf das Problem von Atomwaffen aufmerksam gemacht und durch die Blockade der Weg zur Basis und damit die Arbeit an den Massenvernichtungswaffen – die selbst eine »Blockade« einer besseren Gesellschaft darstellen – erschwert werden.

Vier Atom-U-Boote sind derzeit auf der Militärbasis in Faslane stationiert, ausgerüstet mit 16 Langstreckenraketen vom US-Typ Trident und bestückt mit insgesamt 200 britischen Nuklearsprengköpfen. Obgleich die Mehrheit in Großbritannien gegen das Beibehalten der nuklearen Option ist, hat am 14. März 2007 das britische Unterhaus mehrheitlich beschlossen, nuklear nachzurüsten. Zwar räumte die Regierung ein, die Atomsprengköpfe um 20 Prozent auf 160 zu reduzieren, letztendlich hält Großbritannien aber an einer nuklearen Zerstörungskraft fest, die bereits heute 1.280 Hiroshima-Bomben entspricht – dabei ist nicht berücksichtigt, dass diese Waffen immer weiter modernisiert werden und ihre zerstörerische Kraft mit jeder Generation zunimmt. Dies als Abrüstung zu bezeichnen, zu der sich Großbritannien im Nichtverbreitungsvertrag verpflichtet hat, ist mehr als zynisch.

Erschreckend sind zudem die finanziellen Kosten. Für die Erhaltung und Entwicklung der Waffen fallen jährlich Kosten von bis zu 800 Millionen Pfund (dies entspricht etwa 1,3 Milliarden Euro) an – allein die geplante Erneuerung beläuft sich umgerechnet auf 30 Milliarden Euro. Dies sind Steuergelder, die beispielsweise an Schulen, Kindergärten oder Krankenhäusern fehlen. Das Festhalten an nuklearer Kriegstechnologie kostet uns aber noch mehr: Es birgt gesundheitliche, umwelt-, gesellschafts- und sicherheitspolitische Risiken und hat negative Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen.

Aus diesen Gründen machte ich mich zusammen mit 27 anderen Atomgegnern zwischen 18 und 74 Jahren aus ganz Deutschland sowie vier weiteren aus Belgien, Portugal und Finnland auf den Weg nach Faslane. Es kamen Bürger aus unterschiedlichen Bereichen – engagierte Privatpersonen, Studenten, Renter, Aktivisten und Menschen aus diversen Friedens- und Umweltbewegungen zusammen. Auch der Erfahrungsstand war verschieden. Ein Teil hatte bereits in den 80er Jahren an der Abschaffung der Pershing II Mittelstreckenraketen und Cruise Missiles in Deutschland mitgewirkt oder ist bereits seit Jahren im Wendland aktiv. Für die überwiegende Mehrheit war dies jedoch die erste Blockade, ebenso für mich.

Foto: Pressegruppe »Faslane 365«

Wie sich zeigte, war die Heterogenität der Gruppe eine der Besonderheiten, die zu der anregenden und überwiegend heiteren Atmosphäre, nicht nur während der Aktion, beitrug. An der Blockade am 28. März beteiligten sich mit mir aktiv 25 Personen. Die anderen unterstützten uns und kümmerten sich um die vielen Dinge, die während und direkt nach einer solchen Aktion anfallen. Während der Vorbereitungen am Tag zuvor hatten wir entschieden, zur Hauptverkehrszeit gegen 7 Uhr zu blockieren, um ein möglichst großes Publikum zu erreichen. Nachdem der Verkehr gestoppt war, stiegen wir aus dem Bus und liefen gemeinsam in unseren beschrifteten weißen Anzügen und mit Transparenten die Hauptstraße entlang in Richtung Südtor des Stützpunktes, um möglichst nahe vor dem Eingang die eigentliche Blockade zu beginnen. Aufgrund der hohen Polizeipräsens kam unser Zug jedoch frühzeitig zum Stillstand und wir beschlossen daraufhin, die Straße zur Basis zu blockieren. Das Wetter war gut und so lagen bzw. saßen wir in drei Reihen à sechs Personen, auf trockenem Boden, miteinander verbunden über unsere Arme und Hände, die wir in sogenannten Lock-ons hatten, zwischen uns weitere Sitzblokkierer.

Es dauerte über drei Stunden ehe alle von der Straße getragen waren und der Verkehr vollkommen ungehindert passieren konnte. Auch wenn der Moment des Losschneidens sich, wie erwartet, als unangenehm erwies, wurden die meisten von der Polizei freundlich behandelt. Mich amüsierten besonders die Äußerungen des Rohrschneideteams, welches fachmännisches Interesse an den Rohren bekundete und diese, so schien es, mehr als freudige Herausforderung, denn als enervierendes Ärgernis betrachtete. Zudem wurden wir im Vorfeld sehr gut über mögliche Konsequenzen informiert, so dass jeder wusste, dass er oder sie mindestens 24 Stunden in Haft verbringen würde und eine Anklage riskierte. Ich war demnach nicht überrascht, dass wir nach der Aktion wegen »Öffentlicher Ruhestörung« für 30 Stunden in Gewahrsam – in Dreier- und Einzelzellen – kamen, aber erleichtert, dass es zu keiner Anklage kam. Vor allem freute ich mich über die gelungene Aktion, die gerade nach dem Beschluss zur Erneuerung ein wichtiges Zeichen darstellte.

Ermutigend waren, neben der direkten Unterstützung während der Aktion, die positiven Stimmen aus der Bevölkerung Faslanes und Glasgows, so verzichtete ein Taxifahrer auf sein Fahrtgeld nachdem ihm die Inhaftierten von der Aktion berichtet hatten und auch die Autofahrer, die aufgrund der Blockade im Stau standen, zeigten sich verständnisvoll.

Tony Blair hatte vor einigen Wochen erklärt, Atomwaffen seien »unverzichtbar für unsere Sicherheit in einer unsicheren Welt«. Wenn man sich allerdings bewusst macht, dass Atomwaffen keinerlei Schutz vor atomaren Angriffen bieten können, sondern hauptsächlich über Abschreckung funktionieren, der Einsatz und die Androhung des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen jedoch völkerrechtswidrig sind, immer mehr Staaten Uran anreichern und zur Atombombe drängen, wird deutlich, dass Atomwaffen gerade heute wieder eine aktute Bedrohung für den Weltfrieden darstellen. Nur durch die endgültige Abrüstung kann einem nuklearen Kräftemessen in der Welt vorgebeugt, und die bedrohliche und gewaltätige Atmosphäre, zu der solche Waffen beitragen, gemindert werden.●

BOMBODROM UND FLUGHAFEN ROSTOCK LAAGE

Von der Heide bis zum Strand

Die Politik der Globalisierung, wie sie die G8 betreiben, führt in zahlreichen Ländern zu unerträglichen Lebenssituationen für die Menschen und stößt auf Widerstand. Sie lässt sich deshalb in letzter Konsequenz nur mit Repression und militärischer Gewalt gegen die Betroffenen durchsetzen. G8 und Krieg, Flucht, Migration gehören zusammen. Wir haben uns deshalb vorgenommen, die Verbindung zwischen G8 und Krieg und unseren Widerstand dagegen an zwei Orten sichtbar zu machen:

● in der Kyritz-Ruppiner Heide, wo die Bevölkerung seit 1992 erfolgreich verhindert, dass die Bundeswehr das ehemalige sowjetische Bombodrom für ihre Kriegsübungen nutzen kann,

● und am Flughafen Laage, wo das Jagdbombergeschwader 73 stationiert ist und wo beim G8-Gipfel die RegierungsvertreterInnen einfliegen werden.

Auf zum Bombodrom im Heidesand...

In Brandenburg, 80 km nördlich von Berlin, zwischen den Städten Wittstock und Neuruppin, liegt ein 142 Quadratkilometer großes Gelände, das die Sowjetarmee 40 Jahre lang als Bombodrom benutzt hat. Seit 1992 versucht die Bundeswehr, dieses Gelände weiter zu nutzen. Ihr Ziel: einen Luft-Boden-Schießplatz für Bundeswehr, EU- und NATO-Truppen einzurichten, auf dem das Zusammenwirken von Luftwaffe und Bodentruppen geübt werden kann. Abwurf ungelenkter Bomben im Tiefflug, gelenkter Bomben aus großen Höhen, Übungen für den »Schulterwurf« der in Bundeswehr-Hand befindlichen amerikanischen Atomwaffen durch die in Büchel stationierten Tornados des Jagdbombergeschwaders 33, das Zusammenwirken multinationaler Truppen und die Koordination zwischen Luftwaffe und Tausenden am Boden operierenden SoldatInnen – der Platz bietet einmalige Möglichkeiten, die ein Generalsherz höher schlagen lassen. Ein solcher Bombenabwurfplatz im eigenen Land, noch dazu der größte auf dem europäischen Festland, würde den militärischen Einfluss der BRD weiter stärken, nicht zuletzt im Hinblick auf den angestrebten ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat.

Der kombinierte Luft- und Bodenkrieg gewinnt in der »modernen Kriegsführung« immer mehr an Bedeutung. Was dies in der Praxis auch für die Zivilbevölkerung bedeutet, wurde im jüngsten Libanonkrieg deutlich.

Kaum hatte die Bundeswehr ihre begehrlichen Blicke auf den Heidesand gerichtet, da wurde die lokale Bevölkerung aktiv: Unter dem Motto »Nicht hier und nirgendwo« nahm sie den Kampf für eine friedliche Nutzung der Heide auf. Die Bürgerinitiative FREIe HEIDe hat mittlerweile über 100 Protestwanderungen durchgeführt und rund um das Militärgelände Mahnsäulen errichtet. Die Aktionsgemeinschaft »FREIER HIMMEL« organisiert in Mecklenburg-Vorpommern – das von den Jagdbombern auf dem Weg zum Bombodrom überflogen würde – phantasievollen Widerstand. Zahlreiche Klagen beim Verwaltungsgericht haben den Nutzungsplänen der Bundeswehr Einhalt geboten – bisher erfolgreich. Zwar ist der Platz wegen der Munitionsbelastung militärisches Sperrgebiet, aber die Bundeswehr darf ihn nicht zum Üben nutzen. Das Verfahren liegt zur Zeit beim Verwaltungsgericht Potsdam.

Bereits über 1.500 Menschen haben mit ihren Unterschriften erklärt: »Wenn die Bundeswehr das Gelände in Betrieb nimmt, werden wir auf den Platz gehen, um die Einsätze durch unsere Anwesenheit zu behindern.«

Aber den Menschen vor Ort ist klar: Die Möglichkeiten der juristischen Verhinderung können schon bald erschöpft sein. Daher wurde die Kampagne »Bomben nein – wir gehen rein!« ins Leben gerufen. Bereits über 1.500 Menschen, der größere Teil aus der Region, haben mit ihren Unterschriften erklärt: »Wenn die Bundeswehr das Gelände in Betrieb nimmt, werden wir auf den Platz gehen, um die Einsätze durch unsere Anwesenheit zu behindern.«

Der langjährige Protest der örtlichen Bevölkerung und die Bereitschaft, bei Bedarf zum gewaltfreien Widerstand überzugehen, sind Zeichen von großem Mut, Ausdauer und Entschlossenheit. Es ist nicht einfach, sich über Jahre hinweg der Auseinandersetzung mit einem mächtigen Gegner zu stellen – im eigenen Lebensumfeld, ohne Netz und doppelten Boden. Einfach ist es auch nicht, ins Auge zu fassen, was es für den eigenen Alltag bedeuten wird, wenn die Bundeswehr den Übungsbetrieb aufnimmt – und die Bewegung den Widerstand dagegen, täglich, nachhaltig, real eingreifend in die Militärmaschinerie. Die Kriegsvorbereitungen, die auf dem Bombodrom geplant sind, betreffen uns alle – wir möchten uns deshalb den Menschen in der Region an die Seite stellen und hoffen auf eine Verbindung, die weit über den Gipfelprotest hinaus wirksam wird. Wir hoffen auf eine Begegnung in gegenseitigem Respekt, die zu einer langfristigen Verknüpfung unseres Widerstands führt. Es sind die Mischungen und Bündnisse, die bei aller Unterschiedlichkeit die Qualität radikaler sozialer Prozesse ausmachen.

... und dann weiter zum Flughafen Rostock-Laage!

Die Kyritz-Ruppiner Heide ist ein Ort, wo Kriegsvorbereitung erfolgreich verhindert wird. Rostock-Laage dagegen ist ein Ort, wo sie stattfindet. Mit dem Jagdbombergeschwader 73 sind dort die ersten deutschen Eurofighter stationiert. Zudem stiegen dort während der Fußball-WM Tarnkappenbomber auf. Der Flughafen Rostock-Laage ist schon heute militärischer Stützpunkt und gehört zur Infrastruktur des Gipfels: 2006 landete dort die Präsidentenmaschine für den Bush-Besuch bei Frau Merkel. Etliche der G8-GipfelteilnehmerInnen und Regierungschefs werden dort 2007 einschweben wollen. Im direkten Zusammenhang mit dem Aktionstag am 1.6. sehen wir deshalb die Aktionen am Flughafen Rostock-Laage am 5. Juni 2007, dem Tag der Ankunft der PolitikerInnen, des Begleitpersonals und der Logistik. Die geplante Blockade des Flughafens ist Ausdruck für ein deutliches »Nein« zu Militarisierung und Krieg, zur kriegerischen »Weltordnungspolitik« der G8-Staaten, zur Hochrüstung der Bundeswehr und zum geplanten Bombenabwurfplatz. Sie ist auch ein »Nein« zu einem Gipfel, auf dem einige wenige VertreterInnen mächtiger Staaten über das Schicksal der Welt entscheiden; auf dem sie eine Politik machen, die immer neue Kriege und immer neue Flüchtlingsströme hervorruft.

Von der Heide bis zum Strand

Die Kopplung Bombodrom, Militärflughafen, Präsidentenlandung bietet die einmalige Möglichkeit, verschiedene Bereiche thematisch und praktisch(!) sichtbar miteinander verknüpfen. Und Deutschland als einen zentralen Pfeiler von Militarisierung und Krieg im Zusammenhang mit G8 sichtbar zu machen.●

Quelle: www.G8andWar.de
Portal für eine FREIe HEIDe: www.freieheide-nb.de/

DOKUMENTATION: DIE GIPFELMASCHINE LAHMLEGEN

Paulas Manifest

Im Juni wollen die Staatschefs der acht mächtigsten Industrienationen der Erde in Heiligendamm an der Ostsee zu ihrem jährlichen Gipfeltreffen zusammenkommen und die weitere wirtschaftliche Ausplünderung der Welt, die immer weiterreichende Privatisierung und kapitalistische Zurichtung auch noch der letzten verwertbaren Zipfel der Welt planen und voranbringen. Sie sind dazu von niemandem ermächtigt, sie vertreten keine Interessen außer ihrer eigenen, sie haben keinerlei Legitimierung für das, was sie da treiben – aber sie haben den Willen und leider oft genug auch die Macht, die Interessen der Mächtigen gegen den Rest der Welt durchzusetzen.

Wir werden sie während der Gipfeltage mit vielen tausend Menschen stören, behindern, blockieren. Wir werden sehr deutlich machen, dass es massenhaften Widerspruch zu ihrer Politik von Krieg, Terror und Bevormundung gibt, dass es – mehr noch! – massenhaft Protest und Widerstand dagegen gibt. Wir wollen verhindern, dass dieser »Gipfel der Ungerechtigkeit« wie geplant stattfinden kann. Wir wollen Seattle. Wir wollen Prag. Wir sind Paula.

Sind wir nicht alle etwas Paula?

Paula ist eine temporäre Assoziation von Gruppen und Einzelpersonen, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Gipfelmaschinerie lahmzulegen. Nicht, weil das schon alles ist, was wir wollen, sondern weil dieser Gipfel symbolisch und praktisch für sehr vieles von dem steht, was wir auf keinen Fall wollen. Paula ist keine Organisation, kein Label, sondern die Idee von einem Aktions- und Blockaderaum rund um Heiligendamm zur Verhinderung des G8. Paula ist die Idee von dezentralen, vorbereiteten Blockade- und sonstigen Aktionen rund um die Orte, an denen der Gipfel stattfindet. Paula war schon vorher in der Gegend, Paula hat sich mit ihren Freundinnen etwas ausgedacht, und Paula nimmt dann zu ihren Aktionen viele andere mit. Paula ist ein Mitmachkonzept und ist nicht auf eine bestimmte Aktionsform oder Technik festgelegt. Einige von Paulas Aktionsideen sind schon vorbereitet, einige andere sind in Planung und noch andere mehr müsst ihr selber planen, denn:

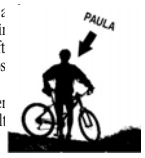
Ihr seid Paula.

Paula sucht den symbolischen und praktischen Bruch mit der herrschenden Ordnung in geteilten Handlungsräumen mit vielen anderen tausend Menschen. Sie freut sich auf die gemeinsamen Aktionen mit vielen internationalen AktivistInnen und denkt offensiv, nicht defensiv: Paula plant die Handlungsspielräume auszunutzen, die durch die Anwesenheit und Aktionsbereitschaft tausender GipfelgegnerInnen entstehen und versucht, sich nicht schon in ihrem eigenen Kopf durch die Schranken dessen, was »normalerweise« möglich scheint, behindern zu lassen. Paula hat keine bestimmte Methode: Material- und Menschenblockaden, Unterbrechung der Gipfelinfrastruktur, Demonstrationen, Clowns und Sambatistas, gut platzierte Widerstandsnetze aus Fäden und Seilen, umherschweifende Schrubber- und Besenbrigaden, Straßengymnastik, Schminkkurse, Beachvolleyball, Golfen, auch mal eine gut platzierte Scherbendemo in einer der umliegenden Städte: Vieles ist denkbar, und was sich realisieren lässt, hängt von unseren Vorstellungen, Fähigkeiten gemeinsamen Agierens und auch von unseren Grenzen ab. Jede und jeder sollte an Aktionen teilnehmen können, in denen sie/er sich wiederfinden kann. Die Aktionen werden bunt, vielfältig und so effektiv sein, wie es uns möglich ist.

Eins jedenfalls steht fest: Paula wird ihr »nein« zu den Verhältnissen, für die der G8-Gipfel steht, laut und unmissverständlich zu Gehör bringen. Wir alle wissen schließlich, was wir da tun, und warum wir es tun! Uns kotzen die Verhältnisse an in einer kapitalistisch globalisierten Welt, die Ausbeutung, die Hungerlöhne, die Privatisierung von Gemeingütern, die Umweltzerstörung, die Kriege und die Arroganz und die Privilegien des Nordens. Wir wollen uns so laut, so renitent und so wirksam dagegen stellen, wie wir es eben vermögen. Wir und Paula und alle unsere FreundInnen.

Paula and friends

Paula versteht sich nicht in Konkurrenz zu den Plänen des Block G8-Bündnisses. Paula meint, dass das Massenblockadekonzept von Block G8 durch andere massenhafte Aktionsformen ergänzt werden sollte, so dass sich ein möglichst vielfältiges und unberechenbares Gesamtereignis ergeben kann. Wir verfolgen z
schiedenen Wegen ein gemei
Ziel: Mit unseren vereinten Kräft
G8 zu blockieren und die selbs
nannten globalen Strategen
dem Tritt zu bringen. Unse
Traum von einer anderen Welt
fängt damit erst an.



Paula needs you

Kommt während der Gipfeltage nach Mecklenburg-Vorpommern und bringt alle Eure FreundInnen mit! Nehmt Euch frei dafür, nehmt Euch die Zeit für die Aktionstage vom 2. Juni bis 8. Juni und informiert euch vorher. Trefft Euch schon jetzt und überlegt Euch, was Ihr während der Anti-G8-Proteste erreichen wollt und wie Ihr es erreichen könnt. Plant, wenn Ihr könnt, nicht nur für Euch selbst sondern denkt daran, dass sehr viele internationale AktivistInnen nach Möglichkeiten suchen werden, sich in Aktionen einzubringen. Kommt in Massen, seid frech und widerborstig und lasst Euch nicht fangen.●

Paula, im März 2007

http://dissentnetzwerk.org/node/1474

Nach Ostern 2007 wurde das Wandbild »NO G8« auf der Fassade des leer stehenden Ferienheims »Waterkant« fertiggestellt. In einer Pressemitteilung der Feriengruppe »Ostermaler« heißt es:

»... Verantwortlich für das Ausmalen der von uns vergessenen Felder des Schriftzuges sind weitgehend unbekannte Sympathisanten der Feriengruppe »Ostermaler«, die uns an Dreistigkeit allerdings weit übertrafen: Anstatt den Schutz der Dunkelheit abzuwarten – wie es sich gehört – malten sie am hellichten Tag. Wir freuen uns über so mutige Solidarität! ...«
www.jpberlin.de/badespasz/presse/wp/?p=1752

Move against G8

Am 4. Mai 2007 erscheint der Sampler »Move against G8«, zu dem u.a. *Die Toten Hosen, Gentleman, Kettcar, Tomte, Madsen, Blumfeld, Afrob, Nosliw, Tocotronic, Jan Delay, Sillywalks, Bernadette la Hengst* und *Wir sind Helden* Songs, zum Teil bislang unveröffentlichte Tracks oder exklusive Live-Versionen beigesteuert haben. Desweiteren liegt eine Mobilisierungs-Video-DVD bei. Der Sampler ist Teil der Mobilisierung gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm im Juni. Gegen diesen G8-Gipfel als Symbol der herrschenden Weltordnung regt sich Widerstand. Bis zu 100.000 DemonstrantInnen werden Anfang Juni ebenfalls vor Ort sein, um den Gipfel zu blockieren, Alternativen zu diskutieren oder einfach nur laut »Ya basta« - »Es reicht« – zu schreien.

Termine:
4. Mai: VÖ Sampler Move against G8 /Erscheint bei Skycap/Roughtrade
5. Mai: Releaseparty mit Sillywalks Movement in Hamburg
2. Juni: Internationale Großdemonstration »Eine andere Welt ist möglich« in Rostock, politisch-kulturelles Programm: Move against G8
3. Juni: Fortsetzung des politisch-kulturellen Programms: Move against G8
4.-7. Juni: Konzertbühne auf dem Protestcamp

Tracklist des Samplers:
1. *Kettcar* »Alles vorstellen« (Keine Guillotine weit und breit)
2. *Nosliw* »Es hat sich nix geändert«
3. *Bernadette la Hengst* »Nie mehr vor Mittag«
4. *Sillywalks* »Movement feat. Taffari+Turbulence Leaders«
5. *Blumfeld* »Diktatur der Angepassten«
6. *Tomte* »Norden der Welt«
7. *Madsen* »Du schreibst Geschichte«, live@Radio Fritz
8. *Afrob* »feat. Lisi Müde«
9. *Irie Révoltés »Morale«*
10. *Jan Delay* »Söhne Stammheims«
11. *Fermin muguruza* »Plastic Turkey«
12. *Rainer von Vielen* »Tanz deine Revolution«
13. *Die Toten Hosen* »Pushed again«, live@Rock am Ring 2002
14. *La Phaze* »colère noir«
15. *Gentleman* »feat. barrington levy & daddy rings caan hold us down«
16. *Tocotronic* »Aber hier Leben nein danke – Bierbeben remix«
17. *Mad Maxamom* »Absage Nr. 1«
18. *Finkenauer* »Hand in Hand«
19. *Wir sind Helden* »Wir sind gekommen um zu bleiben« (Demo-Version)

Informationen:
www.move-against-g8.de

AKTUELLE LINKS

Einen Überblick über alle Aktionen gibt es u.a. unter
www.heiligendamm2007.de/
Die Links zu einzelnen Aktionsschwerpunkten unter
www.heiligendamm2007.de/Demo_Links.html
Termine und Stellungnahmen finden sich auch unter
www.friedenskooperative.de/themen/g8_2007.htm

Die größte Aktion ist die Internationale Großdemonstration in Rostock am Samstag, 2.6.2007
Ablauf siehe:
www.heiligendamm2007.de/Demo_Route.html
Von überall her fahren hierzu Busse und Sonderzüge.

Infos über Antimilitaristische Aktionen, die Aktionstage am 1.6. gegen das »Bombodrom« in der Kyritz-Ruppiner Heide und am 5.6. gegen den Flughafen Rostock-Laage siehe:
www.g8andwar.de/
In Rostock-Laage ist eine Blockade des Flughafens geplant, die sich sowohl gegen die Ankuft der Staats- und Regierungschefs plus Anhang, als auch gegen seine extensive militärische Nutzung richtet.
Infos über weitere Blockaden und Aktionen zivilen Ungehorsams siehe: www.block-g8.org/

Infos über den internationalen G8 Alternativkongress in Rostock vom 5.-7. Juni 2007
www.g8-alternative-summit.org/de/

LEBENSLAUTE-KONZERTAKTION: G-DUR STATT G8

Polyphon gegen's Bombodrom

Der geplante Bombenabwurf- und Truppenübungsplatz Wittstock (80km nordwestlich von Berlin) soll im Rahmen einer antimilitaristischen Aktion des Bündnisses »NoWar – NoG8« am 1. Juni 2007 probeweise besiedelt werden. Die offene Musik- und Aktionsgruppe LEBENSLAUTE will 2007 ihren Teil zum breit angelegten Widerstand gegen die G8-Politik und das Bombodrom beitragen.

Lebenslaute ● Für die Zeit um den G8-Gipfel soll die Verbindung zwischen G8 und Krieg sowie der Widerstand gegen beides an zwei Orten sichtbar werden: auf dem geplanten Truppenübungsplatz für Luft- und Bodenkriege bei Wittstock (Brandenburg) und am Flughafen Rostock-Laage, wo Kampfflugzeuge für diese Übungen stationiert sind. Anfang Juni werden dort etliche G8-GipfelteilnehmerInnen und Regierungschefs eintreffen. LEBENSLAUTE wird sich am 1. Juni bei der probeweisen Besiedlung des Wittstocker Bombodroms mit einem Konzert auf dem Platz einbringen.

Am 28. Mai, Pfingstmontag, beginnen die gemeinsamen Chor-, Orchester- und Sologruppen-Proben der Musikstücke und die Detailplanung der Aktion. Entscheidungsprozesse werden basisdemokratisch gestaltet, die Bedürfnisse und Bedenken aller Teilnehmenden sollen berücksichtigt werden. Das Betreten des Bombodrom-Geländes – Ort der Konzert-Aktion – als Akt zivilen Ungehorsam stellt eine Ordnungswidrigkeit dar. Die Vorbereitungsgruppe der LEBENSLAUTE sucht noch MusikerInnen und UnterstützerInnen, die sich an dieser Konzert-Aktion beteiligen möchten.

Unter dem mehrdeutigen Namen LEBENSLAUTE engagieren sich seit 1986 MusikerInnen und Musiker aus ganz Deutschland. Sie bringen ihre überwiegend, aber nicht nur klassische Musik gerade an den Orten zum Klingen, wo dies nicht erwartet wird: auf Militärübungsplätzen und Genmaisfeldern, vor den Toren von Atomfabriken, Raketen- und Giftgasdepots sowie in Abschiebeflughäfen und Ausländerbehörden.

Als offene Gruppe von Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen und verschiedenen Alters leistet LEBENSLAUTE durch Konzertblockaden und -besetzungen musikalischen Widerstand gegen die Bedrohung von Leben und Menschenrechten – gewaltfrei, aber bestimmt. Ziviler Ungehorsam ist ein zentraler Bestandteil vieler Aktionen.●

Kontakt & Anmeldung:
www.lebenslaute.de
Tel.: 0162/5369050(D2)
lebenslaute2007@riseup.net

Weitere Informationen über die Aktionstage »Von der Heide bis zum Strand – Bombodrom und G8 2007 verhindern« (siehe auch S. 11) des Bündnisses »NoWar – NoG8« (1.6.-5.6.) und über die gemeinsame probeweise Bombodrom-Besiedlungsaktion »Jedes Ziel ist ein Zuhause« (1.(-2.)6.): www.G8andWar.de

Bisherige Musikplanung:
Kurt Weill: »Zu Potsdam unter den Eichen« für Chor (1929), Auszüge aus Joseph Haydn: »(Anti)-Militär-Sinfonie« Nr.100 G-Dur (1794) und »Missa in Angustiis« für Chor & Orchester (1796), Wolfgang Pasquais: »Über den vier Städten« für Chor & Orchester sowie Musik von Johann Sebastian Bach, eigene Arrangements, Kammermusik, Songs und Tunes.

Spenden bitte auf das Konto Nr. 102936992,
E. Reinhardt, Sparda-Bank Hannover,
BLZ 250 905 00.

BUCHBESPRECHUNGEN

Von frühsozialistischen Utopien über die Alternative Ökonomie zur Solidarwirtschaft

Ansätze einer anderen Ökonomie erhalten aktuell wachsende Aufmerksamkeit. Die Zahl der Genossenschaftsgründungen steigt. Veranstaltungen zum Thema Solidarische Ökonomie erfreuen sich eines erstaunlichen Zulaufs. Da verwundert es nicht, dass auch Buchveröffentlichungen zu diesen Themen schlagartig angestiegen sind. Schon lange gab es nicht mehr so viele Veröffentlichungen zu genossenschaftlichen Themen. Ein Ausschnitt zu den Ansätzen, die Abseits vom Mainstream agieren, enthält die nachfolgende Besprechung.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Mit den Frühsozialisten werden vor allem Utopien verknüpft. Dabei stießen sie mit ihren Ideen zahlreiche Experimente an, die heutige alternativökonomische und genossenschaftliche Ansätze an Größe und Dauer weit überschreiten. Dazu gehört auch das utopische Projekt »Familistère Godin« und seine Entwicklung bis ins 20. Jahrhundert. Der Journalist und Stadtsoziologe Rudolf Stumberger erzählt dessen Geschichte (siehe auch CONTRASTE Nr. 243). Sein Buch orientiert sich am Aufruf Pierre Bourdieus, sich der Vielfalt sozialer Erfahrungen in Europa zu erinnern.

Assoziation von Kapital und Arbeit

1856 gründete der Ofenfabrikant Jean Baptiste Godin in Guise in der Picardie (Nordfrankreich) so genannte Sozialpaläste, d.h. Großwohnanlagen für die Arbeiter seiner Fabrik. Die Idee für die Familistère stammt von Charles Fourier (1772 bis 1837), einem »utopischen Sozialisten« und scharfen Kritiker seiner Zeit. Als das mächtige, dreistöckige Gebäude fertiggestellt war, bot es Platz für 500 Familien. Den Mittelpunkt der »Paläste« bildete je ein großer, mit Glas überdachter Innenhof. Von hier aus führten Galerien zu den Wohnungen, die zumeist aus zwei Zimmern bestanden. Es gab ein ausgeklügeltes Belüftungssystem, die Wohnungen hatten Fenster sowohl nach außen wie auch in den Innenhof, nachts waren die Gebäude erleuchtet und ein Nachtwächter machte seine Runden.

1880 brachte Godin die Familistère, sein Barvermögen und die Fabrik in eine »Assoziation von Kapital und Arbeit« ein: Die rund 2.500 Arbeiter und Angestellten der Fabrik wurden quasi zu deren Besitzern und erhielten jährlich eine Dividende, sowohl in Bargeld als auch in Form neuer Anteils- und Sparscheine. Diese Assoziation war eine Mischung aus Genossenschaft, Stiftung und normaler Firma. Der Direktor hatte eine ausgeprägte Machtposition und wurde von der Generalversammlung auf Lebenszeit gewählt. Viele sahen in dieser hierarchischen Struktur die Basis für den anhaltenden wirtschaftlichen Erfolg, nachdem Godin 1888 nach kurzer Krankheit gestorben war.

Tatsächlich blieb die Genossenschaft von Guise über 80 Jahre lang bestehen. Erst 1968 löste sich die Assoziation auf. Die Gründe dafür waren sowohl wirtschaftliche Schwierigkeiten. Auch hatte die genossenschaftliche Idee von Godin an Wirkkraft verloren. Sozialpaläste und Fabrik existieren heute noch und sind in Betrieb, wenn auch privatisiert. Derzeit wird das Ensemble in einem millionenschweren Sanierungsprojekt restauriert. Die Sozialpaläste werden für 13 Millionen Euro zu einem »Museum der Utopie« umgebaut. In dem Buch von Stumberger wird die Verbindung zwischen der (in sich durchaus widersprüchlichen) sozialen Utopie und deren architektonische Struktur gut herausgearbeitet.

Rudolf Stumberger: Das Projekt Utopia – Geschichte und Gegenwart des Genossenschafts- und Wohnmodells »Familistère Godin«, zahlreiche Fotografien, VSA-Verlag Hamburg 2004, 12,80 Euro, Internet: www.familistere.com.

Alternative Ökonomie

Ausdruck und wichtiger Strang der zahlreichen neuen sozialen Bewegungen im Anschluss an die 68-Bewegung sind die alternativökonomischen Betriebe und Projekte. Der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (gegründet 1978 innerhalb der AG SPAK) hat deren Entwicklung konzeptionell und praktisch jahrzehntelang begleitet. Inhaltlich wurde an zahlreichen Fragen der Alternativen Ökonomie gearbeitet. Ausdruck der »Produktivität« dieses Arbeitszusammenhanges sind 19 Bücher mit über 5.000 Seiten, die in nunmehr knapp 30 Jahren informeller Vernetzungsarbeit veröffentlicht wurden.

Bekannt sind besonders die mehrbändigen Grundlegungen zur Alternativen Ökonomie, herausgegeben von Rolf Schwendter. Sie können als Standardwerk angesehen werden, in dem das breite Spektrum der Ansätze durch Aufsätze und durch die zusammenfassenden Notaten von Schwendter aufgezeigt wird. Historisch hervorzuheben ist die Auseinandersetzung mit der Ökobank von Huber und Schwendter. Dies gilt ebenfalls für die Diskussion der Arbeiterselbstverwaltung in Aufsätzen zusammengestellt von Heise, bei denen die Konzeption von Ota Sik auf einzel- und gesamtwirtschaftlicher Ebene eine wichtige Rolle spielt.

In der Buchreihe sind zahlreiche zentrale Themen der Diskussionen der neuen sozialen Bewegungen zusammengetragen. Verwiesen werden kann hier u.a. auf das Buch von Martina Racki (Hg.) Frauen(t)raum im Männerraum, Selbstverwaltung aus Frauensicht, 1988. In diesem wurde das Themenfeld von empirischen Untersuchungen, Betriebsdarstellungen über die Innen- und Liebesbeziehungen bis hin zur Staatsknetediskussion und zur Diskussion des Wirtschaftssystems mit frauenspezifischem Blickwinkel aufbereitet. Wohl keine aktuelle Veröffentlichung zu dieser Thematik ist so umfassend und mit so vielen kompetenten Vertreterinnen besetzt.

Einige Bücher der Reihe zeichnen sich durch ihren anwendungsorientierten Charakter aus. »Knatsch, Zoff und Keilerei«, 1992, von Andrea Gerth und Elmar Sing gibt

Fabrik GODIN Foto: Münchner Pressebüro

fundiertes Handwerkszeug für die zahlreichen internen Konflikte in selbstverwalteten Betrieben an die Hand. Noch heute lässt sich für egalitäre Gruppen viel aus den Konzepten und Vorgehensweisen der beiden HerausgeberInnen lernen. Dies gilt auch für die Schrift »Gemeinsam mehr erreichen: Kooperation und Vernetzung alternativökonomischer Betriebe und Projekte« aus dem Jahr 1995. Theorie, Praxisbeispiele und Umsetzungshilfen machen das ganze zu einem hilfreichen Handbuch.

Vor diesem Hintergrund ist die CD-ROM Edition Alternative Ökonomie vom Verlag AG SPAK Bücher aus bibliophiler Sicht mit einem lachenden und einem weinenden Auge zu betrachten. Das Wissen und die Mühe der einzelnen AutorInnen sind damit nicht nur dem handfesten Papier entrissen, sondern mehr oder weniger frei verfügbar. Gleichzeitig wird damit eine ganze Bibliothek zur Diskussion anderen Wirtschaftens relativ preisgünstig zur Verfügung gestellt. Gesichert ist damit, dass sie im schnelllebigen digitalen Zeitalter einer breiten Öffentlichkeit dauerhaft zugänglich bleibt. Wer sich um Alternativen zur kapitalistischen Ökonomie bemüht, kann damit vorhandene Grundlagen für die Weiterentwicklung eigener Ansätze in umfassender Weise nutzen. Insofern sehr zu empfehlen.

Alternative Ökonomie CD-ROM Edition, AG SPAK Bücher Neu-Ulm 2006, 60 Euro inkl. MwSt., zzgl. Versand, Internet: www.agspak.de/takaoe.htm.

Solidarisches Wirtschaften

Das Buch »Solidarische Ökonomie« begleitend zum gleichnamigen Kongress Ende letzten Jahres, knüpft unbewusst an den Veröffentlichungstraditionen des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie an. Es ist ein Sammelband mit einer Vielzahl von Autorinnen und Autoren, die jeweils ihre Sichtweise zum Thema einbringen. Dabei

Familistère Godin, Vorderansicht Foto: Münchner Pressebüro

spielt der Blick über die bundesdeutschen Grenzen hinaus eine gewichtige Rolle: Betriebsbesetzungen in Argentinien, solidarische Vergesellschaftung indigener Gemeinschaften in Mexiko, Kooperativen im Grenzgebiet von Kolumbien und Venezuela sind Beispiele hierfür. Dies liegt nahe, da die damit verbundenen Intentionen besonders in lateinamerikanischen Ländern geprägt und verfolgt werden.

Der Begriff der Solidarischen Ökonomie bleibt allerdings unscharf, da darin fast alle konkreten Aktivitäten repräsentiert sind, die den neoliberal-kapitalistischen Imperativen mehr oder weniger widersprechen. Der Kongress-Reader behandelt dementsprechend eine Vielzahl ganz unterschiedlich verfasster ökonomischer Strukturen. Mitteleuropäische Genossenschaften und solidarökonomische Betriebe in Lateinamerika werden ebenso dazu gezählt wie Fair-Trade-Unternehmen, selbstverwaltete Betriebe des sozialistischen Jugoslawien und subsistenzwirtschaftliche Ansätze in Indien.

Was aber ist nun Solidarität? Laut dem Mitherausgeber Elmar Altvater gehen die Begriffe Solidarität und Fairness »vom gesellschaftlichen Kollektiv und nicht von Individuen und ihren marktvermittelten Beziehungen aus.« Sie können daher »nur in organisierter Form zur Geltung kommen.« »Fair« nennt Altvater dabei »solidarische Beiträge«, die jeder und jede »nach seinen (bzw. ihren) Möglichkeiten« leistet. Dies setze »ein Bewusstsein von Gemeinsamkeit und innerer Verbundenheit in einer Gesellschaft voraus, die in einer gemeinsamen Lebenserfahrung begründet sein kann.«

Der vorliegende Reader ist negativ gesprochen ein Sammelsurium unterschiedlichster Ansätze. Verglichen mit der Macht der transnationalen Konzerne sind sie bedeutungslos. Gemeinsam ist ihnen, dass sie den hermetischen Block des herrschenden Selbstverständnisses unterhöhlen. Sie sind der lebendige Zweifel an der Eindimensionalität der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung. Dabei wurden oder konnten zahlreiche ebenfalls vorhandene Ansätze nicht in den Sammelband aufgenommen werden. Auch fehlt unter wissenschaftlichem Blickwinkel eine konzeptionelle Stringenz. Insofern dient das Buch vor allem zu einem: Er bietet vielfältige Anregungen, sich mit wirtschaftlichen Alternativen intensiver auseinander zu setzen.

Elmar Altvater / Nicola Sekler (Hg.): Solidarische Ökonomie, VSA-Verlag Hamburg 2006, 14,80 Euro, Internet: www.solidarische-oekonomie.de.

Spirituelle Kooperativenwirtschaft

»Was die Welt heute braucht, ist ein demokratisches, ökologisch orientiertes Wirtschaftssystem, das allen Menschen eine bessere Lebensqualität sichert.« Wie dies aussehen könnte, versucht Dada Maheshvarananda in seiner Schrift VISION PROUT darzustellen. Er ist Lehrer für Meditation und Yoga, Mönch, Aktivist und Buchautor. PROUT heißt Progessive Utilization Theory, also Theorie der Progressiven Nutzung. Sie wurde von dem indischen Philosophen Prabhat Ranjan Sakar entwickelt, der von 1921 bis 1990 lebte. Sein sozialökonomisches Modell einer nicht kapitalistischen Gesellschaft baut auf der wirtschaftlichen Selbstbestimmung des Einzelnen, Kooperativen und dem ökologischen Gleichgewicht auf.

Die Grundüberlegungen werden in Form allgemeiner »spirituelle Grundwerte« formuliert. Dazu gehört auch das grundlegende Recht eines Arbeiters, die Unternehmen in kollektivem Management zu besitzen und zu führen. Industrien, Handel, Landwirtschaft und Banken sollen durch Kooperativen von Produzierenden und Konsumenten organisiert werden. Drei Voraussetzungen werden für das erfolgreiche Funktionieren von Kooperativen genannt:

1) ehrliche und vertrauenswürdige Führung;
2) eine strenge Verwaltung mit transparenten Konten, um das Vertrauen der Mitglieder und der Öffentlichkeit zu stärken und
3) die ernsthafte Akzeptanz des kooperativen Systems durch die Öffentlichkeit. Das erfordert öffentliche Informations-und Erziehungsarbeit, um so ein integriertes Netzwerk von Kooperativen schaffen zu können.

Wirtschaftlicher Fortschritt wird an der kontinuierlich geringer werdenden Kluft zwischen Reich und Arm gemessen, indem allen die materiellen Notwendigkeiten garantiert werden. Dennoch versteht sich PROUT nicht als materialistische Philosophie. Sie basiert auf einer Spiritualität, die die Suche nach Wahrheit in allen Religionen respektiert. Meditation wird dabei als Weg bzw. Methode gesehen, das höchste Bewusstsein zu erfahren, indem der Einzelne tief in seinen eigenen Geist geht: »Im Kampf für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt sollten wir nicht unseren eigenen inneren Frieden vernachlässigen«, so Maheshvarananda.

Einiges in dem Buch wird denen, die spirituellen Überlegungen ablehnend gegenüberstehen, fremd bleiben. Die klaren moralischen Positionen haben aber etwas Befreiendes an sich. Das dargestellte Konzept der Kooperativen vertritt demokratischere Strukturen als das bundesdeutsche Genossenschaftsrecht. Leistungsentgelte, Bedarfsorientierung, klare Zielsetzungen, empirische Fundierung der angenommenen Bedarfe, durchdachte Geschäftsplanung und kontinuierliche Weiterbildung werden als wichtige Bausteine angesehen. Aus dem einfachen Leitfaden für erfolgreiche Kooperativen lassen sich sicherlich Anregungen für die Strukturierung solidarökonomischer Projekte gewinnen.

Dada Maheshvarananda: VISION PROUT – Alternativen jenseits des Kapitalismus, Frederiksberg (Dänemark) 2004, 12,95 Euro, Internet: www.prout.org; www.regionomie.de.

5. WOHNPROJEKTETAG NRW AM 1. JUNI 2007

Die Wohnprojektetage der vergangenen Jahre haben sich mit den Zielgruppen rund um das nachbarschaftliche und gemeinschaftliche Wohnen beschäftigt. Im letzten Jahr mit Kindern und Jugendlichen und im vorletzten Jahr mit älteren Menschen.

Im Mittelpunkt des diesjährigen 5. Wohnprojektetages steht die Rechtsform der Genossenschaft. Folgende Gründe haben uns bewogen, dieses Thema zu wählen:

- Wohnprojekte wählen zunehmend die Rechtsform der Genossenschaft;
- Genossenschaften können offenbar leichter als andere Rechtsformen die partizipatorischen Ansprüche der Wohnprojekte erfüllen;
- Genossenschaften bieten einfache Voraussetzungen für solidarische Finanzierungen der Bewohner untereinander und durch Dritte;
- Die genossenschaftliche Rechtsform sichert eine dauerhafte wirtschaftliche Stabilität;
- Genossenschaften schaffen gute Voraussetzungen für eine spätere unternehmerische Tätigkeit.

Der 5. Wohnprojektetag in NRW wird sich nach einer Einführung in die Thematik mit den Erfahrungen von zwei Genossenschaften aus Berlin und Hamburg befassen. Nach Berichten neuer Genossenschaften aus NRW werden nachmittags praxisnah in vier Arbeitsgruppen Einzelfragestellungen behandelt.

Parallel zu den Vorträgen stellen sich in einer Ausstellung Wohnprojekte aus NRW vor. Zusätzlich zeigen wir die Ausstellung »Modelle genossenschaftlichen Wohnens« des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung aus dem ExWoSt-Forschungsfeld »Genossenschaftspotentiale«

Ort: Wissenschaftspark Gelsenkirchen
Munscheidstraße 14
Fon (02 09) 167 10 00, Fax 167 10 01
www.wipage.de

Information & Anmeldung:
WohnBund-Beratung-NRW GmbH
Herner Str. 299, 44809 Bochum
Fon (02 34) 90 44 00, Fax 904 40 11
projektetag@wohnbund-beratung-nrw.de

»1968« in der Geschichte

Wie die jüngste Debatte um die Begnadigung von Christian Klar gezeigt hat, sind die 1970er Jahre und die davor liegenden Ereignisse, die gemeinhin mit der Chiffre »1968« bezeichnet werden, samt der mit ihnen verbundenen Konflikte, noch lange nicht vorbei. Im Gegenteil, sie sind in der zeitgenössischen politischen Kultur präsent und tief in sie eingeschrieben.

Die Veröffentlichungswelle zur vierzigsten Wiederkehr von 1967/68 ist gerade erst angelaufen. Der an der Universität Kopenhagen lehrende Detlef Siegfried ist unter den AutorInnen, die sich zu »1968« äußern, einer der eher sympathischen. In der kritischen und linksliberalen Zeitgeschichtsschreibung zu »1968« macht sich zunehmend die Tendenz breit, »1968« zu nivellieren und die Sozialrevolte von 1967/68 in eine umfassende Gesellschaftsentwicklung hin zu mehr Liberalität und Demokratie einzuordnen. So auch der Band »Wo '1968' liegt«. Er deutet »1968« als Chiffre für Umbrüche der modernen Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Diese Umbrüche betrafen fast jeden Bereich der Gesellschaft: Arbeit, Mobilität, Konsum, Freizeit, Sexualität und Erziehung – um nur die wichtigsten zu nennen. Die negativen Nebenfolgen des Liberalisierungsschubs hin zu einer postindustriellen Gesellschaft, die Herausgeber nennen hier Umweltverschmutzung, Drogenkonsum und politischen Radikalismus, seien gegenüber den positiven eindeutig geringer zu gewichten.

Hodenberg und Siegfried versuchen in der Einleitung den Platz von »1968« in der Geschichte der Bundesrepublik genauer zu bestimmen. Sie setzen dazu die mit der Studentenbewegung verbundenen Ereignisse ins Verhältnis zu den längerfristigen gesellschaftlichen Entwicklungen. Die Frage der Periodisierung lösen sie damit, dass sie das Verhältnis von »1968« zu den »langen 60er Jahren«, die ungefähr den Zeitraum zwischen 1958 und 1973 umfassen, untersuchen. Wichtig in dem Band ist neben dem Vorwort der weitere Beitrag von Siegfried zur Gegenkultur in der Konsumgesellschaft: Durch den enormen wirtschaftlichen Aufschwung und die Bildungsexpansion bildete sich die Jugend als eigenständige, mit eigenem Geld ausgestattete Generation heraus, die zunehmende Freizeit wird nun als Zeit für Konsum verstanden. Kulturelle Außenseiter werden zu Innovatoren, da die meisten der gegenkulturell codierten Produkte und Praktiken, wie etwa Bücher, Musik, Kleidung, für die kapitalistische Vermarktung besonders geeignet waren. Die Jugendlichen waren die Avantgarde des Konsums und der politischen Partizipation.

Fünf weitere Fallstudien zur Erinnerungspolitik gegenüber dem Nationalsozialismus, zur Sexualkultur, zu den Massenmedien, zur Schülerbewegung und zum Zivildienst integrieren die Debatte über »1968« in den kulturellen Wandlungsprozess der sechziger Jahre. Dabei erfasst der Blick eine ganze »Gesellschaft im Aufbruch«. Westdeutschland erscheint in dieser Perspektive als Teil eines weltweiten kulturellen und politischen Umbruchs, der keineswegs nur von der jungen Generation ausging.●

Bernd Hüttner

Christina von Hodenberg, Detlef Siegfried (Hrsg.): Wo »1968« liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik; Göttingen 2006, 205 Seiten, 19,90 EUR

»Alk« – fast ein medizinisches Sachbuch

»Das wärmste Jäckchen ist das Konjäckchen«, so spricht der erfahrene Volksmund gern in unseren zunehmend zugigen Zeiten. Gemeint damit ist die zunächst verführerisch wohltuende Wirkung von Alkohol jeglicher Art auf die menschliche Seele. Die Sorgen von Männern und Frauen um ihre Zukunft sind groß, die unsichere Perspektive, wie alles weiter gehen soll im Beruf, in der Familie, mit der Welt insgesamt – sie zerren beträchtlich an den Nerven. Wohin aber mit diesen quälenden Gedanken, mit der Angst im Bauch, mit dem Gefühl eigener Unzulänglichkeit? Überforderung, wohin das Auge blickt, allerdings möglichst vertuscht, um bloß nicht blöd aufzufallen in der perfekten Hochglanzidylle unserer medialen Umfelder. Allüberall wird gestrahlt, was das Zeug hält, der Tempowahn hält uns in Atem, macht müde und unfroh. Sich möglichst nichts anmerken lassen, mit dieser latenten Resignation, bloß kein Gesichtsverlust, nach dem Motto: »der – oder zunehmend auch die – ist nicht mehr belastbar. Was läge da näher als der Getränkediscount um die Ecke? »Ein Schlückchen in Ehren...« Der Stoff ist billig, für die Armen und teuer, edler für die Reichen, in jedem Fall als Muntermacher oder Entspannungstrunk gesellschaftlich in allen Kreisen anerkannt. Denn die Frage lautet angesichts einer überwältigenden Statistik von Prokopf-Verbrauch und hohen medizinischen Folgekosten nicht: Wer ist so asozial und trinkt regelmäßig Alkohol, sondern vielleicht eher, wer trinkt (noch) nicht.

Über alle unschönen Aspekte, über die weit verbreitete Lust an der legalen Betäubung, über die verheerenden Folgen, die dieser ätzende Stoff im Lauf der Zeit auf unsere inneren Organe ergießt, hat Simon Borowiak mit »ALK« ein dennoch lesenswertes, weil bis in die Körperchemie hinein informatives und unglaublich unterhaltsames Buch geschrieben, das vor allem eines auszeichnet: es ist nie predigthaft, obwohl es dem Autor, der selbst eine Entzugstherapie mit Erfolg hinter sich bringen konnte, gar nicht anders als todernst zumute war. Selten habe ich bei der Lektüre über Sucht so viel gelacht. Mit diesem genialen Buch kriegt das ganze Thema legale Droge Alkohol trotz alledem so seine Beckettsche Komik zurück, gerade wie Simon Borowiak all die phantasievollen Ausflüchte, die Lebenslügen, die panische Egozentrik von Alkoholabhängigen schildert, indem er deren Neigung, sich den eigenen Niedergang noch bohemehaft schön zu trinken, in aller kuriosen Tragik auf den existenziellen Punkt schlimmsten Schadens bringt – echt sensationell. Damit kann er in der Tat etliche Abhängige erreichen, denn er nimmt sie ernst, ihre Beschämung und ihr Leiden, und: er belehrt sie überhaupt nicht.

Die Einstiegsdrogen »bei alkoholisch durchtrainierten Kulturen wie der unsrigen« sind Bier und Sekt. »Wenn Frau Kröger um 10 Uhr 30 mit den Worten 'auf meine baldige Beförderung!' im Großraumbüro eine Sektflasche entkorkt, ist das relativ unauffällig. Die Kollegen gratulieren, würgen erst ihren Sozialneid und dann den Sekt runter, und mit einem Pegel von 0,3 bis 0,8 sieht die Beförderung der dummen Kuh Kröger schon rosiger aus. Würde Frau Kröger um 10 Uhr 30 mit den Worten 'auf meine baldige Beförderung!' eine Flasche Doppelkorn aufschrauben, man würde sie relativ schief ansehen.« Simon Borowiak schildert kenntnisreich manche Trickserei, wie die steigernde Alkohol-Abhängigkeit eine Weile vor den Angehörigen und in der Arbeitsstelle sich verheimlichen lässt, aber er zeigt auch: es gibt nichts zu beschönigen an der alltäglichen Zerstörungsmacht von Alkohol, und es ist im Grunde eine Schande, dass unser Markt-Staat mit all der offiziell erlaubten Reklame sich an diesem Big Deal in Form von Steuern cool beteiligt. Insofern handelt es sich beim »Alk« um **die** »Angebotsdroge« schlechthin.

Der schöne menschliche Körper – sinnvoll in seinem Aufbau, die Milliarden Zellen unserer Organe, der Haut, des schöpferischen Gehirns – all diese Potenzen gehen kaputt, erst allmählich, schließlich rasant. Die unheilvollen Trinkgewohnheiten von Familienvätern haben oft fürchterliche Gewalt zur Folge. Von dieser Bedrohtheit, von dieser Maßlosigkeit wissen etliche Kinder ein trauriges Lied zu singen. Und da hören dann die sarkastischen Formulierungen des Autors Borowiak auch wieder auf. Er zeigt, dass es konkrete Hilfe gibt, stationär »Entgiftungen« möglich sind, die immer einher gehen sollten mit fundierter Psychotherapie, um sich endlich auch den verschütteten Ursachen zu widmen, damit ein Weiterleben ohne diese Volksdroge Nummer Eins möglich ist, er empfiehlt schwere Wege auch mit ambulanter Beratung und Selbsthilfegruppen, die konkrete Chancen bieten, die Sucht als solche zu erkennen, und aus ihr sich zu befreien.●

Marianne Bäumler

Simon Borowiak: Alk. Fast ein medizinisches Sachbuch, Eichborn Verlag, 2006, 175 Seiten, 14,90 EUR

Die fehlende unversehrte Ganzheitlichkeit

Traumatisierung sind ein oder mehrere Erlebnisse, die sich nicht bearbeiten lassen und noch weniger verarbeiten. Sie treten immer wieder in Erscheinung mal mehr, mal weniger. Verursacht durch Negativhandlungen gegen das Individuum wie Folter in all ihrem Facettenhaften Reichtum.

Flüchtlinge leiden nach Jahren an Frösteln im Hochsommer, weil sie mäßig bekleidet durch Schneestürme wandern mussten, oder in Booten über kaltes Wasser trieben. Wieder Andere, gerade auch ehemalige Häftlinge, werden Nachts zu immer gleicher Zeit wach und stellen fest, es ist die Zeit, zu der Staatsorgane sie aus den Betten trieben zu Durchsuchungen. Eine andere Form von Traumatisierung sind Schweißausbrüche beim Anblick von Gefängnissen, Bewachungspersonal, Uniformen und/oder Polizei. Jede Form von Traumatisierung bestimmt das Alltagsleben, erlernen können Traumatisierte lediglich den Umgang damit.

Diese Vorbemerkung war notwendig, da Mitte März 2007 ein Buch neu erschienen ist mit dem Titel : »nach dem bewaffneten Kampf – ehemalige Mitglieder der RAF und Bewegung 2. Juni sprechen mit Therapeuten über ihre Vergangenheit.« Alles begann mit einem Seminar in Hamburg 1996 mit David Becker zu Folter und Traumatisierung für Amnesty International. David Becker ließ sich nicht darauf ein, die Traumatisierungen ehemaliger Chilenischer Gefangener mit denen Deutscher ehemaliger Guerillakämpfer, die aus der Haft entlassen waren, gleich zu setzen. Empfahl aber ein weiteres Zusammenkommen mit ihm bekannten Therapeuten/innen.

Es etablierte sich eine Gruppe ehemaliger Gefangener aus RAF, Bewegung 2. Juni und sogenannten Unterstützerinnen und Therapeuten/innen im Baliat-Institut in Hamburg, die zu Beginn sehr groß war. Schon nach der dritten Sitzung kam es zu einer Spaltung der Gruppe an der Frage : »Mord oder Selbstmord « am 18. Oktober 1977, und dem Vertrauensbruch eines Therapeuten durch verlesen eines Briefes an einen bestimmten Therapeuten. Gleichfalls gab es unter den Therapeuten/innen Meinungsverschiedenheiten über die Arbeitsmethode in der Gruppe. Auffallend auch die Angst der Therapeuten/innen um ihre eigene Identität in der Gruppe. Lediglich ein Therapeut und eine Therapeutin sowie fünf ehemalige Gefangene und drei Unterstützerinnen blieben sieben Jahre dabei – bis zum Schluss.

In allen fünf Beiträgen ehemaliger Guerillakämpfer/innen ist spürbar, das ihre eigentliche Traumatisierung darin besteht, dass es kein unversehrtes ganzheitliches RAF-Kollektiv gibt und nie gab. Zutiefst bedauert und betrauert wird diese Spaltung sowie die Sprachlosigkeit auf beiden Seiten. Drei Beiträge in dem oben genannten Buch sind von Unterstützerinnen, besser bekannt unter dem Begriff »antiimps.« Sie, wie auch die Ehemaligen sprechen nach Jahren erstmals gemeinsam über die sich gegenseitig zugefügten Verletzungen und Unmenschlichen Umgangsweisen. Aber auch über Gefühle wie Hass, Angst, Traurigsein und Härte. Ein ehemaliger Guerillakämpfer bringt es so auf den Begriff: »In der RAF gab es keine Freundschaft.« In erster Linie zählte der gemeinsame Kampf, und wer den nicht im Sinne der RAF-Hardliner mitging oder befürwortete, der war entweder ein Verräter oder im besten Fall wollte er einfach nicht mehr kämpfen und wurde somit uninteressant für die Übrigen. Er wurde geschnitten und isoliert, und in einem Fall gab es dann sogar keine Besuchsgenehmigungen mehr.

Die große Hoffnung aller TeilnehmerInnen an der therapeutischen Gesprächsrunde war, dass sich Sprachlosigkeit über genau diese Themen und noch Tabuisiertes überwinden ließe. Zum Teil ist das gelungen, aber durch die wiederholte Spaltung auch in dieser Gruppenzusammensetzung bleibt weiterhin im Raum stehen: Hass, Verletzungen, Verzweiflung, Wut und Trauer. Aber auch die Erkenntnis, dass das schon alles vor der Inhaftierung vorhanden war. Seit Jahren wird die Öffentlichkeit mit einer Flut von Printmedien und Filmen überschüttet , wobei die wenigsten davon sich solidarisch mit der bewaffneten Vergangenheit in Deutschland auseinandersetzen. Im Gegenteil, es wird diffamiert und verfälscht, dass sich die Balken biegen. Der größte Dreckwurf kam aus dem Hamburger Institut für Sozialforschung, in dem dessen Historiker Kraushaar die gesamte Bewegung der 60er Jahre und den bewaffneten Kampf insbesondere für Antisemitisch erklärte.

Nun also noch ein Buch, das ich persönlich als das Falsche zur falschen Zeit ansehen würde, da es völlig im unklaren bleibt, für wen das alles aufgeschrieben wurde. Junge Menschen die diese beschriebene Zeit nicht persönlich erlebten, müssen ihr Wissen aus Büchern und von Zeitzeugen vermittelt bekommen. In all den Beiträgen geht es aber vorrangig darum, wie mies die Mitglieder der RAF miteinander umgegangen sind. Diese Psychologisierung ist auch nicht damit aufzuhalten, wenn in dem Beitrag von K.H. Dellwo die politische Dimension der RAF besonders hervorgehoben wird. Wenn dies Buch ein Beitrag sein soll um die Geschichte des Guerillakampfes als einen richtigen Versuch und Aufbruch zu einer Revolution zu vermitteln, dann ist das gründlich schief gegangen. Wenn dies Buch ein Beitrag sein sollte, dass die Haftbedingungen in den Hochsicherheitsgefängnissen in Deutschland mittels weißer Folter Traumatisierungen verursachen, dann ist das allerdings gelungen. Nur eines wird das Buch nicht leisten können: die Spaltungen innerhalb der ehemaligen RAF aufzuheben, auch wenn die Signale deutlich sind um die Bitte genau dessen.

Leider wird über Traumatisierung ständig geredet, aber in völliger Abstraktion, so dass nicht deutlich wird, um welche es sich handelt, außer dieser einen: unversehrte Ganzheitlichkeit, die verloren ging.●

Ilse Schwipper

Das Buch: »Nach dem bewaffneten Kampf. Ehemalige Mitglieder der RAF und Bewegung 2. Juni sprechen mit Therapeuten über ihre Vergangenheit.« Mit Beiträgen u. a. von Monika Berberich, Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts, Roland Mayer, Ella Rollnick, Irene Rosenkötter, sowie Volker Friedrich, Angelika Holdenberg und Lothar Verstappen als Therapeuten/in. Mit einem Vorwort von David Becker.

Über Zeit und Arbeitsdisziplin

Vor gut 200 Jahren wurde im Zuge der sog. »industriellen Revolution« in England die Zeit endgültig zur Uhr-Zeit. Uhren selbst hatte es schon vorher gegeben, die ersten öffentlichen Kirchenuhren sind für das 14. Jahrhundert nachweisbar und gut 200 Jahre später war an fast allen englischen Kirchen eine Uhr angebracht. Gelebte, an der Natur gemessene Zeit wurde nun zu »mit Arbeit« oder »in Freizeit« verbrachter Zeit (wobei es letztere damals wenig gab), die Unterscheidung zwischen »genutzter« und »verschwendeter« Zeit eingeführt.

»Zeit ist Geld«, sagt man seitdem, und: »Die Zeit rast« – doch seit wann und warum nehmen wir sie so wahr, als Druck, als Drohung? So anschaulich wie anekdotisch zeichnet der Historiker und große Intellektuelle der britischen neuen Linken E.P. Thompson (1924-1993) den Wandel der Zeit vom Beginn der Industrialisierung bis zum noch heute bestehenden Kampf um jede »freie« Minute nach. Thompson stellt in seinem 1967 in der marxistischen Zeitschrift *Past & Present* erstmals erschienenen Text fest, dass die veränderte Auffassung der Zeit nicht nur ein Symptom des sich durchsetzenden Kapitalismus ist, sondern ein Schlüsselelement zum Verständnis moderner Gesellschaften überhaupt: Von der Organisation und Teilung der Arbeit bis zur durchgeplanten Freizeitgestaltung, alle Strukturen sind von Zeitmessern durchgetaktet. Die Synchronisierung der Zeit und das damit zusammenhängende Arbeitsverständnis musste erst in einem längeren Prozess durchgesetzt werden, mit Geldstrafen, moralisierenden Predigten und durch die Arbeitsorganisation und -überwachung.

Für die Neuauflage des Textes von Thompson hat John Holloway ein Vorwort geschrieben. Der 1947 geborene Holloway lehrt seit über 10 Jahren als Politikwissenschaftler in Mexiko und ist stark von den sozialen Bewegungen in Argentinien und Mexiko beeinflusst. Er wurde durch sein Buch »Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen« (deutsch Münster 2004) bekannt und aktualisiert in seiner kurzen Einführung die Thesen von Thompson. Im Zentrum seiner Ausführungen steht die Frage, ob die Entwicklung des Zeitbewusstseins nicht auch (wieder) umkehrbar ist. Kann man zu einer »natürlichen«, gelebten, unverstückelten Zeit zurückfinden? Diese Frage wurde von Thompson Ende 1960er Jahre auch schon angedeutet und Holloway meint heute: Ja! Es könne wieder an ein Zeitverständnis mit einen Wechsel von höchster Arbeitsintensität und Müßiggang angeknüpft werden, das sich, so auch schon Thompson, überall da herausbilde, wo Menschen ihren Arbeitsrhythmus selbst bestimmen können.●

Bernd Hüttner

Edward P. Thompson/John Holloway: Blauer Montag. Über Zeit und Arbeitsdisziplin. 96 Seiten, 10,90 EUR, Edition Nautilus, Hamburg 2007

Neues Verzeichnis alternativer Medien

Bernd Hüttner, der sich bereits mit einer Übersicht über »Archive von unten« (www.leibi.de/archive) hohe Anerkennung verdient hat, legt nun ein Verzeichnis alternativer Printmedien vor. Im »Redaktionellen Teil« erörtern mehrere Autoren verschiedene Aspekte dieser Gegenöffentlichkeit oder berichten über einzelne Publikationsorgane. An der Spitze steht ein vom Herausgeber verfasster Überblick über Entstehung und Typen von Alternativmedien, die durch die elektronischen Medien an Bedeutung und Aufmerksamkeit Einbußen erlitten haben. Dies findet seine Ergänzung in einer ebenfalls von Hüttner vorgenommenen statistischen Auswertung der erfassten Zeitungen und Zeitschriften. Probleme genossenschaftlicher Strukturen erörtert B. Flieger am Beispiel der WOZ (Wochenzeitung, Schweiz), der taz (tageszeitung) und der jW (junge Welt). G. Oy trägt seine Überlegungen zu Gegenöffentlichkeit vor. Die weiteren Beiträge ranken sich um einzelne Presseorgane bzw. Gruppen alternativer Medien, so zu Agit 883 (K. Andresen/ M. Mohr/ H. Rübner); Zeitungen und Zeitschriften der Neuen Frauenbewegungen (G. Notz); mOAning star (D. Moldt); Do it yourself-Fanzines der Kulturszenen (A. Kuttner); Ihrsinn (L. Laps und Redaktion); Graswurzelrevolution (L. Hagedorn).

Kernstück der Publikation ist das 455 alternative Printmedien erfassende, nach Postleitzahlen geordnete Verzeichnis. Einschränkend heißt es, dass offen bleiben muss, inwieweit dies schon ein realistisches Bild dieses Bereichs darstellt, dessen Erfassen und Abgrenzen sehr schwierig ist. Trotz dieser Einschränkung erweist sich das Dargebotene als nützliche Handreichung, die uneingeschränkten Respekt verdient.

Vermerkt werden Titel, Anschrift, Telefon-, Fax- und Internet-Verbindungen, Erscheinungsweise und Verbreitung. Seine Ergänzung findet der Adressteil in einer Bibliographie, einer Liste von Online-Dokumenten und -Verzeichnissen sowie einem Sach-, einem Namenregister und einem Textnachweis. Gefördert wurde dieses wertvolle Hilfsmittel durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung.●

Günter Benser

Bernd Hüttner (Hrsg.): Verzeichnis der Alternativmedien 2006/2007. Zeitungen und Zeitschriften, AG SPAK Bücher 2006, 216 S., ISBN 3-930830-77-9
Web-Adresse zum Buch und zur Datenbank:
www.leibi.de/alternativmedien

Ergänzter und autorisierter Nachdruck aus Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 31, www.fabgab.de

HEUTE SCHON AN MORGEN DENKEN ...

Vom 6.-8.Juni 2007 findet in Heiligendamm der diesjährige G8-Gipfel statt. Es ist notwendig, daß schon jetzt im Vorfeld des G8-Gipfels die Linke an die kommende Repressionswelle denkt und Spenden für die anstehende Antirepressionsarbeit sammelt. Die Rote Hilfe geht allein für Prozeßbetreuungen von einer fünfstelligen Euro-Summe aus.

Es bedarf daher in der Solidaritätsarbeit einer gemeinsamen Anstrengung der gesamten Linken!

Rote Hilfe e.V.
Konto 191 100 462
BLZ 440 100 46
Postbank Dortmund
Stichwort: "G8 Gipfel"

Rote Hilfe e.V.
Bundesvorstand
Postfach 3255
37022 Göttingen

bundesvorstand@rote-hilfe.de
Tel. (0551) 770 80 08
Fax (0551) 770 80 09
www.rote-hilfe.de

SOLIDARISIEREN
SPENDEN
BEITRETEN

PROJEKTE

Kommune-Projekt auf dem Land sucht MitkommunardInnen, die Lust auf Kommune, Landleben und linke/linksradikale Politik haben. Wir leben auf einem schon teilweise ausgebauten Resthof, ca. 35 km nördlich von Bremen und wollen mehr werden. Interessiert? Dann meldet euch doch einfach mal unter ☎0174-6251616
oder kommune-p-u@gmx.de

Ökologisches Hausprojekt in Berlin sucht ab Mai/Juni vorzugsweise Mann ü. 30, aktiv am Hausleben teilnehmend, für 1-2 Zimmer in schöner Dachgeschoss-WG (zus. Arbeitszimmer möglich).
☎(0 30) 37 00 77 71, 0176-252 732 59
piekfeiner-Laden@solar-generation.de

»G-Dur statt G8«
Polyphon gegen's Bombodrom: MusikerInnen (Laien & Profis) und UnterstützerInnen gesucht für antimilitaristische Lebenslaute-Konzertaktion zur probeweisen Besiedlung des geplanten Bombenabwurfplatzes "FREIe HEIDe" bei Wittstock (Brandenburg) am 1. Juni 2007, erste Proben 4.5.-6.5. in Bielefeld, Aktionstage 28.5.-2.6. bei Schweinrich / Naturcampingplatz am Dranser See
Infos: www.lebenslaute.de
☎0162/5369050(D2)
lebenslaute2007@riseup.net

BUSREISESEMINARE

Gemeinschaft erfahren. Busreiseseminar zu alternativen Lebensformen. Meer und Sonne inklusive. Wir besuchen verschiedene Projekte und wollen das Erfahrene gemeinsam reflektieren.
Italientour: 30.07.-12.08.
und Nordeuropa-Tour: 15.-26.08.
Mehr unter: www.kommunetour.de

GWR Nr. 315, Januar 2007, Inhalt: 30 Jahre Autonome Frauenhäuser; Wie die Bürener Abschiebehaft die Justizministerin retten soll; Die neue „Anti-Terror-Datei"; Wasserstoff für nukleare Träume; Rätesozialismus in Venezuela?; Emma Goldman. Anarchistin und Pädagogin; Alfred Schobert. Nachrufe, u.v.m.

deshalb werde Mitglied – spende auf unser Konto

ROTE HILFE E.V. www.rote-hilfe.de
Infos: Bundesgeschäftsstelle, Postfach 3255, 37022 Göttingen
Spendenkonto: 19 11 00 462, Blz: 440 100 46, Postbank Dortmund

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
E-Mail: contraste@t-online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, **E-Mail**: info@abfallgut.de; **06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, **E-Mail**: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa; **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, **E-Mail**: info@ricardabuch.de, Internet: www. ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, **E-Mail**: post@elisabeth-voss.de; **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, **E-Mail**: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, **Internet**: www.presse-verlag-ostseh.de; **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, **E-Mail**: hilmarkunath@web.de; **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, **E-Mail**: bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, **E-Mail**: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 488 62 27; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, **E-Mail**: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (0221) 31 57 83, **E-Mail**: arianedettloff@ina-koeln.org; **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, **E-Mail**: uwe.weppler@paritaet.org; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, **E-Mail**: contraste@t-online.de; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, **E-Mail**: stefan.r.riedel@web.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, **E-Mail**: peter.streiff@netz-bund.de; **Portugal**: Dieter Poschen, ☎ 00351-289 793 560, **E-Mail**: contraste@t-online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: **79102 Freiburg**, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 - Fax 70 90 84, **E-Mail**: genossenschaft@t-online.de; **Sozialpolitik, AG SPAK**: **68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13, **E-Mail**: nrschindler@aol.com; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften**: **13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, **E-Mail**: leh@zorrow.de **und 27321 Thedinhausen**, Uwe Ciesla, Finkenburg, **E-Mail**: finkenburg@verden-info.de; **Umweltschutz von unten**: **35447 Reiskirchen-Saasen**, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, **E-Mail**: joerg@projektwerkstatt.de; **Selbstorganisation im Alltag**, **35447 Reiskirchen-Saasen**, Patrick Neuhaus, Ludwigstr. 11, **E-Mail**: piratenutopie@uni.de; **Verkehr**, Lothar Galow-Bergemann, ☎(0711) 560294, **E-Mail**: Galow-Bergemann@t-online.de; **Subversive Klangwelten**, Maurice Schuhmann, **E-Mail**: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 16 24 67; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@t-online.de

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
alle Preise zzgl. 16% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

LOS GEHT'S 2007

Vom **25. bis 29.05.2007** (Pfingsten), findet das sechste Gruppengründungstreffen in Waltershausen statt. Veranstaltet wird das Treffen von der Kommune Waltershausen, der Villa Locomuna und der Kommune Niederkaufungen, unterstützt von Menschen aus weiteren Kommunen.
Es wird immer deutlicher, dass der Weg, zu dem es angeblich keine Alternative gibt, unweigerlich eine Sackgasse ist. Deshalb suchen überall Menschen nach lebenswerten Alternativen. Da es nicht leicht ist die Menschen zu finden, mit denen mensch eine Gruppe gründen will, bietet das Treffen mit 200 bis 300 TeilnehmerInnen eine gute Gelegenheit, wichtige Schritte zu machen. Außerdem stellen sich in Waltershausen bestehende Gruppen vor, die neue Mitglieder suchen. Weiterhin gibt es vielfältige Gelegenheiten von den Erfahrungen der bestehenden Gruppen zu lernen. Wir planen weiterhin einige Diskussionsrunden sowohl mit Leuten, die schon in Kommunen leben, als auch mit anderen Interessierten. Fragen in diesen Diskussionsrunden könnten sein: Welche Auswirkungen haben die zunehmende soziale Entsicherung und wachsende Prekarität auf Kommunen?, Alterungsprozesse in Kommunen – Erfahrungsaustausch und perspektivischer Ausblick, welchen Sinn macht Vernetzung unter bestehenden Kommunen und Gemeinschaften, welche Chancen und Möglichkeiten liegen darin.
Die Konkretisierung dieser Fragen ist noch Planung und letztlich kommt's natürlich drauf an, wer mit diskutieren will. Ihr seid alle herzlich eingeladen!
Weitere Infos unter
www.losgehts2007.de
Anmelden könnt Ihr Euch bei:
Steffen Andreae in der Villa Locomuna
☎(05 61) 920 09 49 20

JAHNISHAUSEN

Auch in diesem Jahr lädt die Lebens(t)raum Gemeinschaft Jahnishausen wieder Menschen ein, die auf Gemeinschaftssuche sind und die Gemeinschaft kennenlernen wollen. Wir bieten Info-Wochenenden an, wo wir ausführlich über unsere Ziele, Planungen, Möglichkeiten zur Mitgliedschaft etc. reden. Im Anschluss daran bieten Kennenlernwochen eine Chance mit uns zu leben und zu arbeiten.
Die nächsten Termine:
27.05. bis 28.05.07 (Zukunftswerkstatt »Abenteuer Alter«)
01.06. bis 03.06.07 (Info-WE)
04.06. bis 08.06.07 (Kennenlernwoche)
30.06. bis 01.07.07 (Sommerfest für Freund/-innen und Unterstützer/-innen)
Information & Anmeldung:
Gut Jahnishausen eG, Jahnatalstr. 4a,
D-01594 Jahnishausen
☎(0 35 25) 51 78 51
www.ltgi.de

SOMMERCAMP

Her mit dem schönen Leben!
Liebe Luxus Anarchie
Das A-Camp 2007 findet vom **20.-29.7.2007** im nördlichen Niederösterreich statt. Einen Monat vor Beginn des Camps (also Mitte Juni) gibt es auf der Internetseite www.a-camp.info einen genauen Anfahrtsplan und Informationen über die (sehr spärlichen) lokalen Verkehrsverbindungen.
Das anarchistische Camp 2007 in Österreich hat zum Ziel, Menschen aus unterschiedlichen Ländern/Gegenden und mit verschiedensten Erfahrungen zusammen zu bringen, um anarchistische Theorie und Praxis miteinander zu verknüpfen. Herrschaftslose Gesellschaftsalternativen können nicht aus Büchern in die Wirklichkeit übertragen werden. Sie müssen im »richtigen Leben« entwickelt, erprobt oder auch verändert werden. Das praktische Zusammenleben und »miteinander handeln« beim Camp kann uns Erfahrungen mit Selbstorganisation bieten, die auch für unseren (sozialen und politischen) Alltag nützlich sind. Auf der anderen Seite fördert die gemeinsame Auseinandersetzung mit anarchistischen Theorien und herrschaftskritischen Ideen wiederum die Möglichkeit, das eigene Handeln zu hinterfragen oder neue (Denk-)Ansätze zu entdecken.
Gemeinsam ein Camp zu gestalten bedeutet nicht, kritiklos im »Gemeinschaftsgefühl der Szene« aufzugehen (schließlich sind wir ja die Guten!). Es ist wichtig, Widersprüche aufzuzeigen und Kritik einzubringen, damit wir voneinander lernen und unser Verhalten hinterfragen können. Und es ist in Ordnung, miteinander zu streiten! Dabei sollte der Umgang untereinander bei einem anarchistischen Camp jedoch von Solidarität und Respekt geprägt sein, was die Akzeptanz unterschiedlicher Ansätze und Herangehensweise mit einschließt.
Mehr dazu auf www.a-camp.info

G8-VORBEREITUNGEN

Die Aktionswerkstatt mit den Schwerpunkten Großpuppen und Politisches Aktionstheater dient der Vorbereitung auf kreative Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm. Für die Großdemonstration am Samstag, 2. Juni in Rostock möchten wir eine gemeinsame Performance mit vielen Menschen und einigen Großpuppen entwickeln. Daneben können noch weitere Ideen für die verschiedenen Aktionstage und Proteste rund um den G8-Gipfel entstehen.
Mit den Theatermachern und Aktionstrainern Till Baumann, Harald Hahn und Marc Amann
Termin: 16.-20.5.2007, Verden
Mehr Infos und Anmeldung:
www.bewegungsakademie.de
Bewegungsakademie e.V., Artilleriestr. 6, D-27283 Verden
☎(0 42 31) 95 75 95, Fax 95 74 00
info@bewegungsakademie.de

Die Choreografie des Widerstandes

Fr, 1.6.	Sa, 2.6.	So, 3.6.	Mo, 4.6.	Di, 5.6.	Mi, 6.6.	Do, 7.6.	Fr, 8.6.
					G8 – Gipfel		
Internationales Aktionscamp							
	Großdemo in Rostock	Aktionstag Landwirtschaft	Aktionstag Migration	Aktionstag gegen Militarismus, Krieg, Folter, ...		Stemmarsch auf Heiligendamm	Schlusskundgebung
Neubesiedelung Bombodrom				Blockade Flughafen Laage	(Massen-)blockaden der Zufahrten nach Heiligendamm		
		Inhaltliche Auftaktveranstaltung	Weitere Veranstaltungen	Alternativgipfel			
Abends Vorprogramm in Rostock	Musik am Platz der Abschlusskundgebung		Kultur beim/im Camp			Konzert mit Grönemeyer	
	Ökumenische Andacht Rostock	Gottesdienst in Doberan			„Heiliger Damm des Gebets"		

Alles zu den Gipfelprotesten: www.heiligendamm2007.de

ALTERNATIVGIPFEL

Der G8 Alternativgipfel
Ein breites Forum für Kritik und Alternativen zur Agenda der G8
Parallel zum offiziellen Treffen der acht reichsten Industrienationen der Welt wird dieses Jahr in Rostock vom **5.-7. Juni** der G8 Alternativgipfel stattfinden. Rund 40 zivilgesellschaftliche Organisationen sind Veranstalter des Kongresses. Die Breite des Bündnisses repräsentiert eine neue Qualität. Das Spektrum umfasst u.a. den BUND, den Evangelischen Entwicklungsdienst, Greenpeace, Misereor, die IG Metall, Attac und Pro Asyl.
In 10 großen Podiumsveranstaltungen, zu denen u.a. Vandana Shiva, Wangari Maathai, Beatrice Were und Michael Moore eingeladen sind, sollen Alternativen zu den Inhalten der offiziellen G8 Agenda diskutiert werden.
Außerdem wird es über 100 selbst organisierte Workshops geben. Alle interessierten Netzwerke, Organisationen und Einzelpersonen bekommen im Rahmen des Alternativgipfels die Möglichkeit, selbst Workshops anzumelden.
Während die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf den G8 Gipfel in Heiligendamm gerichtet ist, soll der Alternativgipfel ein Zeichen setzen. Für eine demokratische Globalisierung von unten, in der Gerechtigkeit, ökologische Zukunftsfähigkeit und Frieden an erster Stelle stehen. Alle wichtigen Infos zu Programm und Logistik sowie ein Formular zur Unterstützung des G8 Alternativgipfels und zur Anmeldung von Workshops unter: www.g8alternative-summit.org.
Kontakt:
Weltwirtschaft Ökologie & Entwicklung,
Florian Butollo, Torstr. 154,
D-10115 Berlin
☎(0 30) 28 04 18 11, Fax: 27 59 69 28
florian.butollo@weed-online.org
www.weed-online.org

JUNGE LINKE

Du denkst Dein Hirn lenkt
Wochenendseminar zur Kritik der Hirnforschung und des Konstruktivismus
Die naturwissenschaftliche Erforschung des menschlichen Gehirns beschäftigt in den letzten Jahren zunehmend auch die Geisteswissenschaften. Es geht dabei um die Fragen, ob unser freier Wille eine bloß subjektive Einbildung sei; ob das Strafrecht dahingehend reformiert werden müsse, dass es keine Schuld im moralischen Sinne geben kann, da Täter durch die neuronale Struktur ihres Gehirns determiniert seien; ob Kinder durch Erklärungen die Welt begreifen, oder nur durch Reize lernen können.
Hinter den Vorstellungen vom unfreien Willen und der Unmöglichkeit objektiver Erkenntnisse steht eine konstruktivistische Theorie. Hirnforscher stellen heute erneut die Frage, warum ich die Welt als etwas außer mir Existierendes wahrnehmen kann, obwohl doch alle Wahrnehmung der äußeren Welt nachweislich nichts anderes ist als elektro-chemische Impulse in meinem Gehirn. Der Wissenschaftler Gerhard Roth schließt daraus, dass ich tatsächlich gar nicht die äußere Welt erkenne, sondern mein Gehirn eine Wirklichkeit konstruiert, welche mir subjektiv als äußere Welt erscheint. Die ganze Wirklichkeit ist dann ein bloßes Konstrukt meines Gehirns. Diese Überlegung kann politisch wirksam werden. Denn wenn das so ist, dann gibt es auch keine Herrschaftsverhältnisse, keine gesellschaftlich durchgesetzten Formen der Ausbeutung. Was als solches erscheinen mag, wäre nur im einzelnen Subjekt real, hätte aber keinerlei Objektivität.
Objektiv wären nur die neuronalen Strukturen des Gehirns, welche diese Verhältnisse in uns hervorbrächten. Und diese stehen als Organeigenschaften jenseits aller politischen Kritik. Die sich auf neueste Erkenntnisse der Gehirnforschung stützenden Forderungen, das Strafrecht, die Kindererziehung und andere Bereiche der Gesellschaft unserer Hirnstruktur entsprechend umzuformen, treten darum gerne so auf, als stünden sie jenseits politischer Strömungen. Wir wollen anhand von verschiedenen Texten diese Form der Politik untersuchen, die gerade durch eine konstruktivistische Absage an die Möglichkeit politischen Handelns bestimmte Mechanismen der Herrschaft manifestiert.
Termin: 1.-3.6.2007, Hannover

Open-Source
Wochenendseminar zur Politik von Open-Source
Open-Source-Produkte feiern weltweit Erfolge: Firefox, OpenOffice und Linux sind die bekanntesten Beispiele. Wir wollen auf dem Seminar der Frage nachgehen, was die Entwicklung dieser Software antreibt. Dabei wollen wir diskutieren, welche Motive die Entwickler und die Firmen, die sie unterstützen, haben. Wir werden uns anschauen, was in den Open-Source-Lizenzen (wie z.B. GPL und BSD) steht und ob darin wirklich das Ende des Eigentums kodifiziert ist, wie viele Fans dieser Bewegung meinen. Auch den Mythos, dass eine kleine Gruppe von Hobby-Enthusiasten globalen Unternehmen wie Microsoft ernsthafte Schwierigkeiten bereiten kann, indem sie sich Abends zum Programmieren trifft, werden wir kritisch untersuchen.
Weiterhin möchten wir betrachten, was Linke an Open-Source entweder gut finden oder kritisieren und diskutieren, was wir davon halten. Ist Open-Source der Sozialismus in Software, eine fortschrittliche soziale Bewegung oder nur eine andere Form Geschäfte zu machen? Technische Vorkenntnisse sind für die Teilnahme am Seminar nicht nötig. Die technischen Grundlagen werden wir am Anfang kurz einführen, während es im weiteren Verlauf vor allem um die politische Dimension von Open-Source gehen soll.
Termin: 8.-10.6.2007, Hannover
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29
D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
www.junge-linke.de

MEDIEN

Webseiten bauen mit HTML
Politische Arbeit online: Hyper Text Markup Language (HTML) heißt die Sprache zum Gestalten der Webseiten. Sie lernen die HTML-Grundlagen kennen: Wie zeichnet man Text aus, wie bindet man ein Foto ein? Wie gestalte ich Seiten, damit sie angenehm lesbar sind? Welche Hilfsmittel wie etwa »Phase 5« gibt es? Sie lernen, worauf Sie beim Layout von Webseiten für die politische Arbeit achten sollten und wie Sie Ihr Web-Angebot bürgerfreundlich strukturieren.
Termin: 16.-17.06.07
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V., Oberanger 38/1, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06, Fax 280 90 07
E-Mail: bsp@baysem.de
Internet: www.baysem.de

Öffentlichkeitsarbeit im Internet
Viele Non-Profit-Organisationen, Initiativen und Projekte haben das Problem, eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit im Web zu konzipieren und dann auch umzusetzen. Zwar sind in der ersten Boom-Phase des Internets von vielen Organisationen eigene Websites ins Netz gestellt worden. Manchmal wurden mit diesen Internet-Auftritten auch neue Wege beschritten und erfolgreiche Lösungen für die eigene Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit gefunden. Oft aber wurde auch wenig Wert auf Qualität gelegt. Das Ergebnis: Ein Großteil dieser Websites fristet ein Schattendasein im Niemandsland des Netzes. Das Seminar will den Weg zu einer erfolgreichen Öffentlichkeitsarbeit im Internet weisen:
- Wie lassen sich die Möglichkeiten des Internet für die Öffentlichkeitsarbeit der eigenen Organisation nutzen?
- Wie lässt sich mit einem kleinen Budget die eigene Öffentlichkeitsarbeit auf das Internet ausdehnen, wie lassen sich vorhandene Websites neu konzipieren und optimieren?

Im Rahmen des Seminars erarbeiten die Teilnehmenden das Konzept und einen Aktionsplan für einen Internet-Auftritt ihrer Organisation.
Termin: 15.-16.6.2007, Wiesbaden
Information & Anmeldung:
Stiftung Mitarbeit, Bornheimer Str. 37, 53111 Bonn
☎(02 28) 60 42 40, Fax 604 24 22
E-Mail: info@mitarbeit.de
Internet: www.mitarbeit.de

WOHNEN

Studienreise Schleswig-Holstein zum Thema Generationenübergreifendes Wohnen
Besichtigungen von Wohnprojekten:
- Generationenübergreifendes Wohnen;
- Wohnen und Arbeiten in einer Altstadt;
- Genossenschaftliches Wohnen.

Wir empfehlen Ihnen, sich frühzeitig für dieses Seminar anzumelden. Das Programm senden wir auf Anfrage gerne zu. Ort: Abfahrt in München 22.54 Uhr (Nachtzug), Zustieg möglich in Hamburg/Kiel/Lübeck
Leitung: Thomas Hartmann, Architekt
Termin: 06.-09.06.07
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V., Oberanger 38/1, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06, Fax 280 90 07
E-Mail: bsp@baysem.de
Internet: www.baysem.de

SONST NOCH

Studienfahrt nach Auschwitz
Besuch der KZ-Gedenkstätte
Auschwitz steht für ein Verbrechen, das in der Geschichte der Menschheit singulär ist. Hier fand der größte industriell betriebene Massenmord aller Zeiten statt, dem mindestens 1,1 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Der Besuch in der Gedenkstätte und des KZ-Geländes wird durch kompetente Hintergrundinformationen, teils in Seminarform, ergänzt.
Detailprogramm auf Anforderung.
Termin: 06.-10.06.07
Tagungsort: AWO-Akademie, Marktbreit bei Würzburg
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V., Oberanger 38/1, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06, Fax 280 90 07
E-Mail: bsp@baysem.de
Internet: www.baysem.de

KONZERT-AKTION

Antimilitaristische Lebenslaute-Konzertaktion »G-Dur statt G8 – Polyphon gegen's Bombodrom« mit Chor, Orchester & Sologruppen im Rahmen der zivil ungehorsamen probeweisen Besiedlung des geplanten Bombenabwurfplatzes »FREIe HEIDe« (anschließende Übernachtung auf dem Platz oder in umliegenden Zeltcamps möglich).
Zeit: 1.6. 2007, nachmittags (Beginn der Kundgebungen vormittags:
siehe www.G8andWar.de)

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: **Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.**

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg